



Stadtplanungsamt

Integriertes Stadtentwicklungskonzept Kiel (INSEKK)



Impressum

Landeshauptstadt Kiel
Stadtplanungsamt
Postfach 1152
24099 Kiel

Ansprechpartner

Bürgermeister Peter Todeskino
Telefon: 0431 901-3005
Fax: 0431 901-743005
buergemeister.todeskino@kiel.de

Florian Gosmann
Telefon: 0431 901-1061
Fax: 0431 901-741061
florian.gosmann@kiel.de

Bearbeitung

Bürgermeister Peter Todeskino
Florian Gosmann
Michael Ferner
Wolfram Gärtner
Ralf Lohse
Margot Buchert
(Amt für Kommunikation,
Standortmarketing und
Wirtschaftsfragen)

Stand

31. August 2010 – Amt 61

Layout

www.neuekoordinaten.de

Druck

Neue Nieswand Druck GmbH, Kiel

Auflage 500, September 2011

Stadtplanungsamt

Integriertes
Stadtentwicklungskonzept Kiel
(INSEKK)



Grußwort



Torsten Albig



Peter Todeskino

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

Kiel steht als Deutschlands nördlichste Landeshauptstadt vor laufenden Veränderungen mit großen Herausforderungen. Der demografische Wandel, die zunehmende Globalisierung und die Notwendigkeit an die Investitionen von morgen mit zu denken beeinflussen die Stadtentwicklung maßgeblich.

Mit den im Jahr 2009 von der Ratsversammlung beschlossenen strategischen Zielen

- Soziale Stadt
- Kinderfreundliche Stadt
- Klimaschutzstadt
- Kreative Stadt
- Innovative Stadt

und den diese Ziele beeinflussenden Querschnittszielen

- Haushaltskonsolidierung
- Bürgerbeteiligung und Verwaltungsmodernisierung
- Geschlechtergerechtigkeit
- Die Chancen des Demografischen Wandels gestalten

wurde die Perspektive für die künftige Entwicklung unserer Stadt in den kommenden Jahrzehnten definiert. Das nun vorliegende Integrierte Stadtentwicklungskonzept Kiel (INSEKK) ist der umfassende und integrierende Rahmen für die künftige Stadtentwicklung. Während das Stadtentwicklungsprogramm (STEP) vom Herbst 2006 die künftigen Aufgaben und Maßnahmen darstellte, werden im INSEKK erstmals für Kiel die räumlichen Entwicklungsschwerpunkte und die entsprechenden Schlüsselprojekte aufgezeigt. Die Zusammenschau vieler Fachkonzepte aus den unterschiedlichsten Bereichen der Landeshauptstadt hat die aufgeführten Entwicklungsschwerpunkte für Kiel ergeben.

Im Ergebnis müssen die knappen finanziellen Ressourcen noch gezielter zur Weiterentwicklung der Landeshauptstadt eingesetzt werden. Das INSEKK ist dazu das fachübergreifende Planungs- und Steuerungskonzept. Für Teilräume der Stadt ist es zudem unerlässlich, vertiefende integrierte Stadtteilentwicklungskonzepte zu erarbeiten. Dabei sollen Relevanz und Aktualität des INSEKK in regelmäßigen Abständen überprüft werden.

Mit dem veröffentlichten INSEKK fordern wir die Bürgerinnen und Bürger und alle Interessierten auf, sich mit der Stadtentwicklung als Basis für Zukunftsinvestitionen vertraut zu machen und sich in die weitere Gestaltung unserer Stadt aktiv einzubringen. Wir wollen ein lebens- und liebenswertes Kiel für alle sein. Je mehr dabei mitmachen, desto eher wird das Ergebnis alle zufrieden stimmen.

Torsten Albig
Oberbürgermeister

Peter Todeskino
Bürgermeister

Inhalt

Einleitung	<p>11 Anlass zur Erarbeitung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzepts für die Landeshauptstadt Kiel (INSEKK)</p> <p>12 Methodik des INSEKK</p> <p>12 Stärken- und Schwächenanalyse/Handlungsschwerpunkte</p> <p>12 Grundsätze der Siedlungsentwicklung der Landeshauptstadt Kiel</p> <p>14 Entwicklungsschwerpunkte</p> <p>15 Materielle Grundlagen</p> <p>16 Zielsetzung</p> <p>16 Strategische Ziele und Querschnittsziele</p>
Soziale Stadt als strategisches Ziel Kiels	<p>19 Inhaltliche Festlegung durch die Ratsversammlung</p> <p>19 Die soziale Situation in Kiel</p> <p>19 Vorbemerkung</p> <p>19 Bevölkerung</p> <p>27 Benachteiligte Stadtgebiete in Kiel</p> <p>33 Zusammenfassung – Handlungsschwerpunkte Soziale Stadt</p>
Kinderfreundliche Stadt als strategisches Ziel Kiels	<p>35 Inhaltliche Festlegung durch die Ratsversammlung</p> <p>35 Bisherige Aktivitäten</p> <p>36 Kindertagesbetreuung/Bildung in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege</p> <p>38 Bildung/Schule</p> <p>40 Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche</p> <p>41 Sport – Freizeit – Wohnumfeld</p> <p>42 Soziale Segregation – Auswirkungen auf Kinder</p> <p>45 Zusammenfassung – Handlungsschwerpunkte Kinderfreundliche Stadt</p>
Klimaschutzstadt als strategisches Ziel Kiels	<p>47 Inhaltliche Festlegung durch die Ratsversammlung</p> <p>47 Klimaschutz</p> <p>47 Energieversorgung</p> <p>50 Innovative Bauausstellung Kiel (InBA)[®] und Energetische Sanierung von städtischen Gebäuden</p> <p>50 eea[®] – European Energy Award</p> <p>51 Energieeffizienz in Kooperation mit Wirtschaft und Wissenschaft</p> <p>52 Mobilität und Verkehr</p> <p>56 Nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen</p> <p>56 Schutz von Boden und Grundwasser</p> <p>57 Schutz von Oberflächengewässern</p> <p>57 Immissionsschutz</p> <p>58 Schutz des Lokalklimas</p> <p>60 Schutz von Natur und Landschaft</p> <p>68 Zusammenfassung – Handlungsschwerpunkte Klimaschutzstadt</p>

**Kreative Stadt
als strategisches Ziel Kiels**

73 Inhaltliche Festlegung durch die Ratsversammlung

73 Vorbemerkung

74 Kiel als europäische Stadt

75 Kultur

76 Vernetzung der kulturellen Einrichtungen

77 Schwerpunkte 2008–2013

77 Tourismus/Freizeit / Sport

77 Innerstädtische Flächen

77 Tourismus

78 Freizeit/Sport

80 KIEL.SAILING CITY

80 Segeln – Kieler Woche

81 Marke KIEL.SAILING CITY

83 Zusammenfassung – Handlungsschwerpunkte Kreative Stadt

**Innovative Stadt
als strategisches Ziel Kiels**

85 Inhaltliche Festlegung durch die Ratsversammlung

85 Wirtschaftsstandort Kiel

85 Allgemeine Standortbeschreibung

87 Gewerbeflächenentwicklung

88 Büromarktentwicklung

90 Einzelhandelsstandort Kiel

95 Wissenschaftsstandort Kiel

95 Hochschulen und Wissenschaftsinstitutionen

98 Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft

99 Ziele

100 Wohnen – Kiel als Wohnstandort

100 Das Kieler Wohnungsangebot

100 Wohnungsnachfrage

100 Wohnbauflächenpotenzial

102 Wohnungsleerstand

102 Preisgünstiger Wohnraum

105 Anpassung des vorhandenen Wohnungsbestandes

105 Wohnquartiere mit unterschiedlichen Handlungsbedarfen

107 Barrierefreier Wohnraum

107 Denkmalschutz

109 Zusammenfassung – Handlungsschwerpunkte Innovative Stadt

Entwicklungsschwerpunkte	112 Soziale Stadt-Gebiete Ostufer und Mettenhof
	112 Vertiefungsbereiche
	112 Schlüsselprojekte
	114 Innenstadt
	114 Vertiefungsbereiche
	114 Schlüsselprojekte
	114 Kieler Süden
	114 Vertiefungsbereiche
	116 Schlüsselprojekte
	116 Kieler Förde
	116 Vertiefungsbereiche
	118 Schlüsselprojekte
	120 Netz-Infrastruktur
	120 Vertiefungsbereiche
	120 Schlüsselprojekte
	121 Zusammenfassung – Schlüsselprojekte der Entwicklungsschwerpunkte 96
Weitere Vorgehensweise	123 Vorbemerkung
	123 Strategisches Flächenmanagement
	123 Instrumente der Stadtentwicklung
	123 Monitoring
	123 Operatives Flächenmanagement
	124 Evaluierung und Controlling
	124 Umsetzungsstrategien
	124 Beteiligungsprozesse
	124 Gender Mainstreaming
	124 Qualitative anstatt rein quantitative Ansiedlungsstrategie
	124 Aktive Bodenmarktpolitik
	125 Sicherung von stadtgestalterischen und hochbaulichen Qualitäten

Einleitung



Anlass zur Erarbeitung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzepts für die Landeshauptstadt Kiel (INSEKK)

Die Landeshauptstadt Kiel kann auf einen Stadtentwicklungsprozess zurückblicken, der nach umfangreicher Bürgerbeteiligung¹ mit der Verabschiedung des Stadtentwicklungsprogramms (STEP 2006) durch die Ratsversammlung im Jahre 2006 vorläufig abgeschlossen wurde. Allerdings ist das STEP schon seinerzeit als dynamisches und anpassungsfähiges („atmendes“) Handlungsinstrument angesehen worden. Die Weiterentwicklung des STEP zum INSEKK ist aus mehreren Gründen jetzt notwendig:

Bereits im Jahre 2005 beschloss die Landeshauptstadt Kiel ein Bündel von strategischen Zielen, an denen die kommunalpolitischen Handlungsschwerpunkte des STEP ausgerichtet wurden. Die Ratsversammlung hat im Frühjahr 2009 (Drucksache 0050/2009) im Lichte der inzwischen veränderten gesellschaftlichen Herausforderungen die strategischen Ziele neu bestimmt. Die Landeshauptstadt Kiel soll danach eine soziale und kinderfreundliche wie auch kreative und innovative Klimaschutzstadt sein. Die Stadtentwicklungsplanung ist daher zwingend anzupassen.

Darüber hinaus orientiert sich an diesen Zielen auch die Haushaltsführung der Landeshauptstadt. Die knappen öffentlichen und allgemeinwirtschaftlichen Mittel lassen es nicht mehr zu, alle noch so wünschenswerten Projekte umzusetzen. Die begrenzten Ressourcen müssen noch gezielter zur Weiterentwicklung der Landeshauptstadt Kiel eingesetzt werden. Deshalb ist Aufgabe des INSEKK, alte wie neue städtische Fachkonzepte, Planungs- und Beteiligungsprozesse in einem strategischen und handlungsorientierten Konzept zu integrieren und räumliche Schwerpunkte der strategischen Stadtentwicklung zu bilden. Gleichzeitig wird das INSEKK Grundlage und Voraussetzung für die Beantragung von Mitteln aus Förderprogrammen des Landes, des Bundes und der EU sein.

Weiterhin dient das INSEKK einer Positionsbestimmung der Stadt innerhalb der Region, auf der aufbauend, regionale Kooperation noch wirksamer betrieben werden kann. Denn zukunftsfähige Stadtentwicklung braucht interkommunale Zusammenarbeit, um im europaweiten Wettbewerb der Regionen bestehen zu können. Diese komplexen Aufgabenstellungen können nur über eine fachübergreifende Betrachtung gelöst werden. Das INSEKK zeichnet eine Gesamtperspektive der Stadtentwicklung für die nächsten Jahre und zeigt die räumlichen Entwicklungsschwerpunkte mit entsprechenden Schlüsselprojekten auf. Damit wird die Basis für bedarfsgerechte Zukunftsinvestitionen zur Sicherung und Stärkung des Wirtschafts- und Lebensraums der Landeshauptstadt Kiel geschaffen.

¹Im Rahmen des Forschungsprogramms „Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wurde das Modellvorhaben „Zukunft Kiel 2030“ erarbeitet. Im Dialog zwischen Stadt, Experten und Bevölkerung (u. a. Schulklassen) ist dabei ein integriertes Zukunftskonzept entwickelt worden, das die Lage Kiels am Meer als bestimmendes Merkmal enthielt. Auf der Grundlage des „Struktur- und Entwicklungskonzeptes für den Wirtschaftsstandort Kiel“ haben im Jahre 2005 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft, aus Verbänden, Verwaltung und Politik in verschiedenen Fachforen eine intensive Debatte zur Weiterentwicklung des Standortes Kiel geführt. Die Ergebnisse dieses bürgerschaftlichen Beteiligungsprozesses wurden der Ratsversammlung am 17. November 2005 zur Kenntnis gegeben. Parallel dazu haben Verwaltung und Politik eine Diskussion über zukünftige Ziele der Verwaltung geführt und am 15. September 2005 einen verbindlichen Zielkatalog für die Landeshauptstadt Kiel als Grundlage des STEP 2006 verabschiedet.

Methodik des INSEKK

Nach wie vor sind die (neuen) strategischen Ziele die Eckpfeiler der Kieler Stadtentwicklung, aus denen sich die zukünftigen Entwicklungsmaßnahmen ableiten.

Stärken- und Schwächenanalyse / Handlungsschwerpunkte

Methodisch erfolgt im jeweiligen Strategiebereich zunächst eine Stärken-/Schwächenanalyse. Daraus werden sektorale Handlungsschwerpunkte herausgearbeitet und in thematischen Karten abgebildet. Kriterien sind

- Grundsätze der Siedlungsentwicklung,
- Bedarfe,
- Potenziale (z. B. Alleinstellungsmerkmale) und
- Synergien (Verschneiden einzelner Handlungsfelder, Bündelung von Maßnahmen verschiedener Bereiche).

Grundsätze der Siedlungsentwicklung der Landeshauptstadt Kiel

Innen- vor Außenentwicklung

Die Landeshauptstadt Kiel strebt an, unter- und ungenutzte Flächen des Innenbereichs vor Flächen des Außenbereichs vorrangig baulich zu mobilisieren (Flächenrecycling und Ressourcenschutz unter Berücksichtigung der naturräumlichen Gegebenheiten).

Ringförmige, über „grüne“ Speichen miteinander verbundene Freiraumentwicklung mit der Förde als blaues Herz der Stadt

Die Landeshauptstadt Kiel strebt an, erholungsrelevante, mit der Förde vernetzte Frei- und Naturflächen stadtnah für die Entwicklung und Sicherung einer lebenswerten Stadtlandschaft, auch in Kooperation mit den Nachbargemeinden, zu sichern.

Gegliederte Stadtstruktur und differenzierte Stadtteilentwicklung

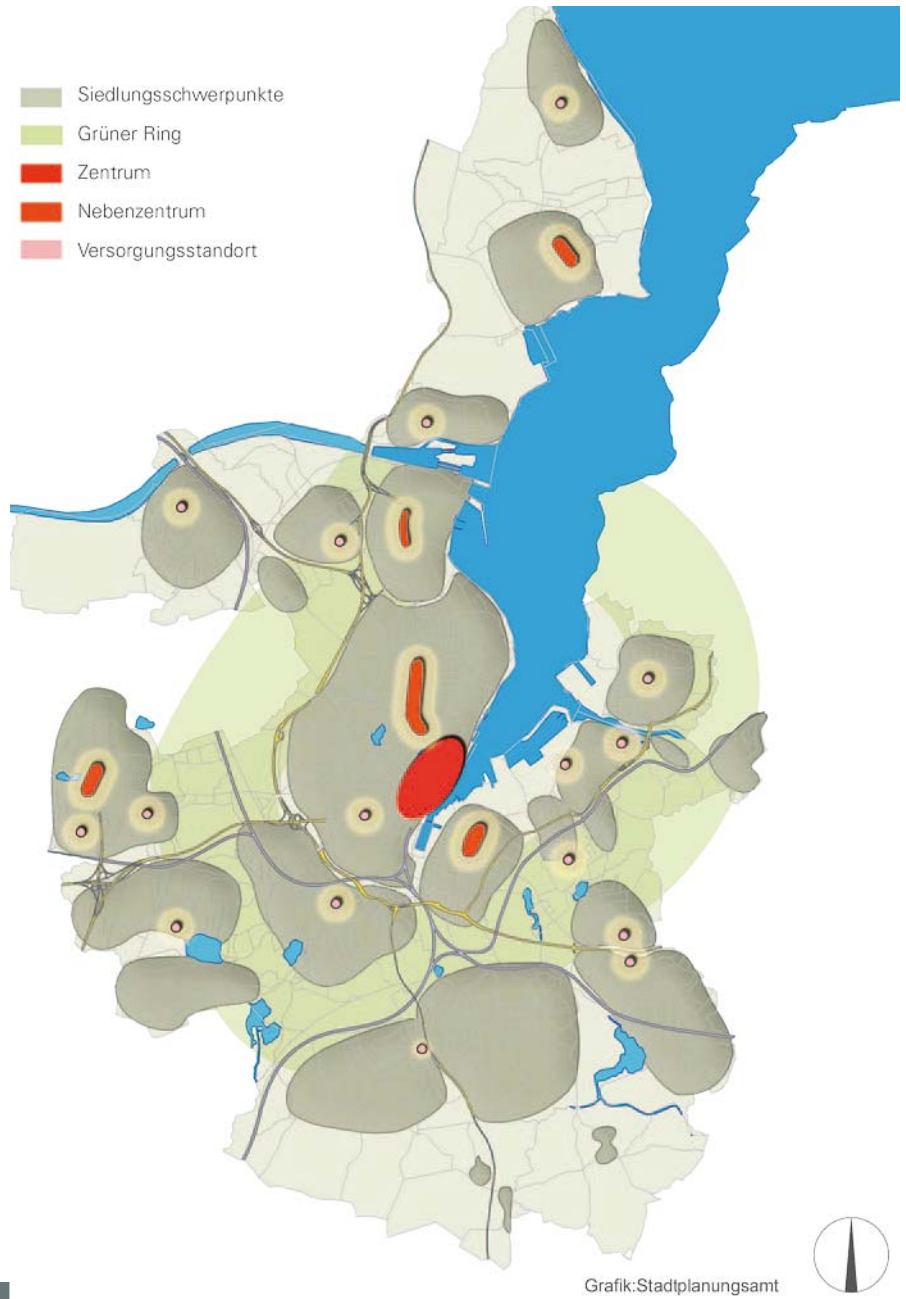
Die Landeshauptstadt Kiel strebt an, die charakteristischen Merkmale der unterschiedlichen Ortsteile und Bereiche zur sozialräumlichen Identitäts- und Adressbildung sowie Vielfalt zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Polyzentrische Stadtentwicklung

Die Landeshauptstadt Kiel strebt an, in den Ortsteilen unterschiedliche Nutzungen wie Wohnen, Arbeit, (Nah-)Versorgung, Dienstleistungen, Freiraum und soziale Infrastruktur verträglich zu mischen, um die räumlichen Distanzen zwischen ihnen gering zu halten („Stadt der kurzen Wege“).

Entwicklung einer urbanen und vitalen Innenstadt

Die Landeshauptstadt Kiel strebt an, die Mitte Kiels mit ihren oberzentralen Funktionen zu stärken.



Siedlungsstruktur (Abb. 1)

Entwicklungsschwerpunkte

Die in Schritt 1 herausgearbeiteten sektoralen (fachlichen) Handlungsschwerpunkte wurden in thematischen Karten abgebildet. Legt man – bildlich gesprochen – diese gebietsbezogenen Themenkarten übereinander, ergeben sich in der Zusammenschau teilräumliche Entwicklungsschwerpunkte. Innerhalb dieser Entwicklungsschwerpunkte wurden die Vertiefungsbereiche herausgearbeitet, die einer weitergehenden konzeptionellen und planerischen Betrachtung bedürfen und bedeutende Schlüsselprojekte benannt. Maßnahmen können

- Abstimmungsgespräche ohne materielle Auswirkungen,
- notwendige Prüfaufträge,
- Koordinierungsaufgaben,
- die Erarbeitung von Gutachten und
- Marketing-bezogene, planerische und bauliche Unternehmungen sein.

FACHPLANUNGEN	JAHR	QUELLE
Integriertes Handlungskonzepte für die Fördergebiete der Sozialen Stadt (Mettenhof/Ostufer)	2007, 2009	Büro Soziale Stadt Kiel Gaarden, Stadtteilbüro Kiel Mettenhof
Wohnungsmarktkonzept	2007	Drs. 0449/2007
Verkehrsentwicklungsplan	2008	Drs. 1197/2007
Tourismuskonzept	2008	Drs. 1195/2007
Kulturpolitische Leitlinien	2008	Drs. 0130/2009
Fachbaustein Einzelhandel	2008	Drs. 0813/2008
Leitbild und örtliche Teilhabepanung für Menschen mit Behinderung in der Landeshauptstadt Kiel	2007, n. F.: 2011 geplant	Drs. 1083/2007
Pflegebedarfsplanung	2005	Drs. 1139/2005
Handlungsempfehlungen für die Migrantinnen und Migranten in der Landeshauptstadt Kiel	2006	Drs. 1055/2006
Hotelmarktstudie	2009	ghh consult, Drs. 0679/2009
Büromarktstudie	2009	Büromarktbericht 2009/2010
Lichtkonzept	2009	Swb und LHK
Gesamtstädtisches Einzelhandelskonzept	2010	in Erarbeitung
Kieler Energie- und Klimaschutzkonzept 2008	2008	Drs. 0369/2008
Dezentrales Energieversorgungskonzept	2010	in Erarbeitung

Tabelle 1
Auswahl städtischer
Fachplanungen

Materielle Grundlagen

Das INSEKK bereitet die vorhandenen Entwicklungspläne, Konzepte, Fachbausteine und Fachplanungen (vgl. Tabelle 1) entsprechend auf, entwickelt sie weiter und setzt sie in Beziehung zueinander (vgl. Abbildung 2).

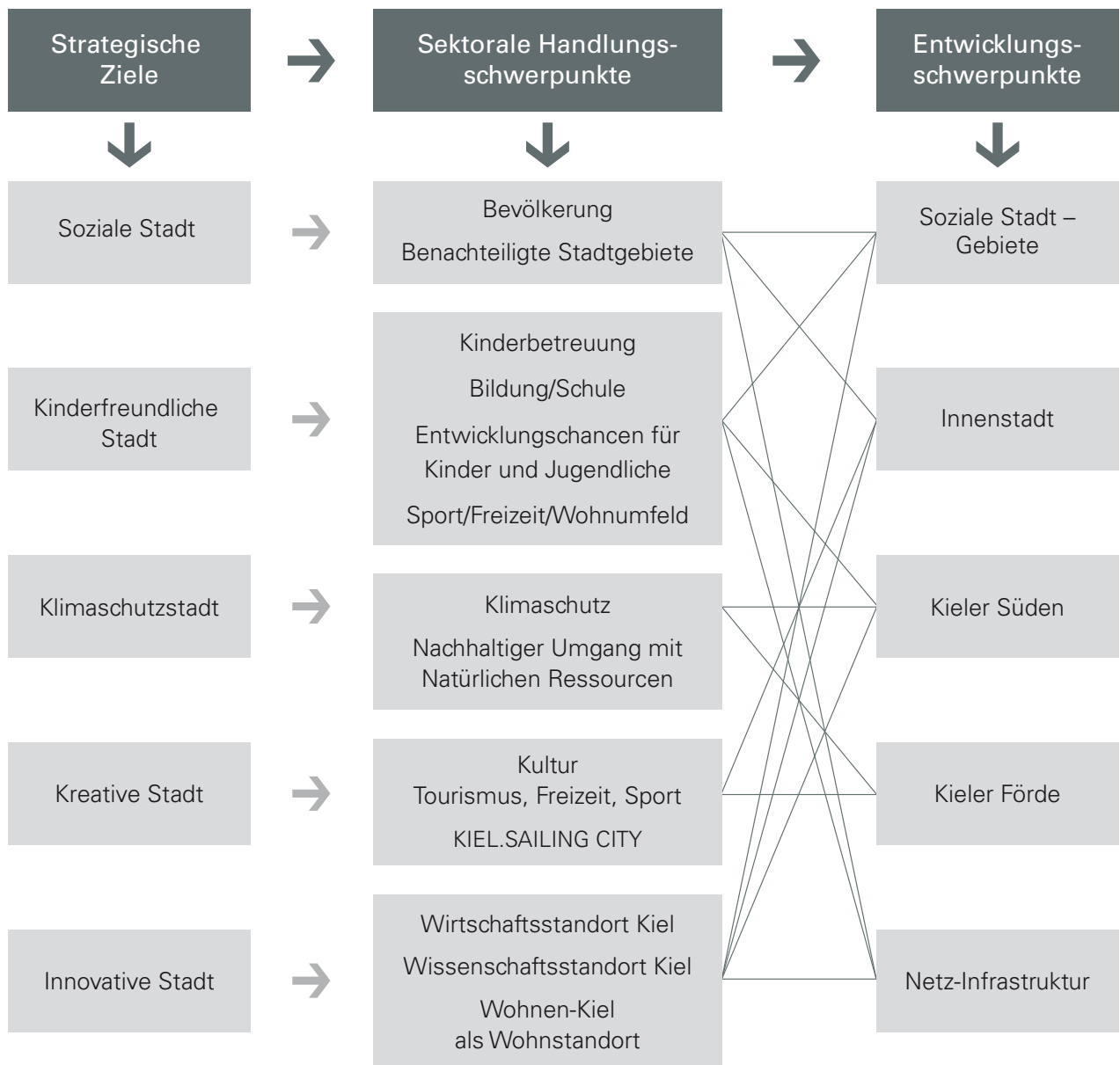


Abb. 2
Schwerpunktmäßige
Umsetzung der
strategischen Ziele

Zielsetzung

Wesentliche Zielsetzung des vorliegenden INSEKK ist es, die Überschaubarkeit der komplexen Sachverhalte zu gewährleisten. Aus diesem Grunde beschränkt sich dieses Konzept auf eine kurze Darstellung der relevanten Determinanten der Stadtentwicklung. Detaillierte Darstellungen zu einzelnen sektoralen Handlungsschwerpunkten finden sich im STEP 2006 und den jeweiligen Fachplanungen.

²Drs. 0050/2009, Weiterentwicklung der strategischen Ziele der Landeshauptstadt Kiel

Strategische Ziele und Querschnittsziele

Die Ratsversammlung hat die im Jahre 2005 beschlossenen Ziele der Landeshauptstadt Kiel mit Blick auf die kommunalpolitischen Handlungsmöglichkeiten mit Beschluss vom 14.05.2009² zu den nachfolgenden Zielen fortentwickelt:

- Soziale Stadt
- Kinderfreundliche Stadt
- Klimaschutzstadt
- Kreative Stadt
- Innovative Stadt

Die inhaltliche Festlegung der strategischen Ziele wurde durch die Ratsversammlung definiert. Die Ausrichtung der Ziele ist dabei in besonderen Maße an den Problemlagen der Bürgerinnen und Bürger erfolgt.

Diese Ziele werden beeinflusst durch die folgenden Querschnittsziele:

- Haushaltskonsolidierung
- BürgerInnenbeteiligung und Verwaltungsmodernisierung
- Geschlechtergerechtigkeit
- Die Chancen des Demografischen Wandels gestalten

³Drs. 1141/2008, Kieler Konsolidierungspfad: Reformkataster entwickeln

Die Landeshauptstadt Kiel hat beschlossen, dass die Haushaltskonsolidierung³ auf Basis der doppelten Haushaltsführung (Doppik) mittels eines ganzheitlichen Reformprozesses weiterentwickelt wird. Die strategischen Ziele, die Fortsetzung der Verwaltungsreform einschließlich der Aufgabenkritik und die Haushaltskonsolidierung werden in einem Reformkataster zusammengeführt. Die Steuerbarkeit des städtischen Haushalts ist die Grundlage für eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung.

Die Haushaltskonsolidierung ist eng mit der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltungsmodernisierung verbunden. Die Stärkung der BürgerInnenbeteiligung durch rechtzeitige Einbeziehung in Planungsprozesse kann kostengünstigere Strukturen für die Ausführung von Aufgaben schaffen und Fehlplanungen verhindern. Fortlaufende Aufgabenkritik ist ein Baustein der Haushaltskonsolidierung der Landeshauptstadt Kiel, um die hohe Verschuldung einzudämmen. Städtische Kernaufgaben werden auf eine wirtschaftliche Durchführung überprüft, die Verwaltungsstrukturen soweit möglich optimiert.

Weiterhin sind alle Entscheidungsprozesse in der Landeshauptstadt Kiel unter dem Blickwinkel der Geschlechtergerechtigkeit zu betrachten. Die Chancengleichheit von Frauen und Männern wird durch den Einsatz des Gender Mainstreamings als Instrument unterstützt.

Die Veränderung der Bevölkerungsstruktur wirkt sich auf verschiedene Bereiche aus (z. B. Wohnungsmarkt, Infrastruktureinrichtungen). Die Landeshauptstadt Kiel berücksichtigt bei ihren Planungen die Auswirkungen des demografischen Wandels und unterstützt so die Gestaltung der Stadt an die sich ändernden Anforderungen.

Hörnbrücke und Kieler Hafen



Soziale Stadt als strategisches Ziel Kiels



Inhaltliche Festlegung durch die Ratsversammlung

Chancengleichheit verbessern für alle Kieler Bürgerinnen und Bürger durch Stärkung der sozialen Infrastruktur sowie der Ermöglichung von Eigenverantwortung und Selbstbestimmung. Die Ziele werden dabei im besonderen Maße an den Problemlagen der Bürgerinnen und Bürgern ausgerichtet.

Die soziale Situation in Kiel

Vorbemerkung

In den vergangenen Jahrzehnten war die Stadt einem gravierenden Strukturwandel unterworfen. Die ehemals tragenden Säulen der Kieler Wirtschaftsstruktur (Werften und Marine) haben stetig an Bedeutung verloren. Spätestens seit der Werftenkrise Mitte der 70er Jahre ist dieser Strukturwandel auch für die Bevölkerung deutlich sichtbar und spürbar geworden. Der durch die Umstrukturierung der Bundeswehr und den Veränderungen im maritimen Sektor ausgelöste Strukturwandel ist noch nicht abgeschlossen (z. B. Verlagerung der Marineflieger im Jahre 2012), sondern verschärft sich im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Globalisierung zunehmend. Überhaupt hat die derzeitige weltwirtschaftliche Entwicklung Auswirkungen auf die Wirtschaft in der Landeshauptstadt Kiel. Aber: Kiel hat sich längst von einer durch Industrie und Arbeit geprägten Stadt zu einem modernen Dienstleistungs- und Wissenschaftsstandort mit neuen Chancen entwickelt.

¹Quelle

Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein

Bevölkerung

Während die Bevölkerung der Landeshauptstadt Kiel seit der Jahrtausendwende erfreulicherweise kontinuierlich zugenommen hat, haben sich die Gemeinden im Umland, die zur Arbeitsgemeinschaft Kiel und Umland gehören, im betrachteten Zeitraum von 2000 bis 2008 uneinheitlich entwickelt. Die Gemeinden im Kreisteil Plön konnten überwiegend Zuwächse verzeichnen, während die meisten Gemeinden im Kreisteil Rendsburg-Eckernförde leicht an Einwohnerinnen und Einwohnern verloren¹. Als eine der wenigen Städte in Schleswig-Holstein konnte Kiel fast von Jahr zu Jahr eine leicht steigende Bevölkerung verzeichnen.

REGION	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Stadt Kiel	232.612	232.242	233.270	233.039	233.329	234.433	235.366	236.902	237.579
Kreisteil Plön	43.123	43.285	43.388	43.498	43.843	44.146	44.027	44.033	43.757
Kreisteil RD-Eck	51.977	52.106	52.059	51.921	51.598	51.329	51.382	51.602	51.691
AG Kiel u. Umland	327.712	327.633	328.717	328.458	328.770	329.908	330.775	332.537	333.027

Tabelle 2

Bevölkerung in der LH Kiel und
in den Kreisteilen der AG Kiel und
Umland.

Quelle

Statistisches Landesamt für
Hamburg und Schleswig-Holstein
(A12)

Zwar bleibt auch die Landeshauptstadt nicht von den demografischen Veränderungen verschont, aber die Zunahme der älteren Bevölkerungsgruppen ist in Kiel noch nicht so deutlich zu spüren.

Entsprechend den Zahlen der 11. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder (11. KBV), in der die Entwicklung bundesweit bis 2025 berechnet worden ist, kann die Landeshauptstadt bis 2020 mit einer Zunahme der Bevölkerung auf fast 240.000 Personen rechnen, dann wird sie aber bis 2025 wieder leicht auf 239.000 Personen sinken. Neben Flensburg ist Kiel damit die einzige kreisfreie Stadt in Schleswig-Holstein, die mit einem Bevölkerungszuwachs rechnen kann.

Vorausschätzung der Bevölkerung der Landeshauptstadt Kiel am 31.12.

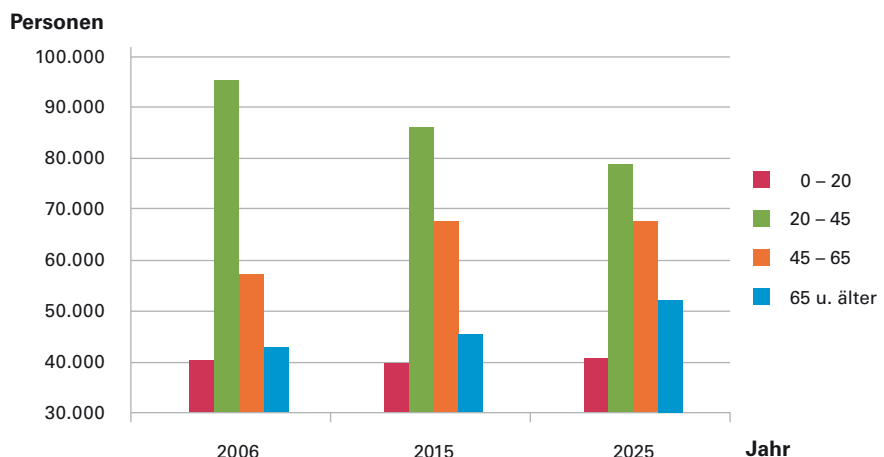
Alter von...bis...unter...Jahren	2006	2015	2025
0 – 20	40.200	39.600	40.400
20 – 45	95.300	86.000	78.800
45 – 65	57.200	67.500	67.500
65 u. älter	42.600	45.400	51.800
insgesamt	235.300	238.500	238.500

Tabelle 3
Bevölkerungsvorausschätzung bis 2025

Quelle
11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder, Statistisches Bundesamt 2006, Berechnungen des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein

Innerhalb der einzelnen Altersgruppen der Bevölkerung wird es jedoch teilweise erhebliche Veränderungen geben. So wird sich die Zahl der unter 20-Jährigen kaum verändern. Die Zahl der 20–44-Jährigen wird dagegen um über 17 % deutlich von 95.300 Personen auf 78.800 Personen zurückgehen. Stark ansteigen werden die Altersgruppen der 45–65-Jährigen und der über 65-Jährigen. Hier wird ein Anstieg von 18 % bzw. von fast 22 % zu verzeichnen sein. Diese Veränderungen haben auch Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt (siehe Kapitel Innovative Stadt) und die soziale Infrastruktur. Hier werden entsprechende Anpassungen notwendig.

Abb. 3
Veränderung der Altersgruppen bis 2025



Natürliche Bevölkerungsbewegungen und Wanderungen

Die Anzahl der Geburten und der Sterbefälle werden als natürliche Bevölkerungsbewegung bezeichnet.

Für die Landeshauptstadt Kiel sind seit 2000 jährlich ca. 2.100 Geburten zu verzeichnen. Denen stehen jährlich knapp 2.500 Sterbefälle gegenüber, so dass ein jährlicher Sterbeüberschuss von etwa 400 Personen zu verzeichnen ist.

Tabelle 4

Anzahl der Zu- und Fortzüge in der Landeshauptstadt Kiel

Quelle

Landeshauptstadt Kiel, Kieler Zahlen 2009

JAHR	ZUZÜGE	FORTZÜGE	SALDO
2000	14.740	15.821	- 1.081
2001	15.682	15.359	323
2002	15.764	14.958	806
2003	15.678	15.254	424
2004	15.875	15.835	40
2005	15.511	14.257	1.254
2006	15.874	14.196	1.678
2007	16.020	14.216	1.804
2008	15.515	14.825	690
2009	15.428	14.132	1.296

Die Zu- und Fortzüge über die Stadtgrenze haben sich seit 2000 für die Landeshauptstadt Kiel erfreulich entwickelt. So war 2000 das letzte Mal seit längerer Zeit ein Verlust an Personen zu verzeichnen. Seit 2001 gibt es mehr Zuzüge als Fortzüge mit steigender Tendenz. Gründe hierfür dürften die verstärkte Ausweisung von Bauland im Stadtgebiet sowie die stark gestiegenen Kosten für Mobilität sein.

²Quelle

Landeshauptstadt Kiel, Kieler Zahlen 2009

Haushaltsstruktur

In der Landeshauptstadt Kiel hat sich die Zahl der Haushalte seit Ende 2004 bis Ende 2009 um über 4 % von gut 128.600 auf etwa 134.000 Haushalte erhöht. Dem steht im gleichen Zeitraum ein Bevölkerungszuwachs von 2,3 % gegenüber. Zugenommen hat vor allem die Zahl der Einpersonenhaushalte, die fast 55 % aller Haushalte ausmachen².

Aufgrund der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung ist mit einem weiteren Anstieg der Haushaltszahlen, insbesondere der Einpersonenhaushalte, zu rechnen.

³Quelle

Hessisches statistisches Landesamt – Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, Berechnungsstand: August 2009.

Ökonomische Rahmenbedingungen

Bedingt durch die teilweise stark exportorientierten Branchen im verarbeitenden Gewerbe (z. B. Schiffbau und Zulieferer) kann sich infolge der Weltwirtschaftskrise ein deutlicher Beschäftigungseinbruch für zahlreiche Arbeitsplätze in Kiel ergeben.

Die zuvor positive Konjunktorentwicklung führte allerdings seit 2003 zu einem Anstieg der Erwerbstätigen von etwa 145.000 Personen auf knapp 156.000 Personen in 2008³. Außerdem sank die Zahl der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum von fast 16.000 Personen (im Jahresdurchschnitt) auf ca. 14.000 Personen. Die Anzahl der Arbeitslosen sank im Jahresdurchschnitt 2009 auf knapp 13.500⁴.

⁴Quelle

Landeshauptstadt Kiel, Kieler Zahlen 2008 und Kieler Zahlen 2009

⁵Quelle

Landeshauptstadt Kiel
Kieler Zahlen 2009

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten mit Arbeitsort Kiel betrug am 30. Juni 2003 100.941 und stieg auf 104.052 (30. Juni 2009) an⁵. Zum Stichtag 30. September 2009 wurden 104.842 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte festgestellt⁶.

⁶Quelle

Agentur für Arbeit Kiel

Zum Stichtag 30. Juni 2003 gingen 71.376 Kielerinnen und Kieler einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach, am 30. Juni 2009 waren es 73.431. Zum Stichtag 30. September 2009 erhöhte sich die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten mit Wohnort Kiel auf 74.478.

Ältere Menschen

Für Seniorinnen und Senioren ist die Stadt Kiel ein attraktiver Wohnstandort. Bis zum Jahre 2025 soll die Altersgruppe der über 65-jährigen auf fast 52.000 Personen zunehmen. Mit fast 22 % an der Gesamtbevölkerung werden sie zur prägenden Bewohnergruppe mit entsprechenden Bedarfen und Aufgaben für die Stadtentwicklung.

Der weitaus überwiegende Teil älterer Menschen möchte möglichst bis zum Lebensende in den eigenen vier Wänden verbleiben. Die Fortschreibung des Pflegebedarfsplans konzentriert sich deshalb in ihrer aktuellen Ausführung auf den Bereich der häuslichen Pflege. Daneben ist die stationäre Pflege eine wichtige Wohn- und Betreuungsform, die nicht außer Acht gelassen werden darf. Mit der Erstellung des Pflegebedarfsplanes (Drs. 1139/2005) ist ein Baustein geschaffen worden, um die qualitative Ausrichtung der Alten- und Pflegepolitik für die kommenden Jahre den zukünftigen Herausforderungen anzupassen. Darüber hinaus müssen die Verpflichtungen aus dem Selbstbestimmungsstärkungsgesetz konsequent umgesetzt werden.

Ziel einer altengerechten Stadtentwicklung ist es, in den Wohnquartieren Verhältnisse zu schaffen, die einen Verbleib der älteren Bewohnerinnen und Bewohner ermöglichen. Die Analyse des Wohnungsmarktkonzeptes zeigt, dass insbesondere die innenstadtnahen Stadtteile mit guter Verkehrsanbindung und gutem Versorgungsangebot zu den für Seniorinnen und Senioren geeigneten Wohnstandorten gehören. Jedoch sind auch einige der peripheren Stadtteile für Senioren/Seniorinnen geeignet, wenn sie über gute Nahversorgungsangebote oder eine gute Anbindung an das Netz des öffentlichen Personen-Nahverkehrs verfügen. Verbesserungsbedürftig ist die Nahversorgung laut Wohnungsmarktkonzept in den Stadtteilen Meimersdorf, Hasseldieksdamm, Moorsee und Rönne. Zur Nahversorgung gehören insbesondere fußläufige Einkaufsmöglichkeiten und medizinische Versorgung.

Bedarfe gibt es bei der Schaffung seniorengerechter Wohngebäude im Bestand. Insbesondere die in Kiel häufigen Wohnungsbestände der 50er und 60er Jahre mit ihren überwiegend kleinen Wohnungen müssen altengerecht, d. h. barrierefrei, umgestaltet werden.

Unter dem Motto „Gemeinschaftlich jung und alt“ werden von der Stadt Pilotprojekte (z. B. „Wohnen und Arbeiten im Anscharpark“, „Wohnen und Arbeiten am Rathausturm“) in verschiedenster Art und Weise gefördert. Zielsetzung ist dabei auch eine verträgliche Zusammensetzung der Bewohner in den einzelnen Wohnquartieren.

⁷Anm.

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen neben Ausländerinnen und Ausländern eingebürgerte Deutsche und Spätaussiedler/innen sowie Deutsche mit mindestens einem ausländischen oder eingebürgerten Elternteil, Deutsche mit einer weiteren Staatsangehörigkeit und im Ausland geborene Deutsche.

⁸Quelle

für alle Zahlen
Landeshauptstadt Kiel,
Kieler Zahlen 2009

Migrantinnen und Migranten

In Kiel leben Menschen mit 157 verschiedenen Nationalitäten, im Jahr 2009 betrug ihr Anteil 8,1 % der Gesamtbevölkerung, der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund 18,6 %. Während der Anteil der ausländischen Bevölkerung weitgehend konstant ist, nimmt die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund⁷ seit einigen Jahren zu. Außerdem ist der Anteil von älteren Migrantinnen und Migranten von 2,8 % in 1997 auf 8,2 % in 2009 angestiegen. Den größten Anteil der Ausländerinnen und Ausländer in Kiel bilden Menschen aus der Türkei (5.753), gefolgt von Menschen aus Polen (1.766).

Die meisten Einwohnerinnen und Einwohner mit ausländischem Pass leben in Gaarden-Ost (4.092) und in Mettenhof (2.452). Projekte und Maßnahmen für diese Stadtteile sollen daher auch die Lebenssituation der Migrantinnen und Migranten verbessern⁸.

Die Handlungsempfehlungen für die Integration von Migrantinnen und Migranten (Drs. 1055/2006) bilden die Grundlage und den Orientierungsrahmen für das kommunale Handeln. Dabei wird die Durchmischung von Wohnbereichen als Ziel und Aufgabe kommunaler Bemühungen gesehen, um eine soziale Ausgewogenheit zu erreichen.

Der erste Integrationsbericht 2007 (Drs. 0300/2008) gibt den Stand der Umsetzung der Handlungsempfehlungen wieder. Er umfasst den Abgleich der Kieler Handlungsempfehlungen mit den Vorschlägen für Selbstverpflichtungen der Kommunen im Nationalen Integrationsplan (NIP) sowie die Darstellung der verschiedensten Konzepte und Maßnahmen hinsichtlich der Integration. Der Integrationsbericht 2008 (Drs. 0932/2009) bietet einen Überblick über Aktivitäten und Maßnahmen zur Integration der verschiedensten Stellen. U. a. führt der Bericht Aktionen, Projekte und Maßnahmen auf, zum Beispiel das Forum für Migrantinnen und Migranten, die Interkulturellen Wochen oder das Gesundheitslotsen-Projekt „Mit Migranten – für Migranten“.

Die Ratsversammlung hat am 19.02.2009 beschlossen (Drs. 0075/2009), dass für den jährlichen Integrationsbericht ein Integrationsmonitoring entwickelt werden soll. Das Integrationsmonitoring soll zukünftige Integrationsziele und zentrale Handlungsfelder beinhalten, mit Hilfe von Indikatoren soll die Wirksamkeit überprüft werden.

Tabelle 5

Schwerbehinderte
nach Altersgruppen

Quelle

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein.

Menschen mit Behinderung

Für die Landeshauptstadt Kiel ist es ein grundlegendes Ziel, den in ihr lebenden Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben und die damit verbundene Teilhabe zu ermöglichen. Im Jahr 2009 wohnten 20.066 Menschen mit einem Behinderungsgrad von 50 % und mehr in Kiel. Über die Hälfte dieser Menschen, nämlich 10.755, waren 65 Jahre und älter.

JAHR	insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ...								
		unter 6	6 – 15	15 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 60	60 – 65	65 u. älter
2009	20.066	99	312	463	736	1.461	2.509	1.699	2.032	10.755

Seit dem ersten Behindertenplan 1981 haben sich die Lebensumstände, die rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die technischen Möglichkeiten sehr stark verändert. Gemeinsam haben Vertreterinnen und Vertreter der Verbände, Einrichtungen, Selbsthilfeorganisationen, Politik und Verwaltung ein Leitbild und die örtliche Teilhabeplanung (Drs. 1083/2007) erarbeitet. Die entwickelten Handlungsempfehlungen sind Selbstverpflichtung für die Politik und die Verwaltung. Nach bereits drei Jahren hat sich die Notwendigkeit der Überarbeitung des Leitbildes und der örtlichen Teilhabeplanung ergeben.

Bei der Erstellung des Leitbildes ist u. a. berücksichtigt worden, wie eine dem demografischen Wandel entsprechende Entwicklung auf dem Arbeits- und Beschäftigungsmarkt für Menschen mit Behinderung zu gewährleisten ist. Weitere Themen sind der Bereich Wohnen sowie gleiche Chancen für Menschen mit Behinderung im Bereich Bildung und Schule. Eine weitere wichtige Forderung ist die Umsetzung der Barrierefreiheit und der Mobilität für alle Menschen in Kiel – ob mit oder ohne Behinderung.

Die Leitstelle für Menschen mit Behinderung ist die zentrale kommunale Stelle für Koordinations- und Planungsaufgaben sowie für Öffentlichkeitsarbeit für Menschen mit Behinderungen.

Die selbstverständliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung an allen gesellschaftlichen Bereichen (Inklusion) ist Ziel der Arbeit der Leitstelle. Der Anstoß von gesellschaftlichen Veränderungen im Denken und Handeln soll die selbstverständliche Akzeptanz von Menschen mit Behinderungen bewirken, dazu gehört u. a. das Gegenstände, Medien und Einrichtungen so gestaltet sind, dass sie von jedem Menschen genutzt werden können (Barrierefreiheit).

⁹Anm.

Ein MVZ ist eine fachübergreifende, ärztlich geleitete Einrichtung; auch Krankenhäuser können Träger eines MVZ sein. Unterschiedliche Fachrichtungen sind unter einem Dach vertreten.

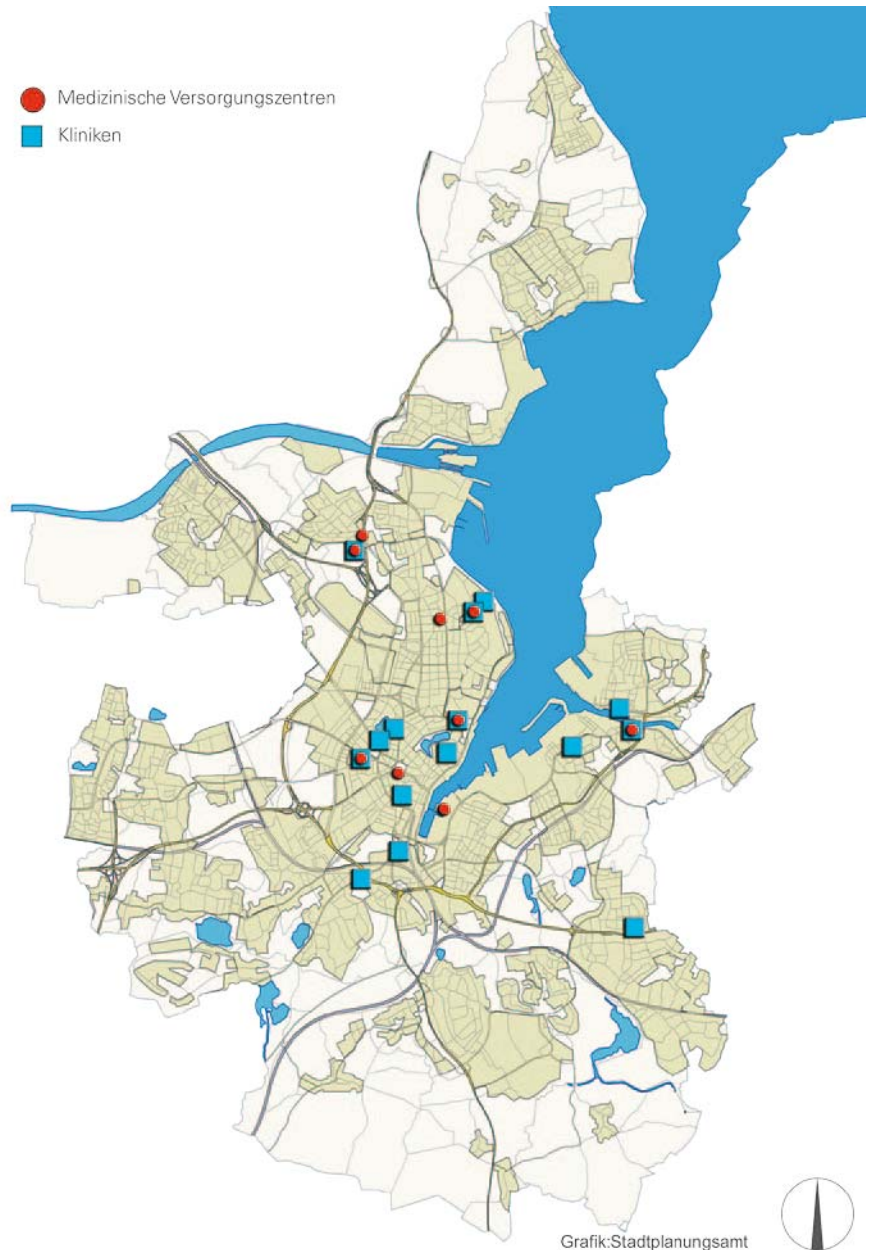
⁹Quelle

Kassenärztliche
Bundesvereinigung 2007

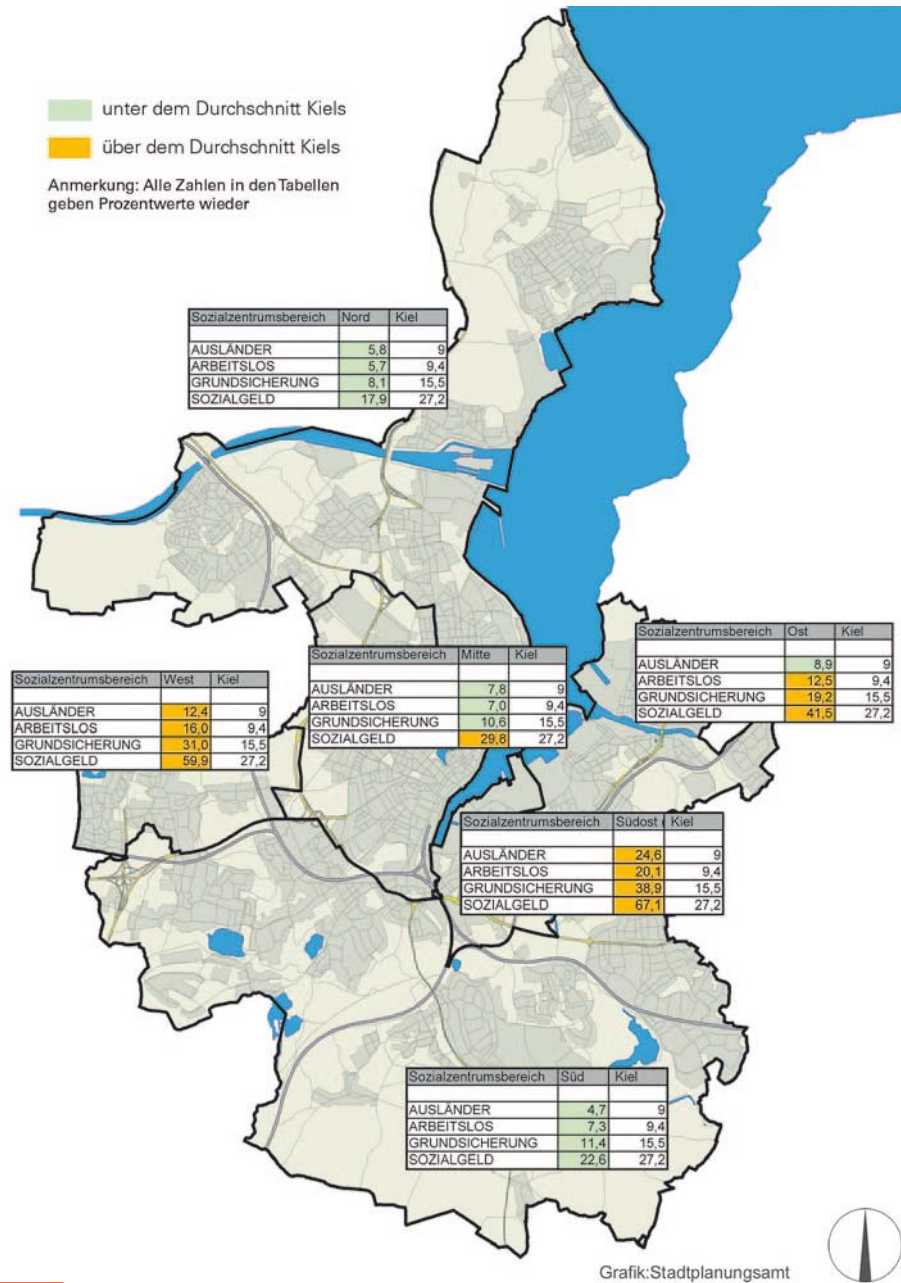
Gesundheit

Die medizinische Versorgung ist ein wichtiger Baustein der sozialen Infrastruktur. Kiel ist mit der bedeutendste Standort für Gesundheit in Schleswig-Holstein. Im Zentrum der Landeshauptstadt befindet sich der zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein gehörenden Campus Kiel mit über 1.200 Betten. Neben dem Campus Kiel mit seinen angegliederten Bereichen hat Kiel zahlreiche weitere Krankenhäuser mit stationären, teilstationären und ambulanten Leistungen in den verschiedensten Bereichen.

Das Städtische Krankenhaus ist als Akutkrankenhaus in 100 % Trägerschaft der Landeshauptstadt Kiel und verfügt über 640 Betten. Zusätzlich sind in der Landeshauptstadt Kiel neun Medizinische Versorgungszentren (MVZ)^{8,9} ansässig. Daneben verfügt Kiel über ein dichtes Netz von Haus- und Fachärzten und nimmt damit im Landesvergleich einen der vordersten Plätze ein.



Gesundheitseinrichtungen (Abb. 4)



Sozialzentrumsbereiche mit Sozialindikatoren (Abb. 5)

Kinder beim Kartenspiel



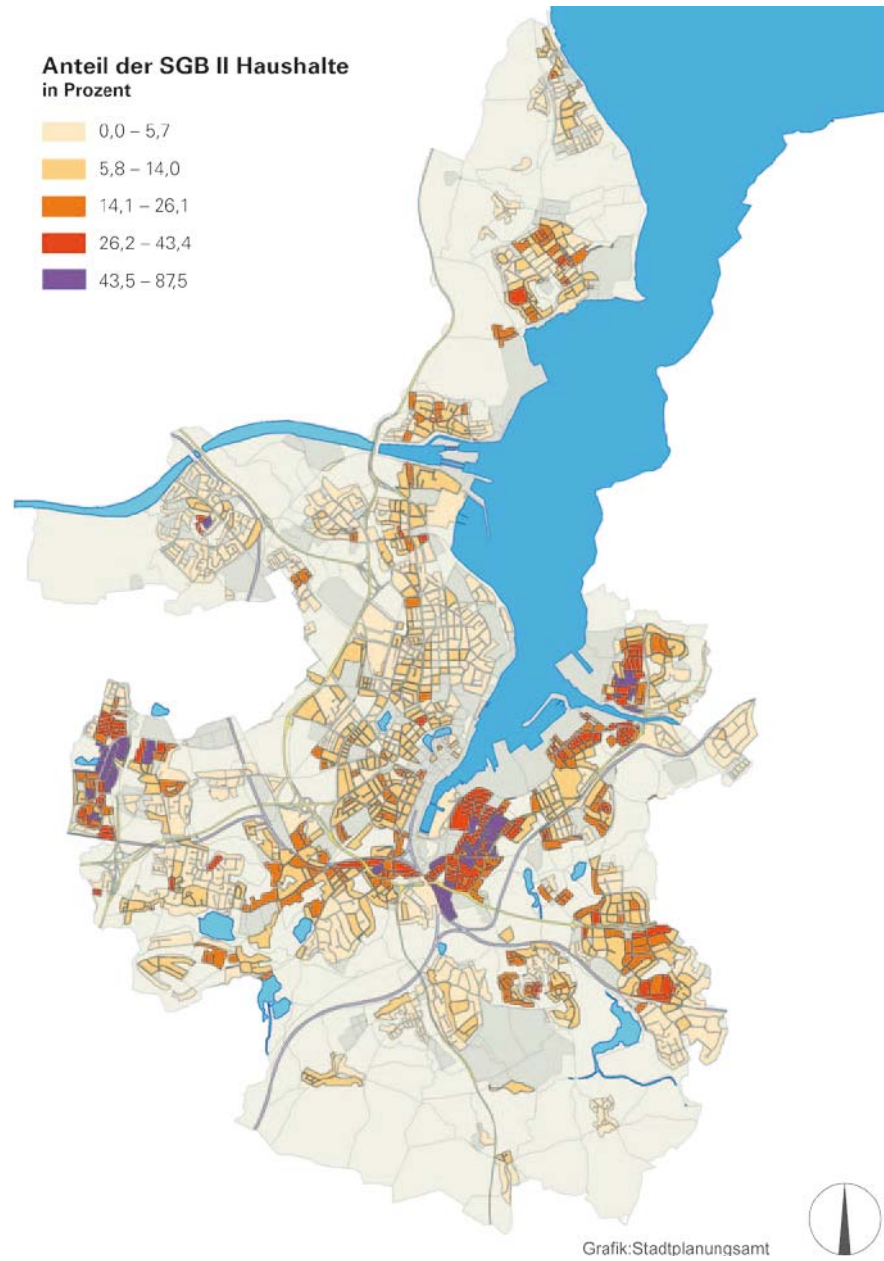
Benachteiligte Stadtgebiete

Auch die Landeshauptstadt Kiel ist von dem Problem der verstärkten sozialräumlichen Polarisierung betroffen. Durch den Vergleich der Daten der Sozialzentrumsbereiche zu Ausländeranteil, Erwerbslosigkeit, Grundsicherung für Arbeitssuchende und Bezug von Sozialgeld stellte der Sozialbericht 2007 fest, dass neben Mettenhof auf dem Westufer sich die benachteiligten Stadtgebiete Kiels hauptsächlich auf dem Ostufer konzentrieren. Gaarden ist der am stärksten betroffene Stadtteil auf dem Ostufer.

Bisherige Aktivitäten

Von Frühjahr 1997 bis Ende 2008 wurden die auf dem Ostufer gelegenen Stadtteile Wellingdorf, Ellerbek, Gaarden-Ost und Teile von Gaarden-Süd bzw. von Neumühlen-Dietrichsdorf im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN (I und II) gefördert und erhielten somit die Chance, die vordringlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme mit einem integrierten Konzept anzugehen und eine Initialzündung für eine nachhaltige Entwicklung in den Stadtteilen zu leisten.

Seit 1999 bzw. 2000 sind die Stadtteile Mettenhof bzw. Gaarden in das Bundes-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ aufgenommen. Um der gewachsenen sozialräumlichen Polarisierung entgegenzuwirken und benachteiligte Stadtteile aufzuwerten, basiert die Förderung auf den Grundsätzen der integrierten Stadtteilentwicklung. Ergänzt wurde das Programm durch das arbeitsmarktpolitische Ergänzungsprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke – LOS“.



Übersicht über die
Verteilung von
Empfänger-Haushalten
nach SGB II (Abb. 6)

Sowohl in Gaarden als auch in Mettenhof wurden umfangreiche Maßnahmen auf Grundlage integrierter Stadtteilentwicklungskonzepte durchgeführt.

Zusätzliche Bedarfe

Neben den bereits im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ behandelten Stadtteilen gibt es in Kiel weitere städtische Teilbereiche mit überdurchschnittlicher sozialer Problemdichte. Insgesamt sind laut Sozialbericht 2007 fast 20 Prozent der Bevölkerung Kiels von Armut betroffen. Eine Übersicht über die Verteilung von Empfänger-Haushalten nach Sozialhilfegesetzbuch II (SGB II) zeigt die Stadtgebiete/Wohnquartiere auf, in denen eine überdurchschnittliche soziale Problemdichte anzunehmen ist. Diese Bereiche verteilen sich über die ganze Stadt. Stadtteile wie Elmschenhagen sind genauso betroffen wie z. B. die Stadtteile Friedrichsort oder Südfriedhof.

Diese Gebiete haben zwar nicht die Dimensionen von Mettenhof oder Gaarden, sind aber dennoch für das Sozialraumgefüge im Stadtteil mitbestimmend. Es handelt sich um einfache Wohnlagen, meist mit einem hohen Anteil an Sozialwohnungsbeständen. Es ist Aufgabe der (sozialen) Stadtentwicklung, diese Entwicklung zu beobachten und geeignete Maßnahmen auch in diesen Quartieren zu ergreifen.

Sozialraumbezogene Gebietseinheiten als fachübergreifende Basis für Monitoring, Planung und Umsetzung

Der Sozialraum ist maßgeblicher Bezugspunkt und Bestimmungsfaktor für die Wohn- und Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner.

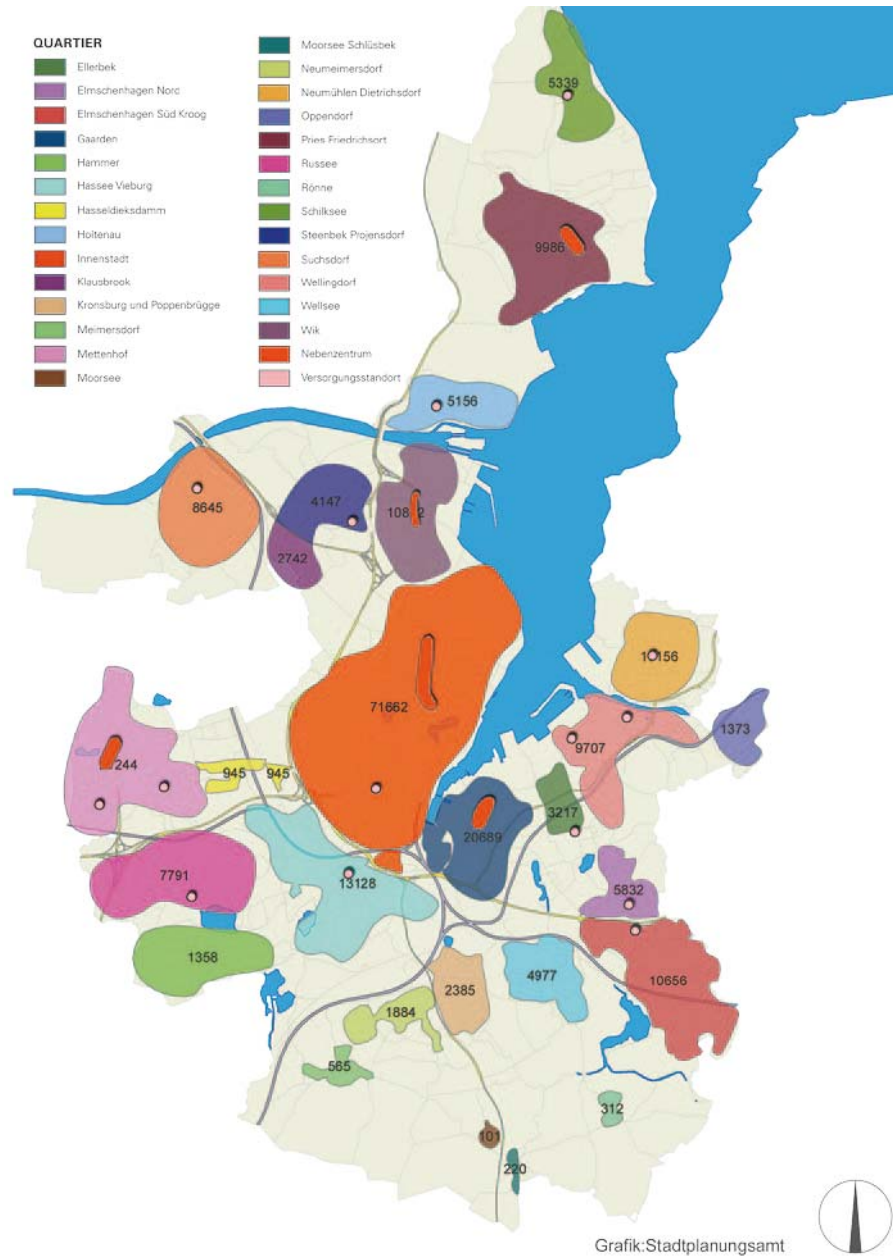
Auf Grundlage sozialräumlich definierter Siedlungsbereiche können **Sozialraum- und Wohnungsmarktbeobachtungen**, Planungen für die gesamte **Infrastruktur** sowie **Nahversorgungskonzepte** durchgeführt werden.

Entsprechend muss die Bildung von räumlichen Gebietseinheiten in punkto Differenzierbarkeit und Praktikabilität geeignet sein.

Kiel ist zur Zeit in sechs Sozialräume unterteilt die sich nach Einzugsgrenzen der sechs Sozialzentren richten, in denen dezentral der Allgemeine Sozialdienst und die Jobcenter untergebracht sind.

Entwicklung einer integrierten Sozialraumplanung

Mit der integrierten Sozialraumplanung sollen Sozialplanung und Stadtentwicklungs- und Stadtplanung miteinander verknüpft werden, um so gemeinsam Strategien gegen soziale Ungleichheit und räumliche Polarisierung zu entwickeln. Damit kann eine nachhaltige Entwicklung durch auf Langfristigkeit angelegte Handlungskonzepte erreicht werden.



Siedlungsbereiche / Einwohnerzahlen von Kiel als Grundlage für die Bildung geeigneter Sozialraumeinheiten (Abb. 7)

Die Verwaltung wurde deshalb von der Ratsversammlung am 17.07.2008 beauftragt, für Sozialräume mit überdurchschnittlicher sozialer Problemdichte eine fachübergreifende Konzeption vorzulegen, wie eine nachhaltige Besserung der Lebenslage erreicht werden kann.

Die Verwaltung entwickelte dazu das Instrument: Interdisziplinäre Maßnahmenplanung für die „Sozialräume mit überdurchschnittlicher sozialer Problemdichte“. Wesentliches Merkmal ist die fachübergreifende Behandlung der problematischen Sozialräume unter Einbeziehung folgender sektoraler Themenschwerpunkte: Soziale Lage, Stadtentwicklung und Wohnraumversorgung, Sicherheit und Ordnung sowie Strukturentwicklung und Wirtschaftsförderung. Die interdisziplinäre Maßnahmenplanung ist in folgender Reihenfolge vorgesehen: 2010 Gaarden und Ost (Ellerbek, Wellingdorf, Neumühlen-Dietrichsdorf), 2011 Mettenhof, dann folgen weitere Gebiete und in regelmäßigen Abständen werden die Betrachtungen aktualisiert. Durch ein sozialräumliches Monitoring sollen auch die Gebiete erfasst werden, bei denen die Entwicklung der sozialräumlichen Problemdichte negativ verläuft (Drs. 0904/2009). Die dezernatsübergreifende Zusammenarbeit zur Sozialraumplanung wurde 2010 aufgenommen.

Chancengleichheit für alle

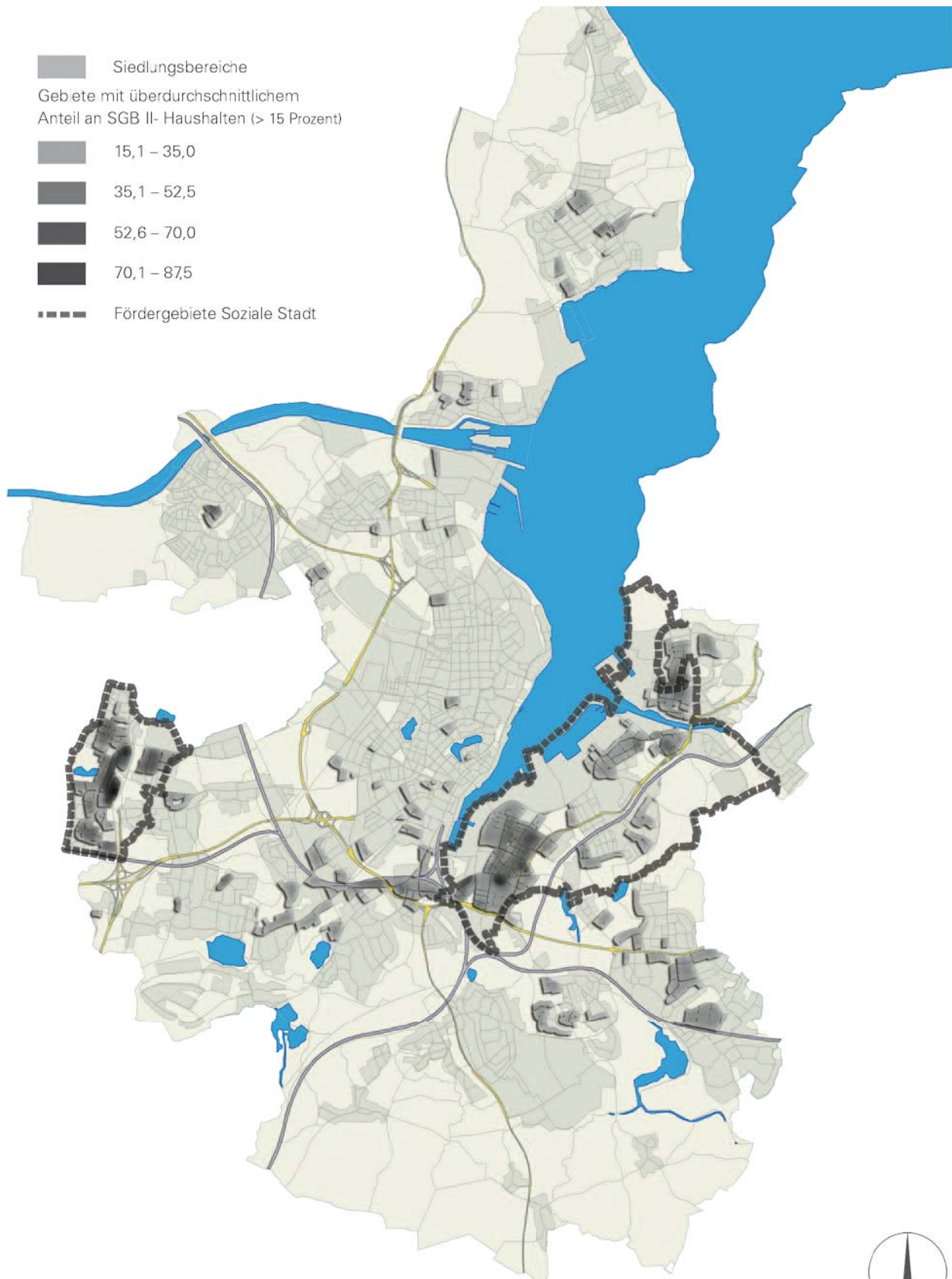
Die Wohn- und Lebensbedingungen in den einzelnen Stadtteilen werden von der Qualität der Versorgung mit Einrichtungen des täglichen Bedarfs und der sozialen Infrastruktur geprägt. Insbesondere bei weniger mobilen Bevölkerungsgruppen spielen sich die bedeutsamen Lebensbedingungen im Stadtteil bzw. Wohnquartier ab. Hier liegt die Verantwortung in hohem Maße bei der Kommune. Soziale Einrichtungen haben Integrationskraft für den ganzen Stadtteil. Neben baulichen Maßnahmen muss die soziale Infrastruktur auch eine Verbesserung von Angeboten, die sich an den sozialräumlichen Problemlagen in den Stadtteilen orientieren, beinhalten.

Bestandteile der sozialen Infrastruktur sind Maßnahmen zur Erwerbssicherung allein Erziehender und Ausbildung von Jugendlichen, genauso wie Bekämpfung der Armut sowie Integration und gesellschaftliche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören Präventionsmaßnahmen und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Seit 2009 werden Daten/Indikatoren in Form von jährlich erscheinenden Sozialraumdaten vorgelegt, die die unterschiedlichen Entwicklungen dokumentieren.

Von Relevanz für die Stadtentwicklung und sozialstrukturell bedeutsam sind die Bevölkerungsgruppen Familien, ältere Menschen und die Gruppe der Migrantinnen und Migranten. Der Anteil der Haushalte mit Kindern betrug in Kiel 16,1 % (21.593 HH), der Bevölkerungsanteil aller in Familien lebenden Personen beträgt gar 32 % (Stand: 31.12.2009). Aus diesem Grund gibt es das eigenständige strategische Ziel: Kinderfreundliche Stadt, das im nächsten Kapitel behandelt wird.

HANDLUNGSSCHWERPUNKTE SOZIALE STADT (Abb. 8)



Zusammenfassung – Handlungsschwerpunkte Soziale Stadt (Tabelle 6)

STÄRKEN/CHANCEN	SCHWÄCHEN/RISIKEN	HANDLUNGSSCHWERPUNKTE
Stärkung der Sozialräume		
<ul style="list-style-type: none"> → Differenzierte Sozialraumstruktur → Soziale Problemgebiete werden in den meisten Stadtteilen verkraftet → Soziales Netzwerk vorhanden → Eingeeübte (Bürger-) Beteiligungsstrukturen 	<ul style="list-style-type: none"> → Hoher Anteil sozial schwacher Bewohner aufgrund des Strukturwandels → Sozialräumliche Polarisierung nimmt zu → Mehrere Stadtteile mit zu hoher sozialräumlicher Belastung 	<ul style="list-style-type: none"> → Abbau sozialer Problemdichte in den Stadtteilen → Schaffung einer integrierten Sozialraumplanung einschließlich Monitoring zwecks Identifizierung von „Verdachtsgebieten“
Chancengleichheit für alle: Ältere Menschen		
<ul style="list-style-type: none"> → Hohe Kooperationsbereitschaft der verschiedenen Träger 	<ul style="list-style-type: none"> → Demografische Entwicklung – Anteil der älteren Menschen nimmt zu → Entstehung von Wohnquartieren mit überdurchschnittlich vielen älteren Menschen 	<ul style="list-style-type: none"> → Ermittlung zukünftiger Bedarfslagen in Bezug auf Infrastruktureinrichtungen und Nachfrageveränderung im Hinblick auf ältere Menschen → Schaffung seniorengerechter Wohnquartiere (Nahversorgung, Wohnungsbestände, Wohnumfeld) → Programm „Barrierefreiheit“ fortführen und ausbauen
Chancengleichheit für alle: Migrantinnen und Migranten		
<ul style="list-style-type: none"> → Koordination der Querschnittsaufgabe durch das Referat für Migration → Aktives Forum für Migrantinnen und Migranten in Kiel vorhanden → Zwei bilinguale Kindertagesstätten 	<ul style="list-style-type: none"> → Entwicklungsbedarf im Bereich der interkulturellen Öffnung der Verwaltung und der Regeldienste 	<ul style="list-style-type: none"> → Integrationsangebote insbesondere für ausländische Kinder und deren Eltern erweitern → Interkulturelle Veranstaltungen unterstützen → Netzwerke zwischen Kommune, den Trägern sozialer Maßnahmen und den ethnischen Vereinigungen fördern → Integration der Migrantinnen und Migranten weiterhin durch Umsetzung der Handlungsempfehlungen fördern → Migrantenselbstorganisationen stärker beteiligen → Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der Regeldienste → Aufbau eines Integrationsmonitoring
Chancengleichheit für alle: Menschen mit Behinderung		
<ul style="list-style-type: none"> → Menschen mit Behinderungen erfahren erhöhte gesellschaftliche Aufmerksamkeit → Barrierefreiheit wird bei allen Planungen verstärkt berücksichtigt 	<ul style="list-style-type: none"> → Anliegen von Menschen mit Behinderungen noch nicht überall ausreichend berücksichtigt. 	<ul style="list-style-type: none"> → Menschen mit Behinderung durch eine aktive Teilhabeplanung integrieren → Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Leitbildes und der örtlichen Teilhabeplanung
Soziale Infrastruktur: Gesundheit		
<ul style="list-style-type: none"> → Breitgefächerte Versorgungsangebote im Bereich Gesundheit → Nutzung der Synergien von Unternehmen und Institutionen der Gesundheitswirtschaft/Medizintechnik → Gut ausgebaute Früherkennung verringert/vermeidet gesundheitliche Beeinträchtigungen → Zweitgrößtes Universitätsklinikum Deutschlands 	<ul style="list-style-type: none"> → Gesundheitsreform hat Auswirkungen auf die medizinische Versorgung → Finanzsituation schränkt städtische Gesundheitsförderungsmaßnahmen ein 	<ul style="list-style-type: none"> → Maßnahmen zur Gesundheitsförderung durchführen → Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung durch Aufklärung und Vorsorge stärken → Kiel als Standort für Gesundheitsdienstleistungen durch Nutzung der Synergien von Unternehmen und Institutionen der Gesundheitswirtschaft/Medizintechnik stärken

Kinderfreundliche Stadt als strategisches Ziel Kiels



Inhaltliche Festlegung durch die Ratsversammlung **Lebensqualität unserer Stadt fördern** **durch Kinderbetreuung, Bildung und Sport.**

Bisherige Aktivitäten

Die Landeshauptstadt Kiel hat, um soziale, wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Familienpolitik zu schaffen, die Gesamtkonzeption „Kiel - die kinderfreundliche Stadt“ verabschiedet (Drs. 0012/2005). Nach Aufnahme der von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) initiierten Vergleichsringarbeit mit weiteren 14 deutschen Städten (über 100.000 Einw.) wurden Kennzahlen aus verschiedenen Handlungsfeldern ermittelt und die Werte festgestellt. Die erreichten Fortschritte wurden in der „1. Fortschreibung der Gesamtkonzeption zur Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit“ (Drs. 0023/2008) dargestellt und mögliche Ziele/Zielwerte sowie entwickelte Maßnahmen zur Zielerreichung aufgeführt. Für die künftige Schwerpunktsetzung wurden in diesem Konzept folgende Bereiche benannt:

- Im Bereich der Kindertagesbetreuung, hier insbesondere für die 0 – 6-Jährigen, sind verstärkte Aktivitäten erforderlich. Die Betreuung der Grundschul Kinder ist auszubauen, auch wenn Kiel im Städtevergleich hier bereits einen guten Wert aufweist. Eine flexible und verlässliche Betreuung von Kindern bis in das Grundschulalter bildet die Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Im Bereich des Sports sind die Anstrengungen zu verstärken. In Zusammenarbeit mit den Sportvereinen sind geeignete Konzepte für ein kinder- und jugendgerechtes Sportangebot aber auch Angebote für die ganze Familie zu entwickeln.
- Der ÖPNV und das Radwegenetz in Kiel haben im interkommunalen Vergleich sehr gut abgeschnitten. Das große Engagement der vergangenen Jahre kommt dabei zum Ausdruck. Gleichzeitig hat die Familienbefragung ergeben, dass Familien in Kiel die Verkehrssicherheit sehr wichtig ist. Nur 40 % der Befragten zeigten sich zufrieden mit der gegenwärtigen Situation. Insbesondere in der Schulwegesicherung gibt es hier weiteren Handlungsbedarf.

Kindertagesbetreuung / Bildung in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege

Um die Betreuungsangebote zu verbessern, wurde im Jahr 2006 eine Organisationsuntersuchung durchgeführt. Das Gutachten „Untersuchung zur Optimierung des Systems der Kinderbetreuung in der Landeshauptstadt Kiel“ (Drs. 0681/2006) empfiehlt, dass u. a. die Angebotsstruktur an Kindertagesbetreuung so beschaffen sein muss, dass Kinder aus Stadtteilen mit hoher sozialer Belastung frühzeitig kompensatorische Lebens- und Lernerfahrungen machen können. Auch für deren Familien ist das Angebot zu erweitern. Die Rahmenbedingungen für Kinder mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Problemlagen sind zu verbessern (z. B. sprachliche Förderung als Voraussetzung für erfolgreichen Bildungseinstieg). Aktivierende Elternarbeit und eine stärkere Vernetzung von Kindertageseinrichtungen mit Nachbarschaft, Schule und sozialräumlichen Diensten sollen die Entwicklungschancen von Kindern steigern. Kindertagesbetreuung hat sich unterschiedlichen Anforderungen zu stellen:

- Sie soll eine Infrastruktur gewährleisten, die Familien die Balance zwischen Erwerbstätigkeit und Familie erleichtert. Die zunehmende Flexibilisierung von Arbeitszeiten erfordern auch in der Kindertagesbetreuung erweiterte Öffnungszeiten.
- Die Bildungsförderung und die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung von Kindern ist zentraler Bestandteil der Kindertagesbetreuung. Entsprechend der Bildungsleitlinien des Landes Schleswig-Holstein wird Bildung als Aneignungsprozess eines aktiven Kindes in sozialen Bezügen begriffen. Das Kind wird durch Erwachsene in seinem Bildungsprozess begleitet, unterstützt und herausgefordert.
- Die Erziehung und Bildung in der Familie soll unterstützt und ergänzt werden. Eltern werden durch geeignete Verfahren an der pädagogischen Arbeit der Einrichtungen beteiligt und in die Reflektion der Entwicklung ihres Kindes einbezogen.

In der Landeshauptstadt Kiel wird die Kindertagesstättenbedarfsplanung konzeptionell als ständiger Prozess verstanden, in dem mindestens einmal jährlich die Bedarfslage der Eltern sowie die Versorgungssituation der Kinder stadtteil- und sozialraumorientiert neu bewertet wird.

Gemeinsame Mahlzeit
in der Kita





Kinderspiel

Maßgebliche Punkte sind:

- der Rechtsanspruch eines jeden Kindes im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt auf einen Betreuungsplatz,
- die Verpflichtung des öffentlichen Trägers, spätestens ab dem 01.10.2010 ein bedarfsgerechtes Angebot für Kinder unter drei Jahren und im schulpflichtigen Alter vorzuhalten
- die ab dem 01.08.2013 geplante Einführung eines Rechtsanspruches für Kinder im Alter von einem Jahr bis zum Erreichen des dritten Lebensjahres, einen Betreuungsplatz vorzuhalten.

Um die Bedarfslage möglichst genau zu ermitteln, wird ein mehrstufiges Verfahren angewandt, das u. a. neben Expertenbefragungen, Auswertung besonderer sozialer Problemlagen in den Stadtteilen auch aktuelle Bevölkerungsvorausschätzungen berücksichtigt.

Die Landeshauptstadt Kiel hat sich zum Ziel (Drs. 0302/2010) gesetzt, dass bis Ende 2013 die Versorgungsquote für

- Kinder unter drei Jahren 35 %,
- Elementarkinder bei 4 Jahrgängen 100 % und
- Schulkinder 50 % betragen soll.

Die Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahr 2007 und auch die Studie der Bertelsmann Stiftung haben eine deutlich höhere Anzahl von Kindern prognostiziert als bisher angenommen wurde. Nach den bereits beschlossenen Planungen werden bis einschließlich 2013

- 750 Plätze für unter dreijährige Kinder,
- 706 Plätze für Elementarkinder und
- 116 Plätze für Grundschulkindern neu geschaffen.

Nach dieser Planungsumsetzung werden für das Kindergartenjahr 2013/2014 folgende Versorgungsquoten erreicht:

- 34,8 % für Kinder unter drei Jahren,
- 97,4 % für Elementarkinder und
- 43,7 % für Grundschulkindern.

Besonders die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Grundschulkindern ist ständig steigend, der Bedarf wird fast ausschließlich von berufstätigen Eltern formuliert, die auf eine weitere Betreuung ihrer Kinder im Anschluss an die Kindergartenzeit angewiesen sind. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist durch eine adäquate Versorgungsquote sicherzustellen.

Im Kieler Stadtgebiet gibt es derzeit 14 Kindertageseinrichtungen, die Elementar-kindern (3 Jahre bis Schuleintritt) eine Betreuung in sogenannten integrativen Gruppen anbieten. Pro Gruppe handelt es sich dabei um vier Kinder mit Behinderung und elf Kinder ohne Behinderung. Im Rahmen von Einzelintegration werden Kinder mit Behinderung zudem auch in Elementargruppen betreut (57 Kinder – Stand 31.08.2010).

Zur Schaffung neuer Betreuungsplätze wird neben der Förderung von Ausbaumaßnahmen freier Träger u. a. der Ausbau folgender städtischer Einrichtungen geplant: Kita Zastrowstraße/Schützenpark, Kita Marienwerderstraße, Kita Hangstraße, Kita Goethestraße, Kita Seeblick/Quinckestraße. Alle Neu- und Ausbauten erfolgen barrierefrei.

Bildung/Schule

Schulentwicklungsplanung ist mehr als die Planung des erforderlichen Schulraums in einer pädagogisch sachgerechten und ökonomischen Größe für die verschiedenen Schularten. Sie muss zusätzlich u. a. auch

- die Entwicklung der gebundenen und offenen Ganztagschulen,
- die Versorgung der Ganztags Schülerinnen und -schüler mit Essen,
- die Freizeit- und Betreuungsangebote,
- die Einbindung in den Stadtteil,
- die Zusammenarbeit der Schulen untereinander,
- die Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit umfassen.

Weil nach dem neuen Schulgesetz die Umwandlung der Schularten Hauptschule, Realschule und Integrierte Gesamtschule zu Regional- oder Gemeinschaftsschulen bis zum Jahr 2010 vorzunehmen ist, wurde 2008 ein neuer Schulentwicklungsplan (Drs. 0693/2008) erstellt. Der Schulentwicklungsplan orientiert sich an der Verpflichtung der Schulträger, Schulen und Schularten gemäß der Nachfrage vorzuhalten. Die Standorte für die zukünftigen weiterführenden Schulen wurden auf Grund der Beschlüsse in den Schulkonferenzen unter Berücksichtigung einer Umfrage bei Eltern vorgesehen, es sei denn, dass sie auf Grund der Prognosen nicht der Mindestgrößenverordnung entsprechen.

¹Quelle

Kieler Schulinformation,
Landeshauptstadt Kiel,
37. Ausgabe 2009/2010

²11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder

Im Schuljahr 2009/2010 besuchten 22.684 Schülerinnen und Schüler allgemein bildende Schulen der Landeshauptstadt Kiel, davon waren 3.679 = 16 % Auswärtige. Insbesondere bei Gymnasien (32 %), den Integrierten Gesamtschulen (35 %) und dem Förderzentrum mit dem Schwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung (31 %) war der Anteil der Auswärtigen hoch¹. Die auf Grund der Einwohnerprognose (11. KBV²) in den nächsten Jahren nur kurzzeitig und gering zurückgehenden Schülerzahlen werden bis 2025 sowohl für den Primarbereich als auch für die Sekundarstufe I wieder über den Werten von 2006 liegen.

Um insbesondere die Chancen von bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen zu verbessern und deren individuellen Bildungserfolg durch ganztägige Bildung, Erziehung und Betreuung zu sichern, können gebundene Ganztagschulen eingerichtet werden. Voraussetzung für die Einrichtung einer gebundenen Ganztagschule ist u. a. der Standort/Einzugsbereich im sozialen Brennpunkt (Soziale Stadt) sowie ein hoher Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund.

³BZM –
Bildungszentrum Mettenhof

Bereits zum Schuljahr 2009/2010 wurde die Einrichtung der neuen gebundenen Ganztagschule für die Gemeinschaftsschule im BZM³ beantragt (Drs. 0195/2009) und genehmigt. Für die Schule am Heidenberger Teich und die Hans-Christian-Andersen-Schule wurden zum Schuljahr 2010/2011 entsprechende Planungen und Anträge umgesetzt. Die dafür erforderlichen baulichen Maßnahmen befinden sich in der Umsetzung.

Die zukünftige Planung wird durch die Freiheit bei der Wahl der Schulen nach dem Schulgesetz zunehmend schwieriger, da die Landeshauptstadt einen Teil des Kieler Umlandes mitversorgt. Auf der anderen Seite werden zunehmend umgekehrt auch Kieler Schülerinnen und Schüler Schulen im Umland besuchen.

⁴Quelle
Kieler Schulinformation,
Landeshauptstadt Kiel,
37. Ausgabe 2009/2010

Zur Zeit gibt es in der Landeshauptstadt Kiel sieben berufliche Schulen mit 12.578 Schülerinnen und Schülern⁴. Auch hier versorgt Kiel das Kieler Umland und mit seinen Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen auch einen Einzugsbereich bis zum gesamten Bundesland und darüber hinaus. Das Angebot umfasst die Fachklassen für die duale Ausbildung, sowie alle Arten von Vollzeitschulen: Berufsfachschulen, Fachschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen und Berufliche Gymnasien sowie ein Abendgymnasium.

Die schulorganisatorische Umstrukturierung der beruflichen Schulen zu Regionalen Bildungszentren (RBZ) mit drei Standorten war Ziel der Neuordnung der Beruflichen Schulen. Sie ist mit Beginn des Schuljahres 2010/2011 abschließend umgesetzt. Die damit zusammenhängenden baulichen Umsetzungskonzepte wurden beschlossen (Drs. 0185/2009). Es bestehen das RBZ Technik am Standort Gaarden, das RBZ Wirtschaft am Standort Ravensberg und das RBZ Soziales, Ernährung und Bau (RBZ I) am Standort Schützenpark mit der Außenstelle Königsweg einschließlich des Gebäudes der ehemaligen Schule am Rondeel. Bis zur Fertigstellung der Neubauten wird der Standort am Westring noch weiter vom RBZ Technik und Wirtschaft genutzt.

Bei allen Neu- und Erweiterungsbauten werden Schulen barrierefrei errichtet, um die angestrebte Inklusion zu ermöglichen. Zur Integration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung werden die Schulgebäude bei Bedarf – soweit es möglich ist – barrierefrei umgebaut.

Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche

Studien haben festgestellt, dass es zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland einen Zusammenhang gibt, und kritisiert, dass Kinder aus sozial schwächeren Familien zu wenig gefördert werden. Der Erwerb sprachlicher Fähigkeiten ist nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund von maßgeblicher Bedeutung. Investitionen in die frühkindliche Bildung erhöhen die Bildungschancen, aber auch Kinder und Jugendliche sind in ihrer Entwicklung zu unterstützen.

Jugendsozialarbeit in der Schule ist eine Aufgabe der Jugendhilfe und bringt jugendhilfespezifische Ziele, Tätigkeitsformen, Methoden und Herangehensweisen in die Schule ein, die auch bei einer Erweiterung des beruflichen Auftrages der Lehrerschaft nicht durch die Schule allein realisiert werden können. Schulsozialarbeit ist also eine zusätzliche Ressource, die die pädagogische Qualität der Schule weiterentwickeln hilft und das Repertoire pädagogischer Arbeitsformen und Lernchancen erweitert.

Die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit ergibt sich aus Sicht der Schule durch wachsende Anforderungen an den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule. Sie unterstützt den Abbau von Alltagskonflikten durch sozialpädagogische Kompetenz und hilft, Defizite der familiären Erziehung auszugleichen. Aus Sicht der Jugendhilfe können präventive und integrative Aufgaben besser erfüllt werden und die Entwicklungschancen und -möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen werden verbessert.

Das Kinder- und Jugendbüro hat die Aufgabe verschiedene Beteiligungsformen umzusetzen, um Kindern und Jugendlichen Gehör zu verschaffen und sie im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Zielgruppe sind Mädchen und Jungen im Alter von sechs bis achtzehn Jahren, deren Eltern sowie andere Personen/Personengruppen, die mit jungen Menschen (beruflich) zu tun haben (Drs. 0947/2009). Im Rahmen der offenen Jugendarbeit sollen jungen Menschen die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote zur Verfügung gestellt werden. Diese sollen sie zur Selbstbestimmung befähigen und zur gesellschaftlichen Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.

Zu den Schwerpunkten der Jugendarbeit gehören u. a. die außerschulische Jugendbildung, die Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit oder die Jugendberatung. Daraus ergeben sich unterschiedliche Aufgaben für die verschiedenen Einrichtungen im Kieler Stadtgebiet. Die Einrichtungen orientieren sich dabei an den Bedürfnissen und Wünschen der Kinder und Jugendlichen und den Situationen und Problemlagen der verschiedenen Sozialräume.

Für die Arbeit in den Mädchen- und Jugendtreffs sind dies u. a. die gezielte Förderung von Mädchen und jungen Frauen oder die Kompensation von belasteten Familiensituationen der Kinder und Jugendlichen. Eine weitere wichtige Aufgabe



Umgestaltung des Kinderspielplatzes Geibelplatz. Der erste Spatenstich in Anwesenheit von Kita-Kindern.

ist die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In den Mädchen- und Jugendtreffs gibt es gemeinsame Angebote für Mädchen und Jungen mit und ohne Behinderung und spezifische Angebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderung.

Sport – Freizeit – Wohnumfeld

Viele Stadtteile Kiels bieten gerade in peripherer Lage ein sicheres, naturnahes und damit zumeist auch kinderfreundliches Wohnumfeld. In den dicht bebauten innerstädtischen Stadtteilen ist das Wohnumfeld auch wegen des Verkehrsaufkommens für Kinder eher unsicher. Adäquate Freiflächen und Kinderspielplätze sowie baulich erzeugte Verkehrssicherheit tragen zum kinderfreundlichen Wohnumfeld bei.

Mit einem Anteil von insgesamt 20% an Wohnungen in Ein- bzw. Zweifamilienhäusern stehen in Kiel vergleichsweise viele dieser von Familien nachgefragten Eigenheime zur Verfügung. Viele ältere Eigenheime (1950er bis 1970er Jahre) werden allerdings noch von den Erstbeziehern bewohnt und stehen damit den jungen Familien nicht zur Verfügung. Der Anteil von großen Wohnungen mit mindestens vier Zimmern macht in Kiel insgesamt 23 % des Wohnungsbestandes aus.

Um den Bewegungsdrang von Kindern zu fördern, sind ihnen Gelegenheiten zum Spielen im Freien anzubieten, um ihre körperlichen, geistigen und seelischen Fähigkeiten zu entwickeln. Dazu sind Flächen für Spiele im Freien (Spiel- und Bolzplätze) anzulegen, auszustatten und zu unterhalten. Um diesem gesetzlichen Auftrag nachzukommen, unterhält die Stadt zahlreiche öffentliche Spiel- und Bolzflächen, Skateanlagen und Jugendparks (rund 200). Sie richten sich an schulpflichtige Kinder und Jugendliche (6–17 Jahre) und werden wohnortnah errichtet. Der Einzugsbereich soll einen Radius von 300 m oder einen Fußweg von 400 m Länge in der Regel nicht überschreiten. Unter- und nicht versorgte Wohngebiete finden sich vor allem im Bereich Ravensberg, Blücherplatz, Brunswik, im Bereich Vorstadt und Südfriedhof.

Grundsätzlich wird bei allen Spielplätzen darauf geachtet, dass ein barrierefreier Zugang besteht. Um den besonderen Bedürfnissen von Kindern mit Behinderung gerecht zu werden, wurde im Bereich Teichstraße/Mittelstraße 2010 ein integrativer Spielplatz geschaffen. Darüber hinaus gibt es besondere Angebote integrativer Spielraumgestaltung auf verschiedenen Spielplätzen im Stadtgebiet.

Im Sinne einer integrierten Stadtentwicklung sind neben den öffentlichen Spielplätzen auch sämtliche Flächen im Wohnumfeld, im Quartier, im Stadtteil und in der Stadt bei Planungen mit einzubeziehen. Durch freiwillige Kooperationen zwischen den Wohnungsunternehmen und der Landeshauptstadt Kiel können Maßnahmen für diese Quartiere entwickelt werden.



Allwetterplatz im Natur- und Erlebnisraum Heidenberger Teich, Mettenhof

Die ansässigen Sportvereine engagieren sich in vielfältiger Weise für soziale Integration und gesellschaftliches Miteinander, auf dem Feld des Aggressionsabbaus und der Gewaltprävention sowie in der Gesundheitserziehung und Suchtprävention. Mit Beschluss vom 08.10.2008 (Drs. 0850/2008) wurde die Verwaltung beauftragt, für die Landeshauptstadt Kiel auf Basis einer kooperativen Planung gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des Sports (u. a. „Sport gegen Gewalt“) einen Sportentwicklungsplan zu erarbeiten. Einbezogen werden nicht nur die Sporthallen und -plätze, sondern das gesamte Sportangebot unter Berücksichtigung des Sozialgefüges der Stadtteile. Ziel ist es, ein engmaschiges und qualitativ hochwertiges Versorgungsnetz für alle Menschen auf- und auszubauen.

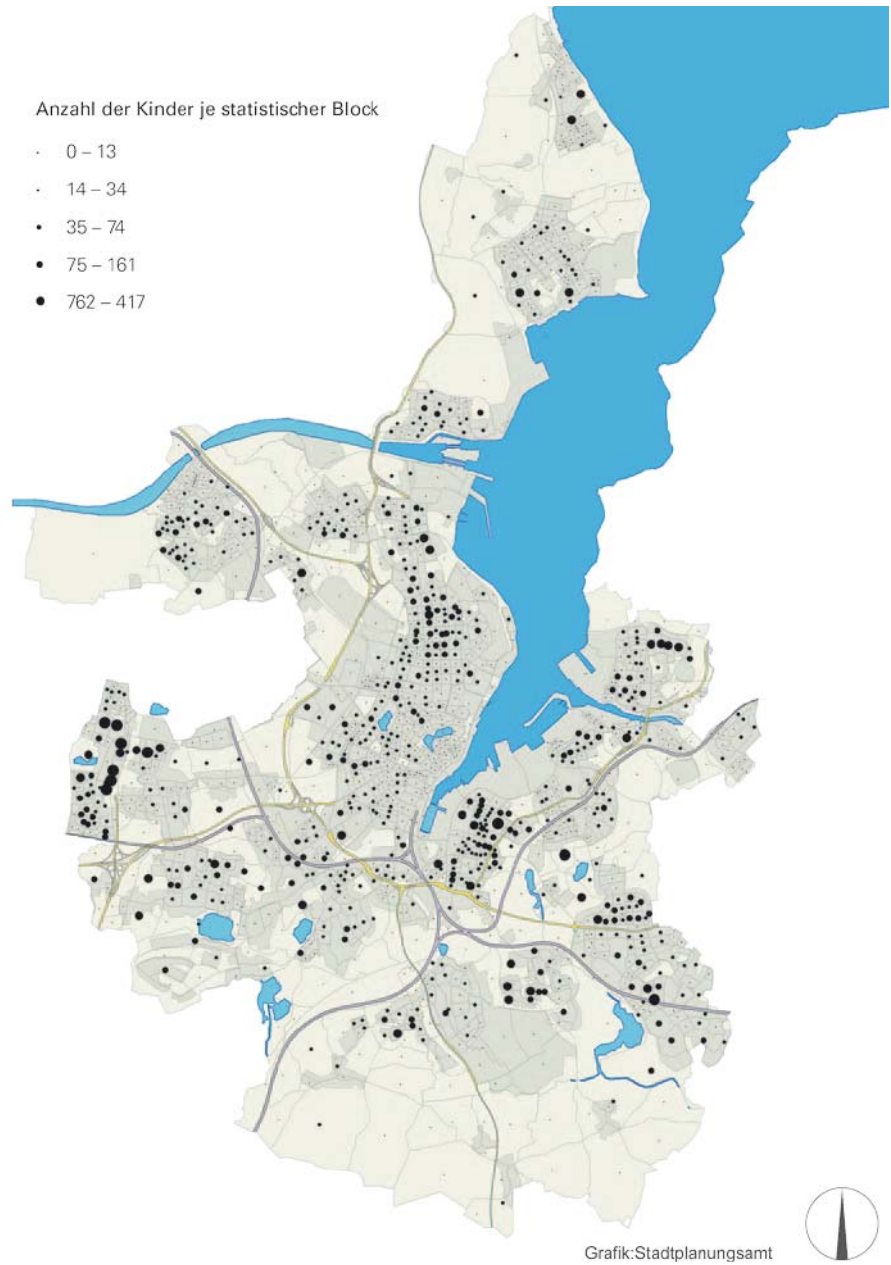
Neue Perspektiven für den Sport werden u. a. durch offenere Gestaltung des Areals um das Schwimmbad Katzheide in Gaarden („Sport- und Begegnungspark auf dem Ostufer“) entstehen. Der 1. Bauabschnitt (BA) wurde im Juli 2010 fertiggestellt, die BA 2 und 3 sollen im Herbst 2010 fertig werden. Freiraum- und Spielraumplanung sind Grundlage für eine kinder- und familienfreundliche Stadtentwicklung. Ein Sport- und Begegnungspark stabilisiert und reaktiviert den Stadtteil zu einem attraktiven Wohnstandort für Familien. In Mettenhof ist die Herrichtung eines generationsübergreifenden und multifunktionalen Bewegungsareals („Freizeit- und Bewegungsraum Heidenberger Teich“) geplant und mit dem 1. BA bereits in Bau.

Soziale Segregation – Auswirkungen auf Kinder

Die räumliche Differenzierung nach sozialstrukturellen Merkmalen wie Einkommen und Armut, Bildungsstatus oder berufliche Stellung und Arbeitslosigkeit nennt man „Soziale Segregation“. Vermehrt lassen sich die Chancen von Kindern und Jugendlichen daran ableiten, in welchem Stadtteil sie aufwachsen. Soziale Ungleichheit und Benachteiligung finden ihren Ausdruck in der Konzentration bestimmter Bevölkerungsgruppen in einzelnen Stadtgebieten.

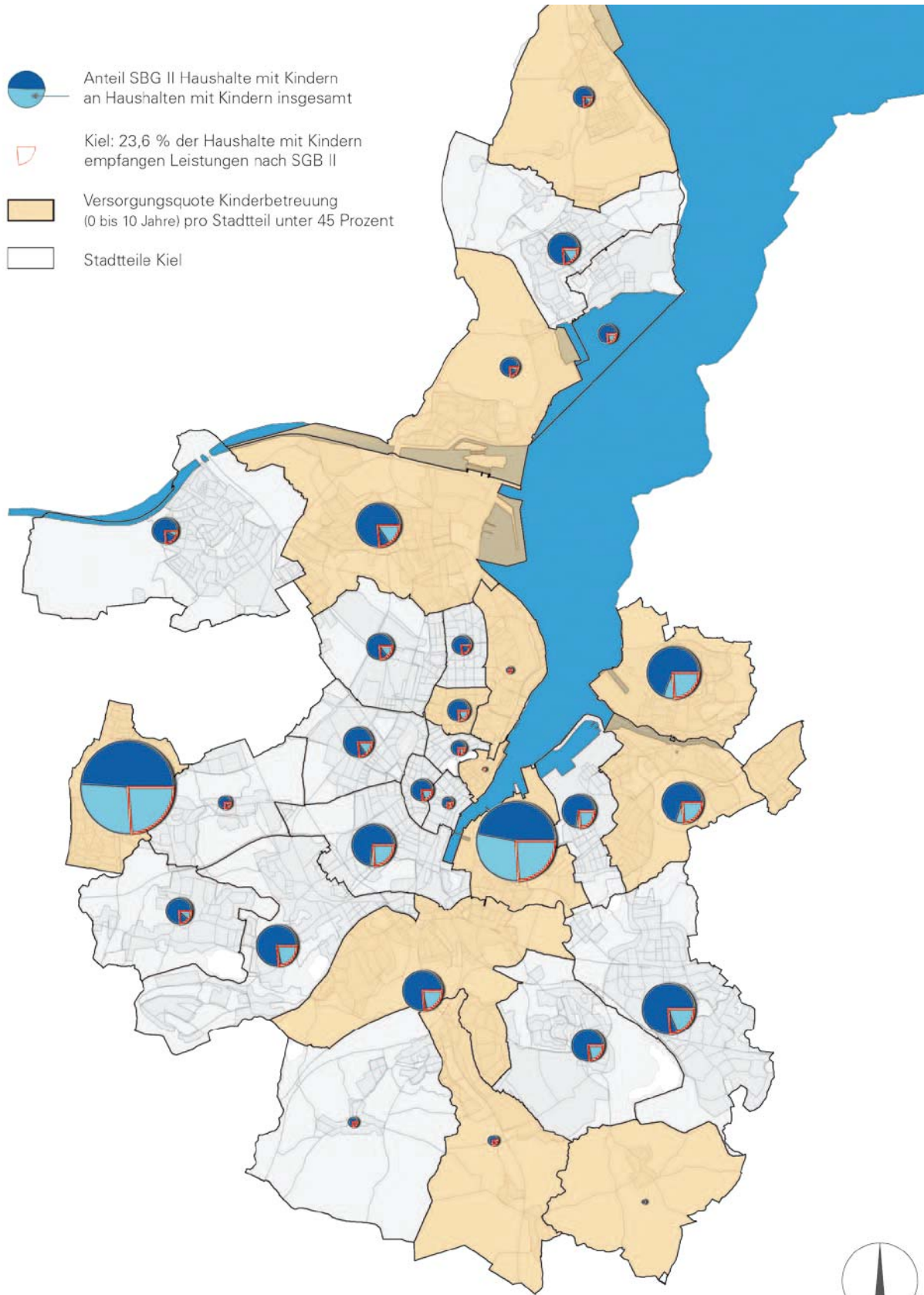
Im Rahmen der „Runden Tische/Jugendhilfe“ wurde ein Vergleich der Stadtteile in Kiel vorgenommen (Drs. 0862/2006). Es musste festgestellt werden, dass die Verteilung der „sozialen Ressourcen“ (Kinderbetreuung, Schulsozialarbeit/Freizeitpädagogik an den Schulen, offene Jugendarbeit/Jugendtreffs) nicht den sozialen Problemdichten in den Sozialräumen entspricht. Gerade Kinder und Jugendliche, die in diesen Stadtteilen aufwachsen, sind zielgruppenspezifisch (bildungsferne und sogenannte Risiko-Familien mit Kleinst- und Kleinkindern) zu unterstützen. Dazu sind die „sozialen Ressourcen“ entsprechend neu zu ordnen und weiterzuentwickeln. Insbesondere die Kita-Betreuung und die Betreuung in der Grundschule müssen zum Ausgleich der Benachteiligung verbessert werden.

26.542 Kinder bis 14 Jahre (Stand per 31.12.2009) wohnen in der Landeshauptstadt Kiel. 35 % der Kinder, nämlich insgesamt 9.256, leben in den Sozialräumen Gaarden (2.689), Mettenhof (3.680) und Ost (2.895).



Verteilung der Kinder
in der Landeshauptstadt Kiel (Abb. 9)

HANDLUNGSSCHWERPUNKTE KINDERFREUNDLICHE STADT (Abb. 10)



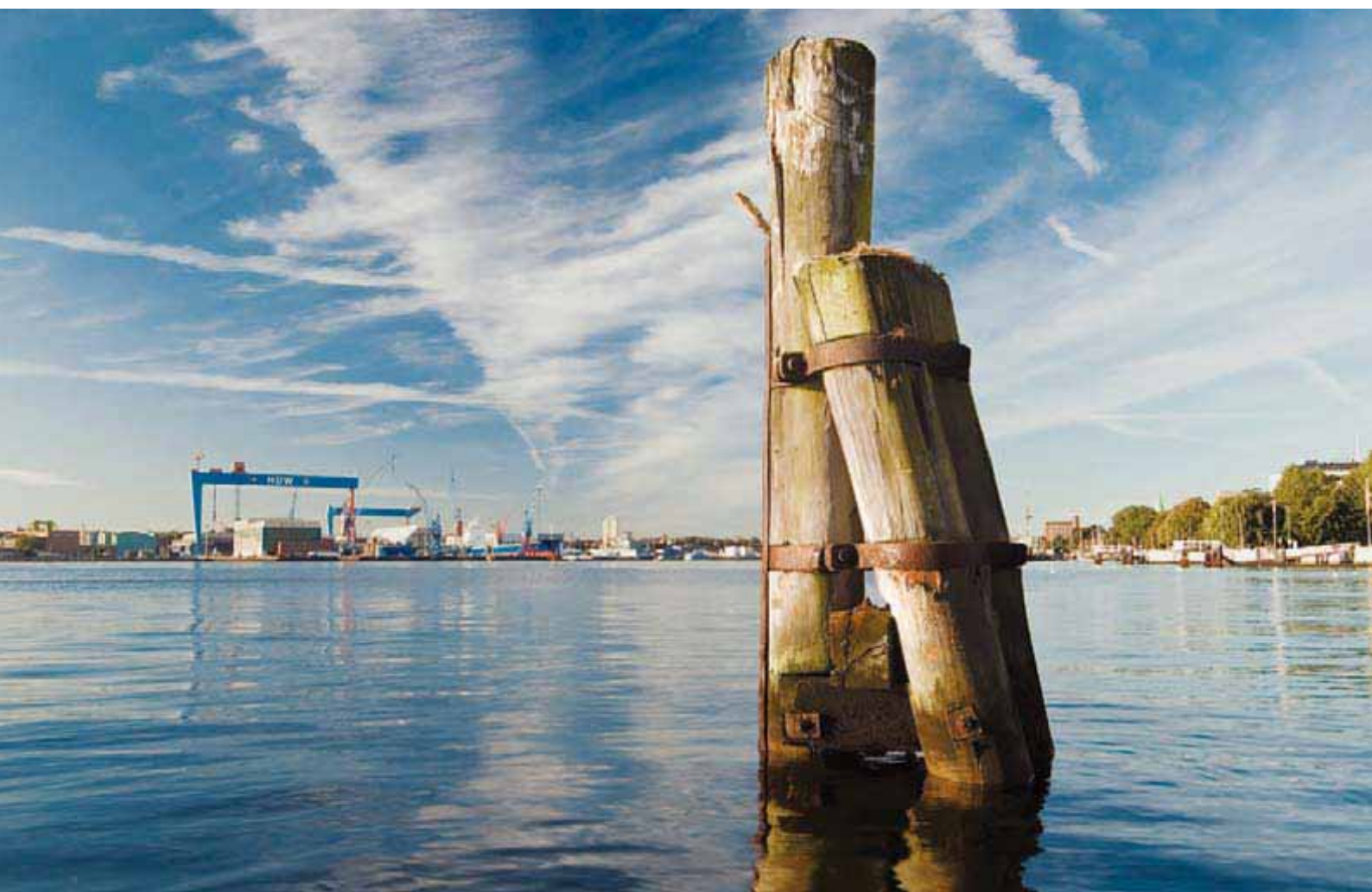
Grafik: Stadtplanungsamt



Zusammenfassung – Handlungsschwerpunkte Kinderfreundliche Stadt (Tabelle 7)

STÄRKEN/CHANCEN	SCHWÄCHEN/RISIKEN	HANDLUNGSSCHWERPUNKTE
Kinderbetreuung		
<ul style="list-style-type: none"> → Vorhalten bedarfsgerechter Betreuungsplätze macht den „Wohnort Kiel“ (überregional und bundesweit) attraktiv → (Wieder-) Aufnahme von Berufs- und Erwerbstätigkeit wird erleichtert 	<ul style="list-style-type: none"> → Zusätzliche Kosten für den Ausbau von Betreuungsplätzen durch wachsende Kinderzahlen → Zusätzliche Betreuungsplätze sind teilweise von der Stadt zu finanzieren → In einzelnen Stadtteilen Mangel an geeigneten Objekten /Grundstücken zur Schaffung neuer Einrichtungen oder Gruppen 	<ul style="list-style-type: none"> → Kindertagesstätten und Schulen weiter stärken → Qualitativen und quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung sichern → Gezielte Sprachförderung anbieten → Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren entwickeln
Bildung/Schule		
<ul style="list-style-type: none"> → Alle Schularten vorhanden → Ganztagsschulplätze erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf 	<ul style="list-style-type: none"> → Sanierung und zeitgemäße Anpassung der Schulgebäude erfordert hohen finanziellen Aufwand → Stadt hat keinen Einfluss auf die inhaltliche Gestaltung der Schulen → Kein Einfluss auf pädagogische Konzepte für Ganztagschulen 	<ul style="list-style-type: none"> → Schulen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten an veränderte Bedarfe durch Umbaumaßnahmen anpassen → Barrierefreiheit der schulischen Anlagen erreichen → Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe sozialräumlich weiterentwickeln → Realisierung RBZ
Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche		
<ul style="list-style-type: none"> → Schulabgänger mit höherer Qualifikation → Infrastruktur an Einrichtungen der Mädchen- und Jugendarbeit → Flächendeckende Versorgung mit Einrichtungen gewährleistet → Langjährige verlässliche Bezugspersonen in den Einrichtungen; Gute und erprobte Zusammenarbeit der Institutionen im Stadtteil 	<ul style="list-style-type: none"> → Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe/Schulsozialarbeit noch verbesserungsfähig → Viele kleine Einrichtungen mit sehr knapper Personalausstattung → Schwerfällige Anpassung der finanziellen und personellen Ressourcen an die veränderten Bedarfe in den Stadtteilen 	<ul style="list-style-type: none"> → Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bzw. aus bildungsfernen Familien → Schaffung attraktiver Lern- und Lebensorte für junge Menschen → Abbau/Vermeidung von Schulverweigerung und Schulabbruch → Stadtteilbezogene niederschwellige Einrichtungen für Kinder und Jugendliche erhalten und ggf. schaffen
Sport - Freizeit - Wohnumfeld		
<ul style="list-style-type: none"> → Durch Partizipation von allen Beteiligten möglichst optimale Versorgung in den Stadtteilen → Positive Auswirkungen auf Spielplatzangebot durch Drittmittelfinanzierung 	<ul style="list-style-type: none"> → Eigenes Personal kann Attraktivität und Akzeptanz von Vorhaben nur zum Teil ermitteln → Häufig überzogene Erwartungen bei der Ausstattung der Spielflächen → Vandalismusfolgen oft nur kostspielig zu beheben → Konkurrierende Flächennutzungen 	<ul style="list-style-type: none"> → Erholungs- und Spielflächen quartiersnah bereitstellen → Kinder, Jugendliche und Familien an Planungsprozessen intensiver beteiligen → Aspekte der Mobilität/Barrierefreiheit und Sicherheit für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum berücksichtigen → Sportangebote für Migrantenfamilien zugänglicher machen → Erarbeitung eines Sportentwicklungsplans

Klimaschutzstadt als strategisches Ziel Kiels



Inhaltliche Festlegung durch die Ratsversammlung

Aktiven Klimaschutz betreiben durch ökologische Energieversorgung und Verkehrsinfrastruktur, nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen in unserer Stadt.

Klimaschutz

Anfang 2008 wurde das Kieler Energie- und Klimaschutzkonzept (KEKK) mit umfangreichen Maßnahmen beschlossen mit dem Ziel, schrittweise die Abhängigkeit vom Erdöl abzusenken und verstärkt Energiesparen, rationelle Energieverwendung und Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern (Drs. 0369/2008). Das Konzept orientiert sich an den Klimaschutzzielen der Bundesregierung und den CO₂-Minderungszielen des Klima-Bündnisses und knüpft an bestehende Beschlüsse, Handlungskonzepte und Projekte der Klimaschutzstadt Kiel (z. B. AGENDA 21) an.

Energieversorgung

Der größte Energieversorger der Landeshauptstadt Kiel und der Region im Bereich Strom, Gas, Wärme und Wasser ist die Stadtwerke Kiel AG, die zur Zeit zu 49 % in städtischer Hand ist.

Stromversorgung

Der Kieler Strommix setzt sich aus erneuerbaren Energien (22,4 %), Kernkraft (13,7 %), sowie fossilen und sonstigen Energieträgern (63,9 %)¹ zusammen. Bisher nur in geringem Maße werden Mini-Blockheizkraftwerke genutzt, die durch die umweltschonende Kraft-Wärme-Koppelung gleichzeitig Strom und Wärme erzeugen.

Das Gemeinschaftskraftwerk (GKK) auf dem Kieler Ostufer erzeugt eine elektrische Bruttoleistung von 354 Megawatt. Mit dieser Leistung wird nicht nur die Landeshauptstadt Kiel versorgt, ein Teil wird auch in das europäische Verbundsystem eingespeist. Außerdem liefert das Kraftwerk bis zu 50 % des Wärmebedarfs für die an das Kieler Fernwärmenetz angeschlossenen Haushalte².

Gasversorgung

Das Erdgasversorgungsnetz der Stadtwerke Kiel AG erstreckt sich über ein weites Gebiet von Preetz bis in die Umlandgemeinden von Eckernförde und hat eine Länge von ca. 1.870 km.

Fernwärme

In Kiel wurden die technischen Voraussetzungen für einen sinnvollen und wirtschaftlichen Einsatz der Wärmeauskoppelung schon früh geschaffen. Bereits 1907 gehörte Kiel zu den ersten strom- und fernwärmeversorgten Städten Europas. Ein Fernwärmehaus unter der Kieler Förde versorgt das westlich gelegene Stadtgebiet mit Fernwärme aus dem Gemeinschaftskraftwerk (GKK). Daneben liefern das Heizkraftwerk am Knoopener Weg und die Kieler Müllverbrennung Fernwärme für Industriebetriebe, Verwaltungs- und Wohngebäude.

Zur Zeit bildet der Nord-Ostsee-Kanal eine natürliche Grenze der Fernwärmeversorgung.

¹Quelle

www.stadtwerke-kiel.de,
Stand 14.12.2009

²Quelle

www.stadtwerke-kiel.de,
Stand 11.01.2010

Solarenergie

Die Landeshauptstadt Kiel hat sich der bundesweiten internetgestützten Imagekampagne SolarLokal angeschlossen und wirbt dabei im Rahmen der Kampagne derzeit als nördlichste Kommune für umweltfreundlichen Solarstrom.

Über die kostendeckende Einspeisevergütung der Stadtwerke Kiel AG für Solarstromanlagen bis 5 kW Leistung und den Kieler Klimaschutzfonds werden Solarstrom- und solarthermische Anlagen gefördert. Die Landeshauptstadt Kiel stellt unentgeltlich geeignete städtische Dachflächen für Bürgersolaranlagen zur Verfügung. Außerdem prüfen die Stadtwerke Kiel AG Maßnahmen, die den verstärkten Einsatz von solarthermischen Anlagen zur Warmwassererzeugung fördern.

Windenergie

Aufgrund landesrechtlicher Einschränkungen konnten bislang auf dem Kieler Stadtgebiet keine Windenergieeignungsräume ausgewiesen werden. Im Zuge der Aufstellung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP) und der Teilfortschreibung der Regionalpläne sind die Kreise und kreisfreien Städte aufgefordert worden, im Rahmen von Kreiskonzepten Eignungsgebiete für Windenergienutzung unter Berücksichtigung der im Entwurf des LEP genannten landeseinheitlichen Kriterien zu benennen und auszuweisen. Daher hat die Landeshauptstadt Kiel im Dezember 2009 zwei potentielle Eignungsgebiete, vorrangig südlich des Ortsteils Meimersdorf und nachrangig westlich des Stadtteils Suchsdorf/Schwartenbek, dem Land Schleswig-Holstein zur Prüfung benannt.

Die Stadtwerke Kiel sind mit 20 % am ersten kommunalen Windpark in Schleswig-Holstein an der Westküste beteiligt. Hier werden in den nächsten Jahren Möglichkeiten eines Repowering der Anlagen geprüft. Die Flächen des Klärwerks Bülk sollen auf ihre Eignung für eine Windkraftanlage geprüft werden.

Neues Energieversorgungskonzept für Kiel

Im Oktober 2008 hat die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel beschlossen, dass in Kiel kein neues Kohlekraftwerk gebaut wird. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit gutachterlicher Unterstützung ein Zukunftskonzept für eine klimaverträgliche Energieerzeugung und Energieversorgung zu entwickeln. Dieses nachhaltige ökonomisch und ökologisch orientierte Konzept wird auf der Grundlage der vorhandenen Untersuchungen mit Fördermitteln der Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit erarbeitet.

Ziel ist es, unter der Maßgabe des Klimaschutzes und im Interesse einer verbesserten und transparenten Entscheidungsfindung sowie einer intensiven Diskussion mit der Öffentlichkeit die technische und wirtschaftliche Machbarkeit eines klimaverträglichen Energieversorgungskonzeptes für die Kieler Fern- und Nahwärmeversorgung mit zentralen und dezentralen Anlagen zur Strom- und Wärmeenergieerzeugung unter Einsatz hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplungs- und Blockheizkraftwerk-Anlagen sowie der Nutzung erneuerbarer Energiequellen insbesondere von Biomasse zu ermitteln. Mit dem Konzept werden die für Kiel bereits vorliegenden Gutachten und Untersuchungen zur Kieler Energieversorgung aktualisiert, ergänzt und zu einem die Klimaschutzziele der Landeshauptstadt Kiel erfüllenden Gesamtkonzept zusammengeführt werden. Insbesondere sollen die CO₂-Emissionen in Kiel bis zum Jahr 2020 um 40 % gegenüber dem Jahr 1990 reduziert werden.

Windräder im Rapsfeld



Das Konzept soll zeigen, dass und wie

- bei optimaler Ausschöpfung der vom Gesetzgeber bereitgestellten Förderinstrumente und Rechtsmittel ein ökologisches, die Klimaschutzziele erfüllendes Energieversorgungskonzept auch in Konkurrenz zu fossilen Energieträgern bei wirtschaftlich vertretbaren Energiepreisen umgesetzt werden und
- mit welchen Instrumenten Kiel im liberalisierten Energiemarkt langfristig Einfluss auf eine ökologische Energieversorgung in ihrem Stadtgebiet nehmen kann, insbesondere auch hinsichtlich der Bereitstellung einer ökologisch nachhaltigen Fern- und Nahwärmeversorgung.

Zu den Anforderungen an das Zukunftskonzept gehören gemäß Beschluss der Ratsversammlung folgende Potenzialuntersuchungen:

- Minimierung der CO₂-Emissionen,
- Energieeinsparungen im privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereich,
- Dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung und rationelle Energienutzung
- Nutzung der erneuerbaren Energien (Biomasse, Solarenergie, Wasserkraft, Windenergie, Geothermie),
- Optimierter Ausbau von Fern- und Nahwärmenetzen einschließlich Einsatz- und Umrüstmöglichkeiten der schon vorhandenen Anlagen der Wärme- und Stromerzeugung,
- Maximale Arbeitsplatzeffekte in der Kieler Region,
- Bezahlbare Energiepreise für private und gewerbliche Kunden,
- Erhalt einer angemessenen Dividende der Stadtwerke nach der Abschaltung des jetzigen Kohlekraftwerks.

Darüber hinaus wird gutachterlich geklärt, welche konkreten rechtlichen Instrumente Kiel zur Verfügung stehen, um ihre energiepolitischen Vorstellungen umzusetzen, insbesondere im Zusammenhang mit der Erzeugung, Einspeisung und Nutzung von Wärme in bestehende und neu zu errichtende Fern- und Nahwärmenetze. Hierbei werden insbesondere die Festsetzungsmöglichkeiten bei Erlass einer Fernwärmesatzung auf der Grundlage des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz dargestellt. Auf der Grundlage der gutachterlichen Empfehlungen sollen die Bausteine des klimaverträglichen Energieerzeugungs- und Versorgungskonzeptes in Abstimmung mit Energieversorgern, Verbänden und Unternehmen beschlossen und bis zum Jahr 2020 umgesetzt werden.

Innovative Bauausstellung Kiel (InBA)[®] und Energetische Sanierung von städtischen Gebäuden

2008 führte die Landeshauptstadt Kiel die Innovative Bauausstellung (InBA)[®] – als erste von acht Partnerstädten im Rahmen eines EU-Projektes – durch (Drs. 0211/2006).

20 innovative Bauprojekte wurden präsentiert, die durch Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energieträger besonders zukunftsfähig waren. Neben der Möglichkeit zur Besichtigung aller Bauprojekte konnten sich die interessierten Besucherinnen und Besucher in einer Reihe von Veranstaltungen über den Klimaschutz, den Einsatz erneuerbarer Energien, Energieeinsparpotenziale und Fragen zur praktischen Umsetzung von Bauprojekten informieren.

Im Januar 2009 hat die Ratsversammlung beschlossen, das Projekt InBA[®] 2008 mit seinen baulichen und energiesparenden Zielen fortzuführen und konkrete Umsetzungsvorschläge vorzulegen (Drs. 1226/2008). Die Klimaschutzstadt Kiel hat eine Vorbildfunktion bei der energetischen Optimierung von städtischen Gebäuden wie z. B. Kindertagesstätten, Schulen oder Sporthallen. Viele Maßnahmen können dank des Konjunkturpakets des Bundes in den nächsten zwei Jahren verwirklicht werden. Langfristiges Ziel der Stadt muss es sein, den Passivhausstandard auch bei städtischen Gebäuden flächendeckend umzusetzen. Für städtische Liegenschaften gilt derzeit der InBA[®] 2008-Standard (Dezernatsverfügung v. 12.06.2009), der bei Neubau und Sanierung von Gebäuden deutlich höhere Anforderungen an den Wärmeschutz vorschreibt als es der gesetzliche Mindeststandard der Energieeinsparverordnung (EnEV) verlangt. Mit den verschärften Anforderungen der EnEV 2009 wird der InBA[®]-Standard entsprechend angehoben.

European Energy Award

Der European Energy Award[®] (eea[®]) ist ein Zertifizierungsverfahren und Qualitätsmanagementsystem für Kommunen und Städte in Europa mit dem Focus Energie und Klimaschutz für die Handlungsfelder

- Entwicklungsplanung und Raumordnung
- Kommunale Gebäude und Anlagen
- Versorgung, Entsorgung
- Mobilität
- Interne Organisation
- Kommunikation und Kooperation

Ziel des eea[®] ist es, systematisch die bisherigen energierelevanten Arbeiten in den Kommunen zu erfassen und zu bewerten, weitere Aktivitäten zu planen und einen kontinuierlichen Controllingprozess zur Energieeffizienz in der Stadt fortzuführen sowie das Knowhow und die Erfahrungen anderer Programmgemeinden zu nutzen. Hierbei werden eine Vielzahl neuer und innovativer Maßnahmen umgesetzt. Die Teilnahme Kiels am eea[®] ist als InBA[®]-Nachfolgeprojekt Bestandteil des Kieler Energie- und Klimaschutzkonzepts 2008 (Drs. 0369/2008).

Energieeffizienz in Kooperation mit Wirtschaft und Wissenschaft

Die Energiewirtschaft und damit die Energieeffizienztechnologie wird als ein zentraler Schlüsselfaktor für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung an Bedeutung zunehmen. Der Einsatz energieeffizienter Technologien und die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen sind eine umwelt- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit, ein Wettbewerbsfaktor und ein Zukunftsmarkt.

Die Landeshauptstadt Kiel hat in den vergangenen Jahren im Bereich der Energieversorgungsplanung, des Klimaschutzes, der Förderung regenerativer Energieträger und des „Energieeffizienten Bauens und Sanierens“ bereits Maßnahmen zur Entwicklung dieser Teilmärkte eingeleitet. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen sind von Energiepreissteigerungen stark betroffen. Aufgrund der vielfältigen unterschiedlichen Anforderungen an Heizung, Lüftung, Kühlung, Druckluft, Beleuchtung und Produktionsprozesse sind die Möglichkeiten zur Entwicklung und zum Einsatz von innovativen Energieeffizienztechnologien in diesem Bereich besonders hoch.

Durch eine Kooperation mit Wirtschaft und Wissenschaft gilt es Pilotprojekte zu initiieren und Fördermittel einzubinden, um gerade auch kleineren Ingenieurbüros und Handwerksbetrieben zu ermöglichen, Erfahrungen mit dem Einsatz von Energieeffizienztechnologien zu sammeln. Die Landeshauptstadt Kiel wird einen „Runden Tisch Energieeffizienz“ mit Kieler Unternehmen etablieren und Pilotprojekte zur Steigerung der Energieeffizienz in kleinen und mittleren Unternehmen in Kooperation mit Wirtschaft und Wissenschaft initiieren.

Wissenschaftszentrum
im Wissenschaftspark



³Drs.0945/2008,
Verkehrsentwicklungsplanung
Planungsprogramm 2009/2010

Mobilität und Verkehr

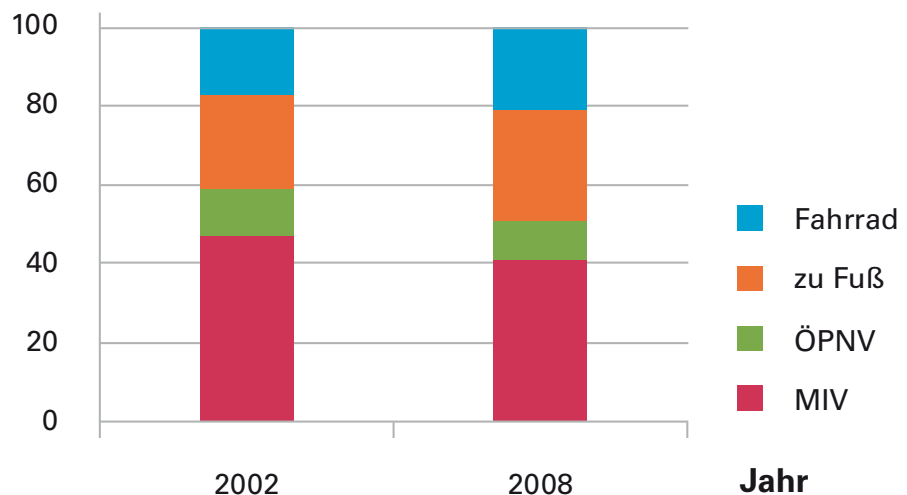
Der Verkehrsentwicklungsplan 2008 (VEP, Drs. 1197/2007) ist die Richtschnur für die Entwicklung des Verkehrssystems bis ins Jahr 2020. Im Rahmen der kontinuierlichen Verkehrsentwicklungsplanung sollen die Aussagen und ihre Umsetzung fortlaufend konkretisiert, weiter entwickelt, überprüft und ggf. angepasst werden. Als erster Schritt wurde das Planungsprogramm zum VEP im Februar 2009 beschlossen³. Im Gegensatz zu früheren Generalverkehrsplänen, die sich schwerpunktmäßig mit Infrastrukturprojekten als Lösung der Verkehrsprobleme für den motorisierten Kraftfahrzeugverkehr beschäftigten, setzt sich der jetzige VEP stärker damit auseinander, die innerstädtische Mobilität für Bewohnerinnen und Bewohner, Fußgängerinnen und Fußgänger und Radfahrerinnen und Radfahrer umweltfreundlicher (Lärm, Abgase), sicherer und barrierefreier zu gestalten.

Gerade auch aus Gründen des Klimaschutzes setzt der VEP ferner darauf, CO₂-arme Verkehrsträger zu fördern, ohne den gewerblich und individuell erforderlichen Kraftverkehr zu gefährden.

⁴Quelle
Forschungsprojekt „Mobilität in Städten – System repräsentativer Verkehrsbefragungen – 2008“, TU Dresden, Verkehrs- und Infrastrukturplanung

Aus den Ergebnissen von Haushaltsbefragungen aus den Jahren 2002 und 2008 zeichnet sich folgende Wahl des Verkehrsmittels ab: Die Rad- (21 %/2002, 17 %) und Fußverkehrsanteile (28 %/2002, 24 %) sind weiter gestiegen. Der Anteil des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist von 12 % auf 10 % zurück gegangen. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) ist deutlich gesunken (41 %/2002, 47 %)⁴.

Abb. 11
Verkehrsmittel der Kieler
Wohnbevölkerung (Modal-Split)



Fuß- und Radverkehr

Fuß- und Radverkehr sind im besten Sinne nachhaltig: gesund und weitgehend klimaneutral.

Der Fußverkehr spielt in Kiel besonders auf Stadtteilebene eine wichtige Rolle. 28 % aller Wege werden von der Kieler Bevölkerung zu Fuß zurückgelegt.

Folgende Ziele sind im VEP definiert:

- Weiterentwicklung des Fußverkehrs, Erhöhung des Anteils am Gesamtverkehr
- Qualitätsverbesserung des Wegenetzes und der nutzbaren Oberflächen, Steigerung der Aufenthaltsqualität

Umsteiger – Servicezentrale und Radstation am Hauptbahnhof



- Umsetzung der Barrierefreiheit
- Erhöhung der Sicherheit durch Geschwindigkeitsreduzierung des motorisierten Individualverkehrs, Senkung des Unfallrisikos, Abbau und Vermeidung von Angsträumen

Das Fahrrad ist in Kiel eine komfortable Alternative zum treibstoffgestützten Verkehr. Der Anteil der Wege, die von Kielerinnen und Kielern mit dem Fahrrad zurückgelegt werden, stieg seit 1988 von 8 % auf 21 % 2008. Seit etwa 20 Jahren ist in Kiel ein in wesentlichen Teilen gutes und vorbildliches Radverkehrsnetz aufgebaut worden. Trotz eines 2. Platzes im ADFC-Wettbewerb „Fahrradklimatest – 2005“ gibt es noch Potenzial für Verbesserungen unter den Aspekten:

- Stadtstraßen als Lebensraum
- Kinder- und familienfreundliche Abwicklung des Verkehrs und
- Umweltschonende Verkehrsabwicklung

Das Veloroutennetz soll kontinuierlich erweitert werden, insbesondere über eine Stadtrandtangente und die Fortführung bestehender Routen ins Umland bei entsprechender Kooperation mit den Nachbargemeinden. Der Radverkehrsanteil in Kiel soll in den nächsten Jahren auf 25 % gesteigert werden. Um im Alltag und in der Freizeit noch einfacher und bequemer mit umwelt- und klimaschonenden Verkehrsmitteln voranzukommen, wurde am Hauptbahnhof/ZOB eine Radstation mit Verleih, Werkstatt und Fahrradparkhaus sowie einer Servicezentrale (Umsteiger) Anfang 2010 eröffnet.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Als Rahmen für die Entwicklung und Verbesserung des ÖPNV in der Region dient der gesetzlich festgelegte Regionale Nahverkehrsplan (RNVP), der alle fünf Jahre aufgestellt wird (gültig ist zur Zeit die zweite Fassung von 2003 sowie eine Teilfortschreibung von 2006). Er konkretisiert die im VEP vorgeschlagenen Maßnahmen mit spezifischen Aussagen für die Landeshauptstadt Kiel. Als Oberziel gilt dabei der Ausbau des ÖPNV-Systems zu Wasser und zu Lande vor dem Hintergrund der Umstrukturierung des ÖPNV zu mehr Wirtschaftlichkeit. Dem Rückgang des ÖPNV-Anteils am Modal-Split muss mit besonderen Anstrengungen entgegengewirkt werden. Bedarfs- und nachfrageorientierter ÖPNV soll zur Steigerung der Anzahl der Fahrgäste führen.

StadtRegionalBahn (SRB)

Das Konzept der StadtRegionalBahn Kiel sieht durch Verwendung geeigneter Fahrzeuge die Verknüpfung von Stadtbahn und Regionalbahn vor. Die regionalen Ziele Eckernförde, Neumünster, Preetz und Schönberger Strand können dadurch direkt und umsteigefrei mit dem Kieler Stadtzentrum und weiteren Stadtteilen verbunden werden. Aus Erfahrungen anderer Städte ist mit der Einführung einer StadtRegionalBahn mit einem deutlichen Nachfragezuwachs zu rechnen, der zur Verringerung der Umweltbelastungen (weniger Schadstoffausstoß) durch den motorisierten Individualverkehr führen wird.

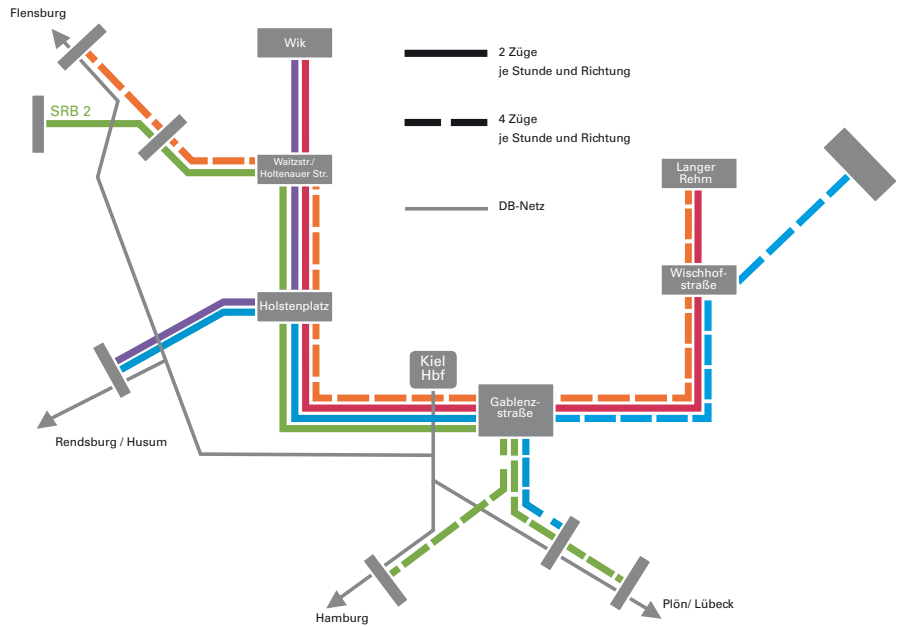
Tabelle 8
StadtRegionalBahn

PRINZIP DER STADTREGIONALBAHN	ZIELE DER STADTREGIONALBAHN
Verbindung von Stadt und Region verbessern	Erhöhung der Attraktivität des ÖV
Umsteigefreie Erreichbarkeit der Innenstadt	Steigerung der Nutzungsbereitschaft
Verknüpfung mit dem städtischen ÖPNV-Netz (Rendezvous-Haltestelle, Zubringerbusse)	Verringerung der Kfz-Fahrten
Schnelle und direkte Verkehre schaffen	Minderung der Umweltbelastung durch geringeren Schadstoffausstoß (CO ₂ , NO _x u. a.)
	„Leitprojekt“ zur Identifikation/Image

Das Vorhaben zur Einführung der SRB Kiel sieht einen Neubau von ca. 24 km Stadtbahnnetz mit U-förmigem Verlauf um die Förde und Ausbaustrecken von Dietrichsdorf nach Suchsdorf, Mettenhof/Melsdorf vor. In der Region kann auf rund 105 km Regionalbahnstrecke zurückgegriffen werden, die zur besseren Erschließung 18 neue Haltepunkte erhält.

Das Liniennetz der SRB setzt sich aus insgesamt fünf Linien zusammen, die in der Region im 30- und im Stadtgebiet im 15-Minuten-Takt bedient werden sollen. Das Projekt der SRB Kiel erfordert einen erheblichen Mitteleinsatz. Die aktuellen Berechnungen gehen dabei von einem Investitionsvolumen von ca. 380 Mio. € aus.

Abb. 12
Geplantes Liniennetz der
StadtRegionalBahn



Neben der konventionellen Umsetzungsvariante werden auch Alternativen wie eine Öffentlich Private Partnerschaft geprüft. Unabhängig davon kann das Projekt nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn zu der Förderung des Bundes und des Landes eine Mitfinanzierung der Region gewährleistet ist. Bei optimalen Verlauf aller Vorbereitungen könnte die Inbetriebnahme der ersten Teilstrecken der SRB ab 2015 erfolgen. Mit der endgültigen Fertigstellung wäre im Jahr 2019 zu rechnen.

Kieler Hauptbahnhof



Nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen

Mehr denn je zeichnen sich Städte im Standortwettbewerb durch Lebensqualität aus. Die sog. weichen Standortfaktoren – das gute Umweltklima einer Stadt – spielen im Städteranking eine wichtige Rolle. Der nachhaltige Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist daher eine nach wie vor bedeutsame Zukunftsaufgabe.

Bereits 1993 hat die Landeshauptstadt die Einführung eines Umweltqualitätszielkatalogs beschlossen. Mit den „Umweltbezogenen Zielen und Grundsätzen für die Stadt Kiel“ wurde eine fachliche Richtschnur für die Bewertung von Planungen o. ä. erstellt. Dieser Katalog enthält allgemeine Leitlinien, generelle schutzgutbezogene Ziele und Grundsätze sowie konkrete schutzgutbezogene Ziele für das Stadtgebiet. Der Landschaftsplan 2000 der Landeshauptstadt Kiel stellt des Weiteren die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar. Im Mittelpunkt dieser Planung steht die Umweltvorsorge, die sich in einer Reihe von Umweltqualitätszielen widerspiegelt.

Schutz von Boden und Grundwasser

Auf der Grundlage des Bundes-Bodenschutzgesetzes und eines laufend fortzuschreibenden Boden- und Altlastenkatasters für die Landeshauptstadt Kiel, in dem alle Verdachtsflächen erfasst sind, können bei konkreten Anhaltspunkten für eine schädliche Bodenveränderung oder Altlasten Gefährdungsabschätzungen bis zur Sanierung veranlasst oder durchgeführt werden. Zum Schutz des Kieler Grundwassers wird zur Zeit eine digitale Erfassung der vorhandenen Daten von Grundwassermessstellen zur Erstellung eines Grundwasserüberwachungssystems vorgenommen.

Es besteht der Grundsatz nicht erneuerbare Naturgüter sparsam und schonend zu nutzen. In diesem Sinne hat die Landeshauptstadt Kiel ein Programm zum nachhaltigen Flächenmanagement beschlossen.

Wasserversorgung und Abwasserversorgung

Die Versorgung mit Trinkwasser ist auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Kiel durch verschiedene Tiefbrunnen mit sehr guter Wasserqualität sichergestellt.

Zentraler Bestandteil des Kieler Schmutzwassersystems ist das Klärwerk Bülk, in dem nicht nur die Abwässer der Landeshauptstadt Kiel behandelt werden, sondern an das noch weitere 20 Gemeinden des Umlandes mit angeschlossen sind. Der Anschlussgrad der bebauten Grundstücke an die öffentliche Schmutzwasserkanalisation beträgt aktuell etwa 99,6 %. Zur Deckung des hohen Eigenenergiebedarfs bei der Behandlung der Abwässer verwertet ein eigenes Blockheizkraftwerk das im Klärwerk erzeugte Klärgas zur Stromerzeugung. Die Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) Stadtentwässerung Kieler Umland wird angestrebt.

Abfallentsorgung

Die Abfallentsorgung in Kiel wird heute von dem lokalen Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK) und privaten Unternehmen betrieben. Ab 2012 wird die Abfallentsorgung wieder komplett in städtische Regie übernommen⁵.

⁵Drs. 0226/2009, Rekommunalisierung der Restabfall- und Altpapiersammlung in Kiel

In der Landeshauptstadt Kiel wird für die nicht vermeidbaren Abfälle ein umfangreiches Getrenntsammlensystem für Papier, Verpackungen, Bioabfall und Restmüll angeboten. Hinzu kommen im ganzen Stadtgebiet verteilte Glascontainer.

Zwei ABK-Wertstoffhöfe haben seit dem 01.01.2009 für die Kieler Bürgerinnen und Bürger die Funktion der Recyclinghöfe übernommen. Hier werden Wertstoffe und Sperrgut zu günstigen Konditionen, teilweise kostenlos, angenommen. Nach ersten Erkenntnissen hat sich die Einrichtung als bürgerfreundlicher und wirtschaftlich erfolgreicher Schritt erwiesen; bei weiterem Bedarf wird über die Einrichtung weiterer Standorte im Stadtgebiet nachzudenken sein.

Schutz von Oberflächengewässern

Gemäß den Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie und der Wassergesetze sind die Oberflächengewässer so zu erhalten oder zu entwickeln, dass sie einen guten ökologischen Zustand oder aber ein gutes ökologisches Potenzial erreichen. Zur Erreichung dieser Ziele werden Bewirtschaftungs- und Maßnahmenpläne erstellt.

Immissionsschutz

Lärmaktionsplanung

Lärm ist eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit mit weitreichenden gesundheitlichen, aber auch wirtschaftlichen Folgen. Die Lärmaktionsplanung zielt ab auf mehr Gesundheitsschutz und -vorsorge, Verbesserung der Wohnqualität und ein erhöhtes individuelles Wohlbefinden. Die Aufenthaltsqualität im Freien wird durch die Ausweisung sogenannter Ruhiger Gebiete, die von einer weiteren Zunahme des Lärms geschützt werden sollen, gesteigert.

Neben diesen Faktoren wird auch eine Verbesserung der Luftqualität und der Verkehrssicherheit und damit insgesamt eine Erhöhung der Standortattraktivität für die Stadt erzielt.

Der Lärmaktionsplan für die Landeshauptstadt Kiel wurde im Oktober 2009 von der Ratsversammlung beschlossen (Drs. 0083/2009).

Minderungskonzeption im Rahmen der Mobilfunk-Netzplanung

Durch den rapiden Ausbau der Mobilfunknetze seit Mitte der 90er Jahre und dem Bedarf der Netzbetreiber an geeigneten Standorten für Sendeanlagen ist eine Vielzahl von städtischen Belangen betroffen (Stadtgestaltung, Baurecht, Immissionsschutz, Denkmalpflege, Naturschutz etc.). Eine (sachlich begrenzte) Einflussmöglichkeit besteht für die Landeshauptstadt Kiel jedoch nur in Fällen, in denen für die Errichtung einer Sendeanlage bzw. eines Antennenträgers eine bau-, naturschutz- oder denkmalschutzrechtliche Genehmigung o. ä. erforderlich wird oder wenn die Landeshauptstadt Kiel Eigentümerin ist.

Angesichts der vielschichtigen öffentlichen Diskussion um mögliche nachteilige Wirkungen von Mobilfunkstrahlung ist es das Anliegen der Stadt, dem Vorsorgeprinzip Geltung zu verschaffen. Das bedeutet in der Praxis: Keine Zustimmung für Sendeanlagen in der Umgebung sensibler Nutzungen (Schulen, Alteneinrichtungen, Kliniken etc.), möglichst keine Sendeanlagen in Wohngebieten; statt dessen Bevorzugung von Gewerbegebieten, Sportanlagen usw.

Schutz des Lokalklimas

Vorbemerkung

Die lokalklimatische Situation Kiels ist differenziert zu betrachten: das Spektrum reicht von Siedlungsgebieten mit negativen bioklimatischen Eigenschaften infolge ganztäglich erhöhter Temperaturverhältnisse und erhöhter Wärmebelastung bis hin zu Bereichen mit aktiver Ausgleichsfunktion für angrenzende Siedlungsräume. Bahnanlagen übernehmen in der Regel die Funktion von Luftleitbahnen.

Luftreinhalteplanung

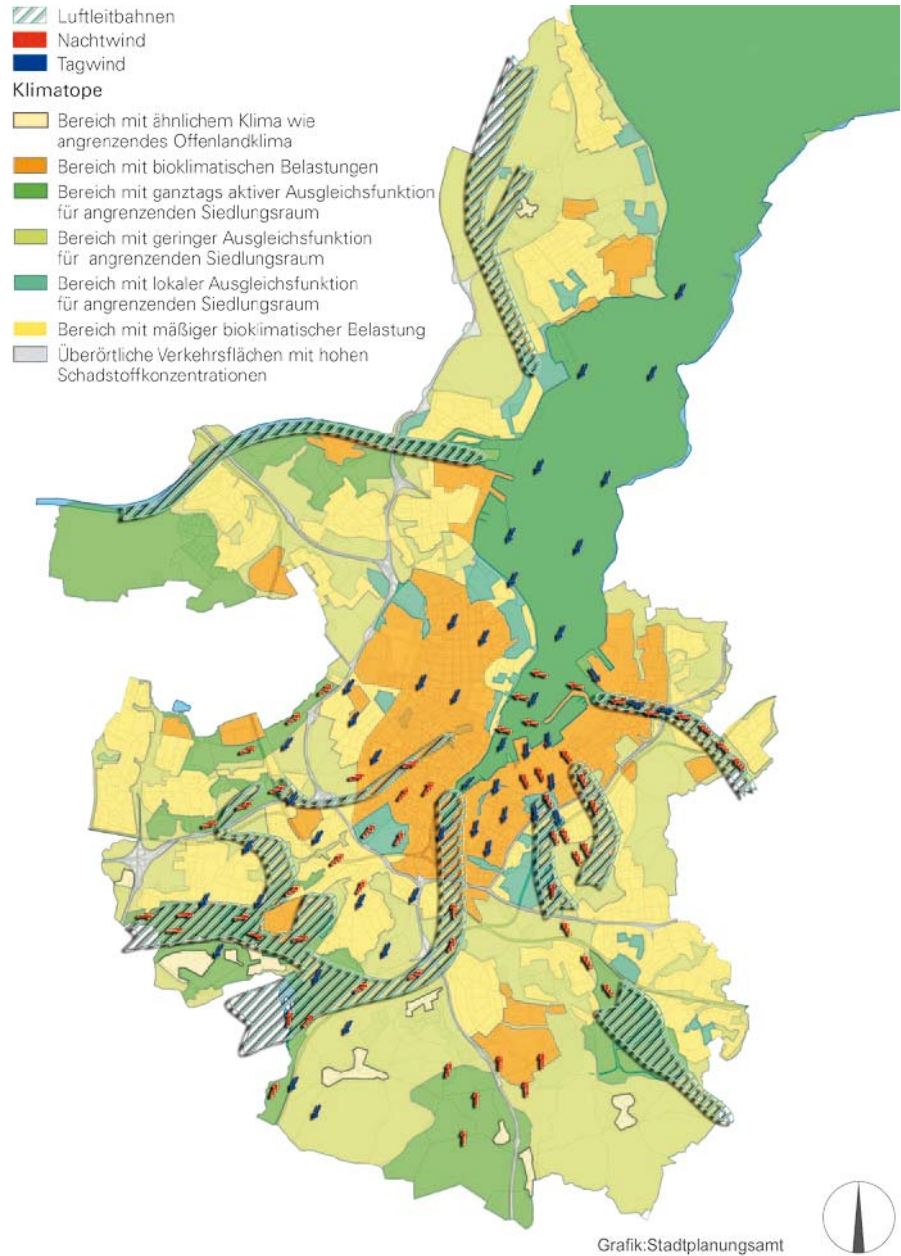
Zur Abmilderung bioklimatischer Belastungen sind folgende generelle Maßnahmen vorgesehen, die bei jeder anstehenden Planung so weit wie möglich zu berücksichtigen sind:

- Bereiche mit Ausgleichsfunktion (Parkanlagen, Waldflächen, Wasserflächen, landwirtschaftliche Nutzflächen) sind zu erhalten. Luftleitbahnen dürfen nicht verbaut werden
- Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen, z. B. Entsiegelung von Innenhöfen, großflächige Fassadenbegrünung, Dachbegrünung bei Flachdächern (bei Garagenanlagen oder Werkshallen), Baumpflanzungen
- Erhaltung größerer Parkflächen und des Grüngürtels im Übergangsbereich von freier Landschaft zur Stadt
- Bei Neuanlage dichter Siedlungsbereiche ist auf eine Reduzierung der Versiegelung und eine ausreichende Durchgrünung hinzuwirken
- Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege können zum Schutz und zur Verbesserung des Klimas, einschließlich des Lokalklimas beitragen, z. B. durch die CO₂-Reduktion bei der Wiedervernässung von Niedermoorgebieten

Zu den europarechtlich begründeten Anforderungen an die Umweltqualität gehört die Einhaltung der gesetzlich festgelegten Grenzwerte für Luftschadstoffe. Wird messtechnisch festgestellt oder ist zu erwarten, dass diese Grenzwerte in einem bestimmten Gebiet nicht eingehalten werden können, so ist ein Luftreinhalteplan bzw. ein Aktionsplan aufzustellen, in dem geeignete Verbesserungsmaßnahmen festzulegen sind.

⁶Drs. 0498/2008,
Luftreinhalteplan Bahnhofstraße

Dies war im Jahr 2006 an einer Messstelle im Stadtteil Gaarden (Bahnhofstraße) der Fall. Diese Überschreitung löste die Verpflichtung zur Aufstellung eines Luftreinhalteplans aus, der zuständigkeitshalber vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MLUR) in Zusammenarbeit mit der Stadt und weiteren Behörden erstellt wurde⁶. Die Überwachung der Luftqualität in Kiel erfolgt auch weiterhin durch die zuständigen Landesbehörden.



Landschaftsplan Klimakarte (Abb. 13)

Schutz von Natur und Landschaft

Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft gehören zu den zentralen gesetzlich verankerten Aufgaben, um die Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege im besiedelten und unbesiedelten Bereich umzusetzen. Dazu gehört, dass alle Maßnahmen und Entscheidungen auf der Grundlage des Landesnaturschutzgesetzes das Ziel unterstützen sollen, ein landesweites Biotopverbundnetz zu schaffen.

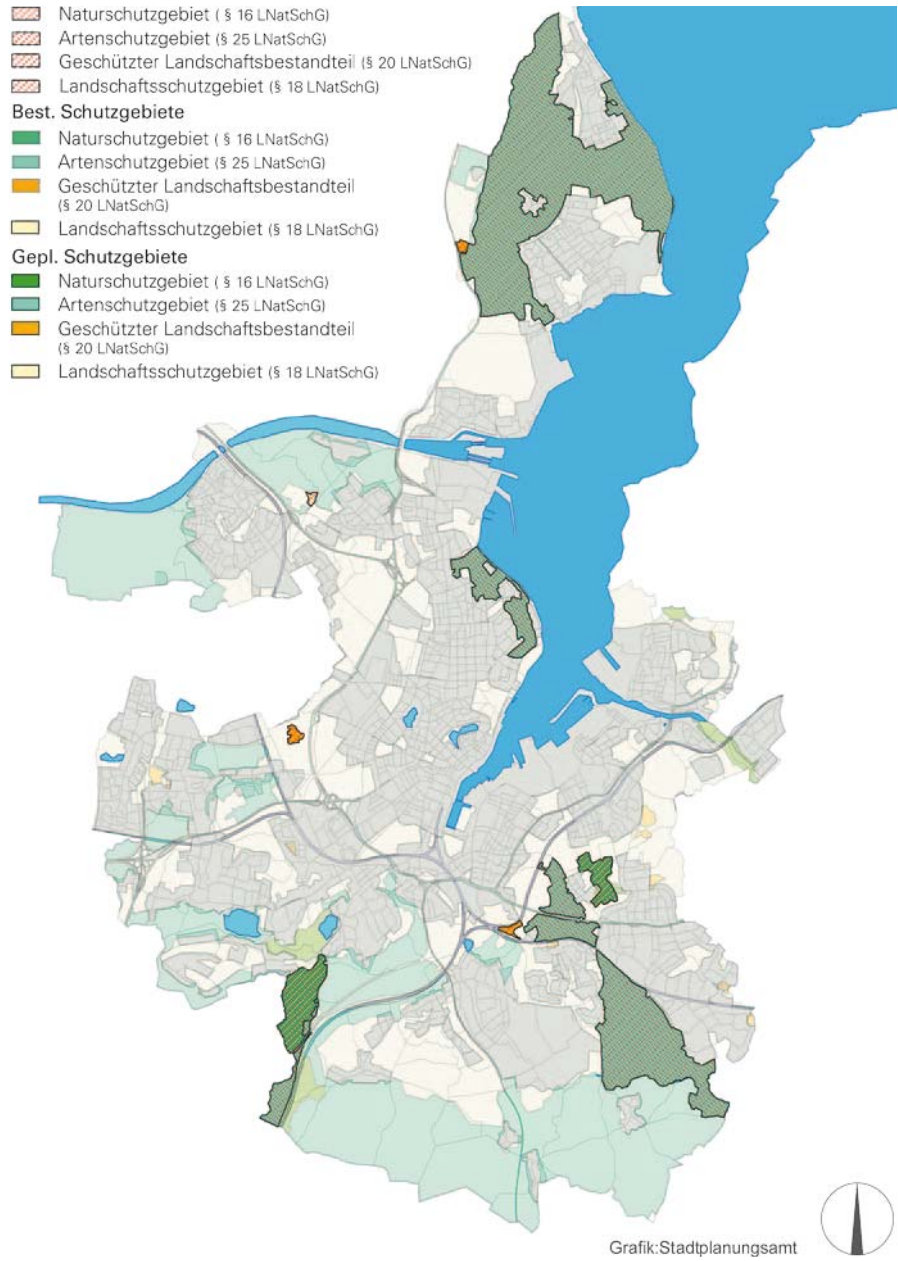
Je nach Schutzzweck können Teile von Natur und Landschaft abgestuft unter Schutz gestellt werden. Sechs Landschaftsschutzgebiete, die bereits rd. $\frac{3}{4}$ der zu schützenden Flächen im Stadtgebiet sichern, sind bereits rechtskräftig ausgewiesen. Weitere 11, meist kleinere Flächen, sind geplant.

Daneben gibt es zur Zeit drei geschützte Landschaftsbestandteile, die rund $\frac{1}{3}$ der insgesamt zu schützenden Fläche umfassen, und zwar:

- Alte Stadtgärtnerei Kollhorst und Umgebung,
- Biotopflächen zwischen Segeberger Landstraße, der Bahnlinie Kiel-Lübeck und der Kleinbahnlinie Kiel-Schönberg und
- Biotopflächen zwischen Kuckucksberg und Segeberger Landstraße.

Der Landschaftsplan regt die Unterschutzstellung weiterer Bereiche an. Da diese Bereiche jedoch weitgehend den gesetzlichen Biotopschutz genießen, ist kurzfristig keine Ausweisung vorzunehmen.

Zusätzlich hat die Landeshauptstadt per Verordnung 112 Naturdenkmale erfasst, bei denen es sich überwiegend um alte Bäume oder Baumgruppen, aber auch andere Naturdenkmale wie z. B. Findlinge, handelt.



Landschaftsplan
Schutzgebiete und -objekte
(Abb. 14)

Schutz und Weiterentwicklung städtischer Waldflächen

Die städtischen Waldflächen sind zur Zeit etwa 1.070 ha groß, (ca. 9 % der Stadtfläche) was bei der verhältnismäßig kleinen Stadtfläche beachtlich ist. Der Kieler Wald unterliegt im Wesentlichen vier Nutzungsansprüchen:

- er dient der Erholung der Bevölkerung,
- er dient als Lebens- und Rückzugsraum für Pflanzen und Tiere,
- er übernimmt vielfältige Schutzfunktionen (Boden-, Wasser-, Klima-, Sicht-, Lärm- und Immissionsschutz) und
- er dient als Lieferant für Sauerstoff und nachwachsende Rohstoffe und ist auch ein wichtiger Speicher von Kohlenstoff bzw. CO₂.

Das Ziel ist, einen Ausgleich zwischen allen Belangen zu erreichen. Es sollen möglichst alle Waldfunktionen auf jeder Fläche erfüllt werden. Seit ca. 18 Jahren wird das Konzept der naturnahen Waldpflege verfolgt.

⁷Drs. 0301/2006,
Konzept zur Anlage eines Kieler
Stadtwaldes und Drs.0072/2007,
Bericht zur Umsetzung des
Stadtwaldkonzeptes

Die Ratsversammlung hat 2006 das „Waldentwicklungskonzept“ der Landeshauptstadt Kiel zur Kenntnis genommen⁷, das zur Zeit überarbeitet wird und in 2010 der Ratsversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden soll. Es handelt sich hierbei um eine Beschreibung und Darstellung der räumlichen und inhaltlichen Weiterentwicklung des Kieler Stadtwaldes. Es ist erklärtes Ziel, die vorhandenen Waldflächen zu erhalten, an geeigneten Standorten zu arrondieren und neue Waldflächen anzulegen.

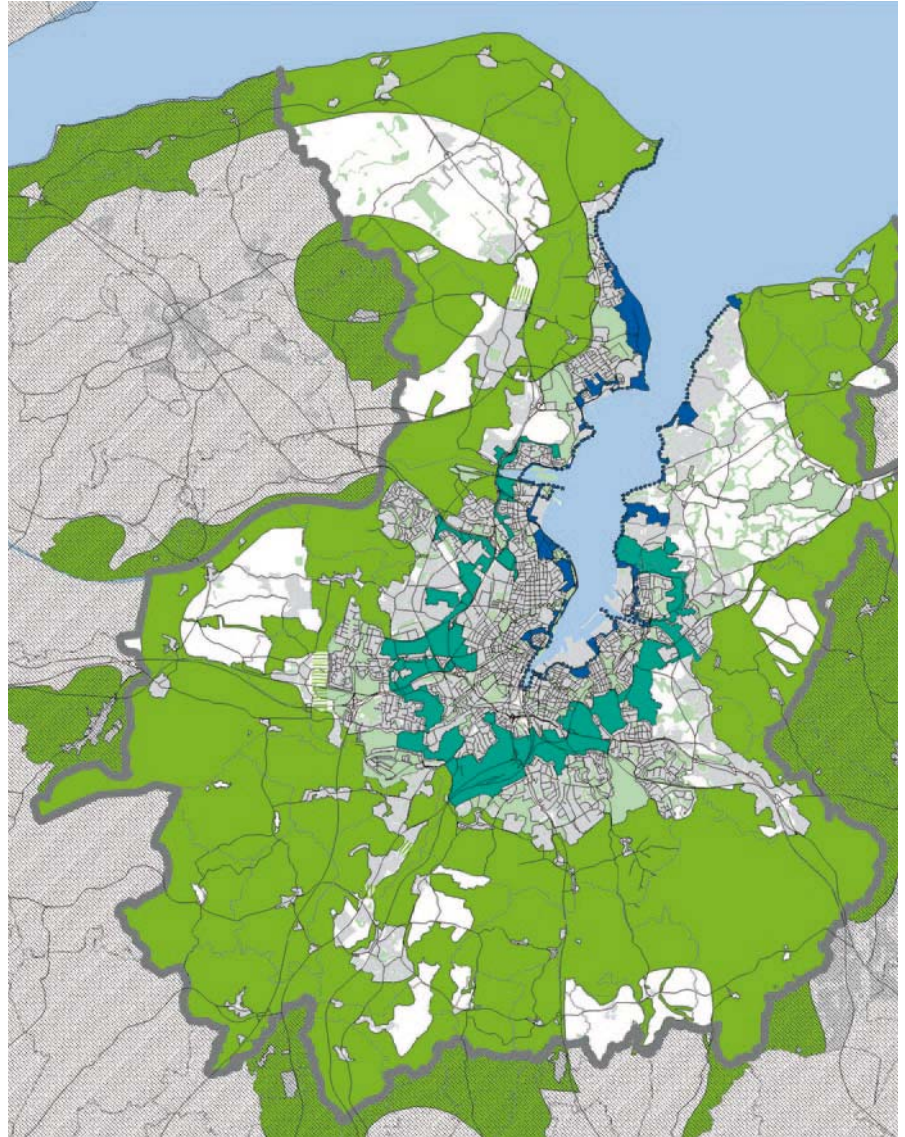
Baumschutzsatzung und -verordnung

Der Baumschutz in Kiel kann bereits auf eine mehr als 20-jährige Geschichte zurückblicken und hat sich in dieser Zeit bewährt. Es ist gelungen, das angestrebte Ziel, die Anzahl der Bäume in der Stadt zu erhalten bzw. moderat zu erhöhen, zu erreichen. Damit wurde nicht nur die klimatische Situation im Siedlungsbereich verbessert, sondern ein wesentlicher Beitrag für den Biotop- und Artenschutz in der Stadt geleistet und zum Erhalt und der Pflege des Orts- und Landschaftsbildes beigetragen.

Aufgrund von Veränderungen, z. B. neue Bilanzierungsmethode bei Eingriffen in Natur und Landschaft sowie von Gesetzen, sind Anpassungen der Baumschutzsatzung und -verordnung erforderlich, die in 2010 dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden sollen.

Freiräumliches Leitbild Kiel und Umland

Das Freiräumliche Leitbild Kiel und Umland ist die bildliche Darstellung eines grünen Grundgerüsts, an dem sich die städtebauliche Entwicklung orientieren soll. Es basiert auf der Einzigartigkeit der Region: den landschaftlichen Qualitäten und Ressourcen Schleswig-Holsteins und speziell der Förderegion. Großräumige Grünzüge und Freiräume gliedern die Stadt und ihr Umland.



Legende

- Landschaftsring
- Innenstadtring
- Fördering

- Querverbindungen
- Potentielle örtliche Verbundelement
- Grünverbindungen
- Grünzäsuren

- Grenze der AG Kiel und Umland
- Kreis-/Gemeindegrenze



Freiräumliches Leitbild Kiel und Umland
Gesamtkonzept (Abb. 15)



Hiroshimapark

Das Leitbild baut auf den Landschaftsplänen der Gemeinden und auf der regionalen Planung auf. Erstmals werden über die jeweiligen kommunalen Grenzen hinaus die Landschaftspläne in einer gemeinsamen Zeichnung aufgezeigt. Die Darstellung macht die Grundzüge des Grün-Ring-Systems mit seinen Querverbindungen in die Landschaft leicht verständlich.

Dieses Freiraumsystem soll erhalten bleiben und möglichst nach und nach durch weitere Flächen verstärkt und entwickelt werden. Auch die Verdichtung des Netzes für den Biotopverbund und die Erholung soll auf kommunaler und interkommunaler Ebene weiter verfolgt werden. Das Freiräumliche Leitbild Kiel und Umland wird bei allen Planungen und Vorhaben der beteiligten Gemeinden berücksichtigt.

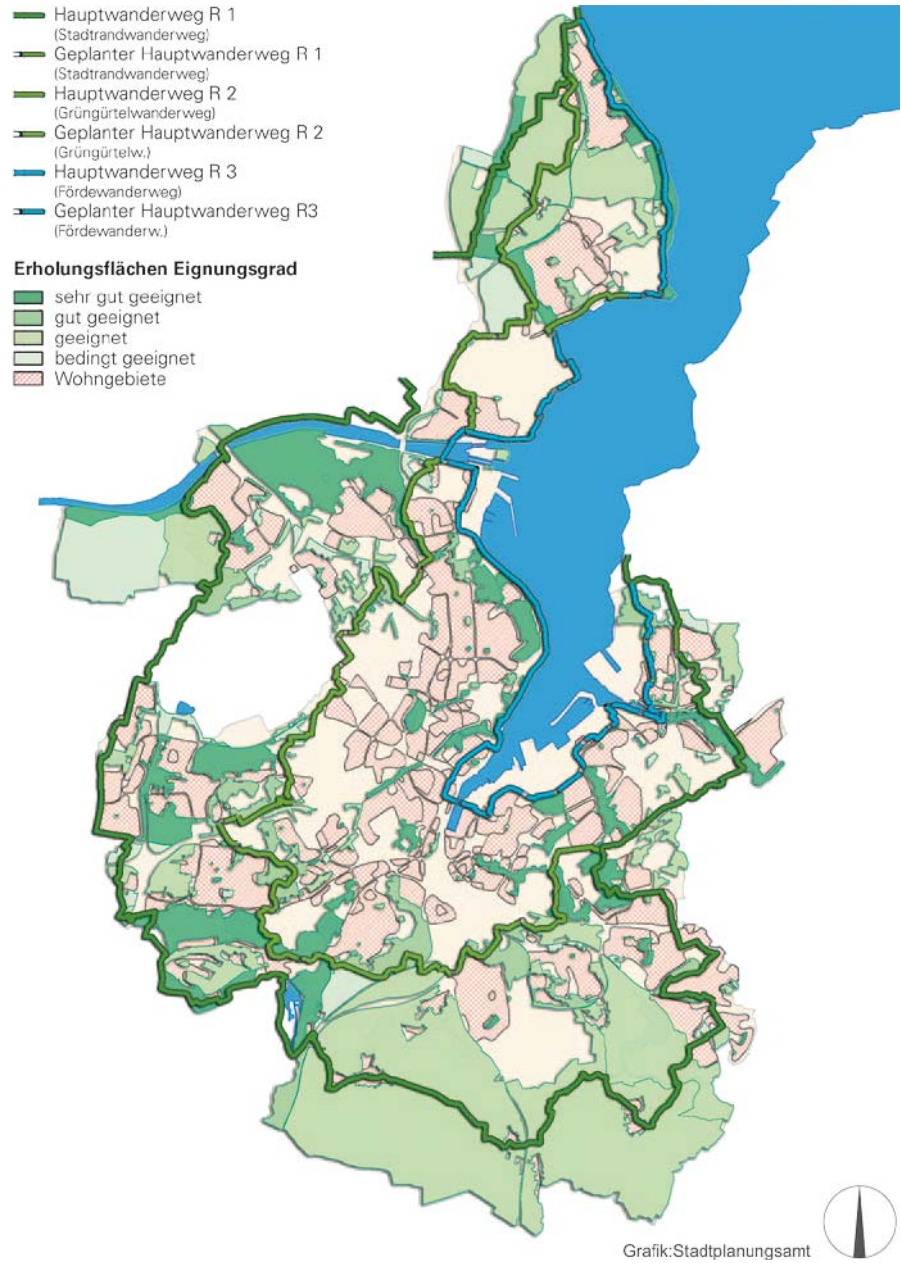
Die wichtigsten Freiflächen für die Erholung sind in Kiel relativ gleichmäßig über die Stadt verteilt. Es sind dies z. B. die Strandabschnitte an der Förde oder verschiedene Gehölze und Parks sowie kleinere Flusstäler.

Innerstädtische Erholungsflächen sind Parkanlagen wie z. B. der Schrevenpark, Schützenpark, Kleiner Kiel, Schlossgarten, Moorteichwiese, Volkspark und die Freiflächen am Hindenburgufer.

Der Landschaftsplan stellt aber auch Wohnbereiche dar, die nicht ausreichend mit erholungsrelevanten Grünflächen ausgestattet sind. Diese befinden sich im Bereich Ravensberg, Blücherplatz, Brunswik, im Bereich Vorstadt und Südfriedhof. Kleinere Defizitbereiche sind im Bereich Friedrichsort, Holtenau, Steenbek-Projensdorf, Suchsdorf, Hassee, Gaarden-Süd und Kronsburg. Auf dem Ostufer sind vor allem Gaarden-Ost sowie Teile von Wellingdorf und Neumühlen-Dietrichsdorf mit allgemein nutzbaren Freiräumen unter- bzw. nicht versorgt. Zukünftig gilt es, die im Landschaftsplan identifizierten Flächen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der Freiflächen zu entwickeln.

Biotop- und Artenschutz

Der Biotopverbund dient der nachhaltigen Sicherung von heimischen Tier- und Pflanzenarten und deren Population einschließlich ihrer Lebensräume und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Das enge Nebeneinander von Menschen in der Stadt und heimischen Tier- und Pflanzenarten kann auch zu Beeinträchtigungen bzw. Konflikten führen (z. B. Straßensperrung zur Amphibienwanderzeit, Lärmbelästigung durch Krähenkolonien). Hier gilt es Lösungen zu finden. Zur Umsetzung konkreter Maßnahmen ist ein Biotopschutzprogramm erarbeitet worden, das für Kiel insgesamt 11 großflächige Biotopverbundräume identifiziert,



Freiflächen
(Abb. 16)



oben Extensive Pflegebe-
weidung im Entwicklungsraum
Rönne

rechts Winterhochwasser im
Entwicklungsraum Moorsee

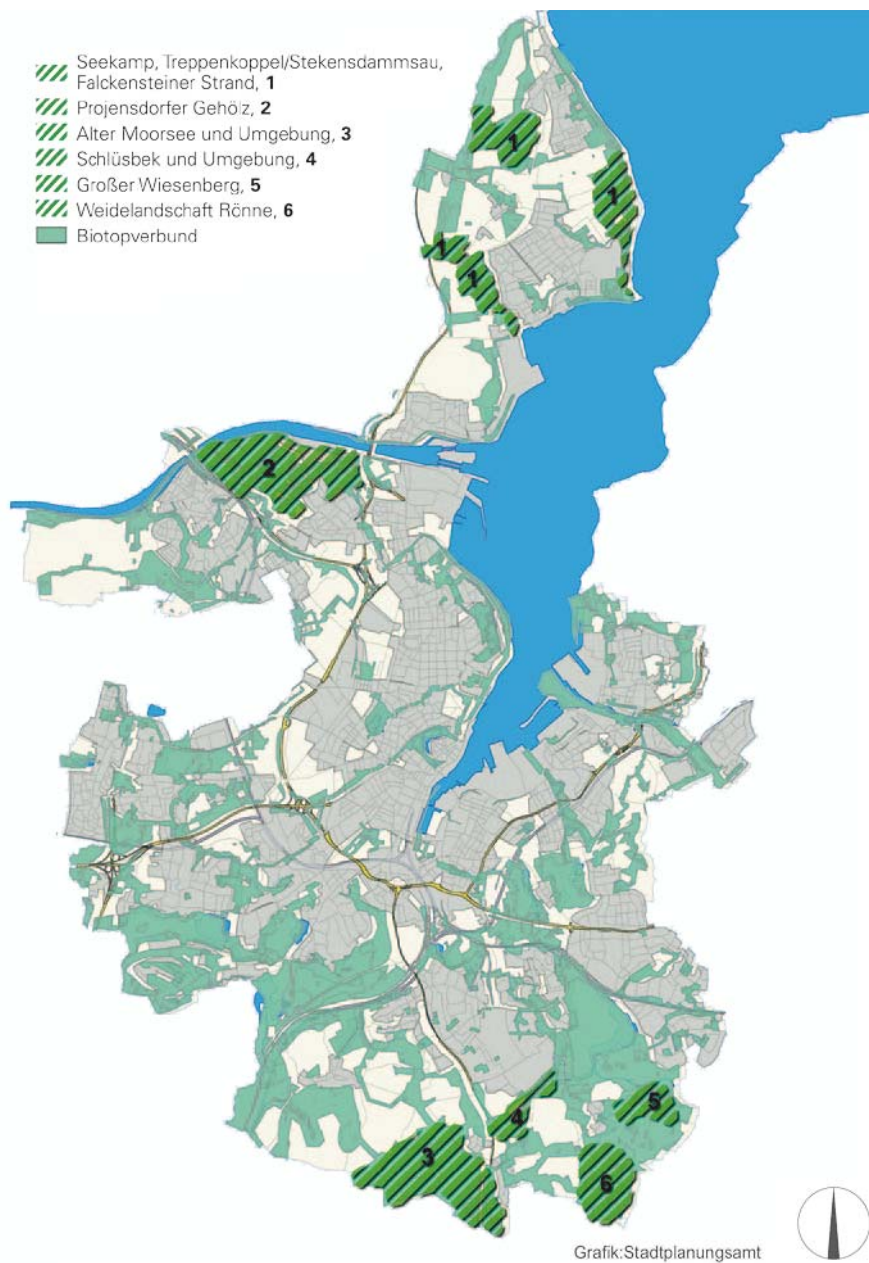


die schützenswert sind. Sie sind mit ihren Kernaussagen im Landschaftsplan dargestellt. Die Umsetzung des Biotopschutzprogramms ist ein Prozess, bei dem es darauf ankommt, sich auf Entwicklungsschwerpunkte zu konzentrieren und sich den real bietenden praktischen Umsetzungsmöglichkeiten anzupassen.

Aus den Biotopverbundräumen sind in den letzten Jahren Entwicklungsschwerpunkte ausgewählt worden, die sich – abgesehen von ihrem Entwicklungspotenzial – aus der Verfügbarkeit der Flächen ergaben. Entwicklungsschwerpunkte sind:

- Seekamp
- Treppenköppel
- Stekendammsau
- Falckensteiner Strand
- Projensdorfer Gehölz
- Alter Moorsee und Umgebung
- Schlüsbek und Umgebung
- Großer Wiesenberg (östlich von Rönne)
- Weidelandschaft Rönne

Das Entwicklungsziel für den Bereich „Alter Moorsee“ ist die Wiederherstellung und Entwicklung eines für den Naturraum typischen Feuchtbiotops als Brut-, Nahrungs- und Rastbiotop. Zur Umsetzung gehört u. a. der Anstau zu einem Flachwassersee. Hier liegt der Schwerpunkt der städtischen Kompensationsmaßnahmen.



Biotopverbundräume
(Abb. 17)

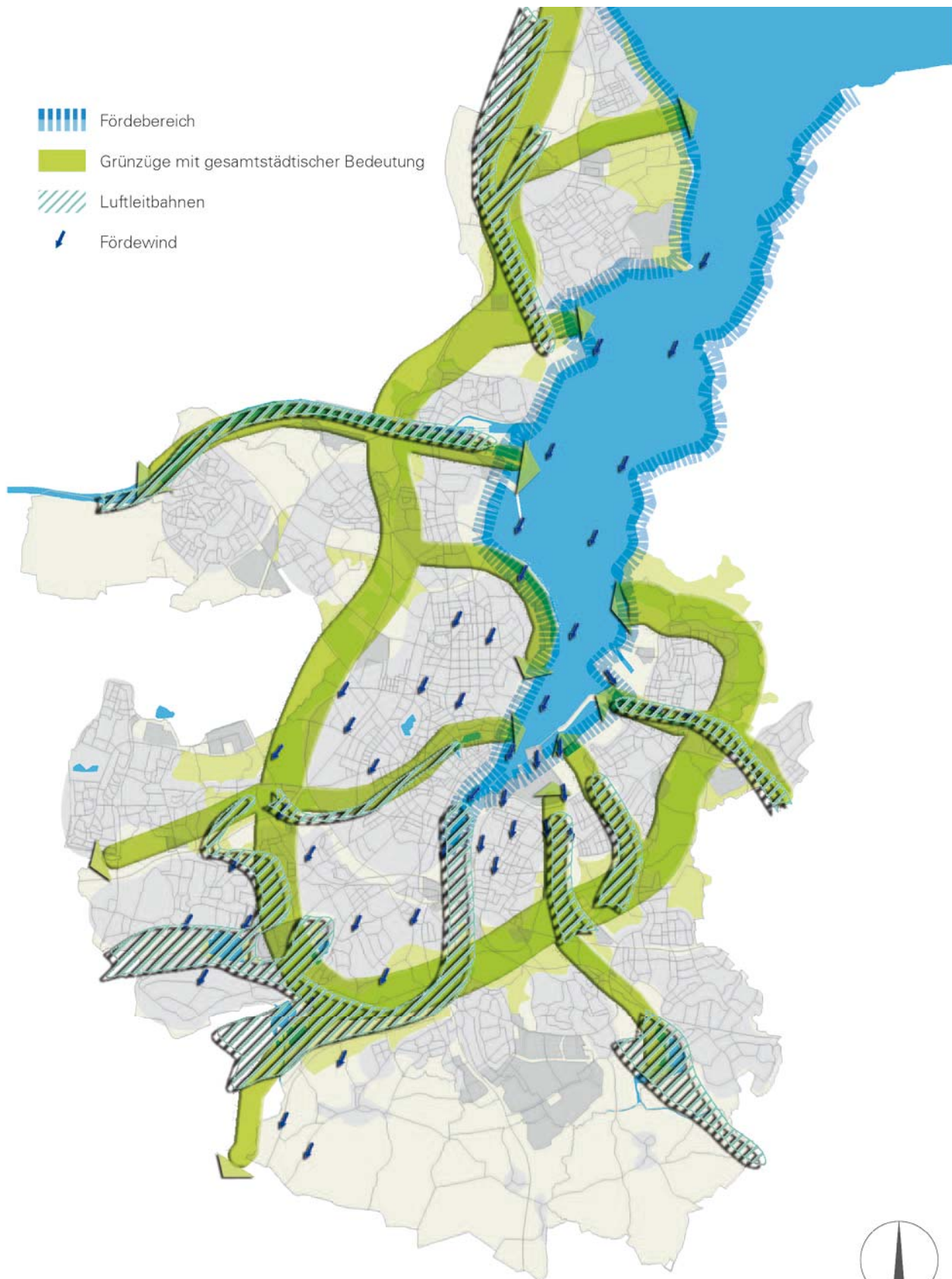
Zusammenfassung – Handlungsschwerpunkte Klimaschutzstadt (Tabelle 9)

STÄRKEN/CHANCEN	SCHWÄCHEN/RISIKEN	HANDLUNGSSCHWERPUNKTE
Energieversorgung und –verteilung, Energieeinsatz in städtischen Gebäuden		
<ul style="list-style-type: none"> → Gut ausgebaute Fern- und Nahwärmenetze mit hohem Anteil an Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) → Verstärkter Einsatz regenerativer Energien → Zunehmende Kooperationsbereitschaft von Unternehmen bei Energieeffizienzprojekten → Bundesförderung für regenerative Energien, Energieeffizienz, Forschung und Entwicklung von Energieeffizienztechnologien 	<ul style="list-style-type: none"> → Steigende Energiekosten → Hohe Kosten der erneuerbaren Energien → Klimaschutzgedanken bei Verbrauchern noch unzureichend verankert → Klimaschutz im Verwaltungshandeln noch unzureichend vernetzt → Kein flächendeckend energiesanierter städtischer Gebäudebestand → Eingeschränkte Handlungsoptionen der Kommunen 	<ul style="list-style-type: none"> → Weiterer Ausbau der Fern- und Nahwärmenetze auch für flexibleren Einsatz regenerativer Energieträger und Kraft-Wärme-Kopplung → Umsetzung des klimaverträglichen Energieerzeugungs- und Versorgungskonzepts bis 2020 nach Beschluss → Städtische Gebäude nachhaltig energetisch sanieren → Passivhausstandard als Neubaustandard für städtische Gebäude → Initiierung einer Sanierungskampagne mit hohen Energieeffizienzstandards für bestehende Gebäude → Klimaschutzgedanken durch Öffentlichkeitsarbeit verstärken → Kooperation mit Wirtschaft, Wissenschaft und Investoren im Bereich Energieeffizienz verstärken
Mobilität und Verkehr		
<ul style="list-style-type: none"> → Überregionale Verkehrsanbindungen über Straße und Wasser → Ausgebautes innerstädtisches Straßennetz → Entwicklungsmöglichkeiten für StadtRegionalBahn → Ausgebautes Radverkehrsnetz → Fahrrad und ÖPNV mit bedarfsgerechten Angeboten als Verkehrsmittel sowie Fußgängerverkehr stärken → Infrastruktur, die für die Mobilität von Kindern und Familien gestaltet ist 	<ul style="list-style-type: none"> → Überregionale Bahnanbindung verbesserungswürdig → Verkehrsbelastung auf dem Ostufer hoch → Taktung des ÖPNV weiter verbesserungswürdig → Hohe Kosten für Investition und Unterhaltung der StadtRegionalBahn → Straßennetz für den Fuß- und Fahrradverkehr teilweise unsicher und nicht barrierefrei 	<ul style="list-style-type: none"> → Verkehrswege an die zukünftige Verkehrsentwicklung anpassen, insbesondere im Hinblick auf den Fuß- und Radverkehr sowie den ÖPNV → StadtRegionalBahn realisieren → Verkehrstechnisch sichere Wege für Fußgänger und Radfahrer bereitstellen → Bei allen Verkehrsprojekten die Aspekte der Mobilität/Barrierefreiheit von verschiedenen Nutzern beachten → Lärm- und Schadstoffbelastung minimieren

Zusammenfassung – Handlungsschwerpunkte Klimaschutzstadt

STÄRKEN/CHANCEN	SCHWÄCHEN/RISIKEN	HANDLUNGSSCHWERPUNKTE
Nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen		
<ul style="list-style-type: none"> → Hoher Anschlussgrad aller Haushalte an das Entwässerungsnetz → Modernes zentrales Klärwerk Bülk → Recycling bei Müllentsorgung im Vordergrund → Frühzeitige Berücksichtigung vorhandener/ potenzieller Flächen für die Umweltvorsorge und Biotopverbund → Minderungsplanungen für den Immissionsschutz → Ausweisung und Schutz „Ruhiger Gebiete“ → Wachsendes Umweltbewusstsein auf politischer und gesellschaftlicher Ebene → Abmilderung bioklimatischer Belastungen durch Freihalten von Luftleitbahnen → Erhalt und Entwicklung von grünen Bereichen mit klimatischen Ausgleichsfunktionen → Reduzierung von Versiegelung und zusätzliche Begrünungsmaßnahmen → Erhalt und Entwicklung kulturhistorisch bedeutender Landschaftselemente und Landschaften → Sparsamer Landschaftsverbrauch bei der zukünftigen Stadtentwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> → Maßnahmen des Landschaftsplans bisher nur zum Teil umgesetzt → Investitionen in kommunale Infrastruktureinrichtungen wurden nicht ausreichend geleistet → Verschlechterung des Lokalklimas bei weiterer baulicher Verdichtung im Innenstadtbereich → Verkehrsströme zu vermindern oder umzulenken schwierig durchsetzbar → Umwelt- bzw. Klimaschutzmaßnahmen oft teuer → Bisherige Kompensationsmaßnahmen nicht ausreichend i. S. der Ziele von Natur und Landschaftspflege 	<ul style="list-style-type: none"> → Umweltgerechte Abwasserentsorgung sicherstellen, AöR Stadtentwässerung mit den Umlandgemeinden gründen → Umweltbewusstsein der Bevölkerung für die effiziente Nutzung von Wasser fördern → Lärm- und Schadstoffbelastung minimieren, Luftreinhalte- und Lärminderungspläne umsetzen → Umweltinformation an den aktuellen Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren → Schutz des Lokalklimas bei allen Planungen berücksichtigen → Erhalt von Luftleitbahnen und von Flächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion für dicht besiedelte Bereiche → Erhalt und Entwicklung des Kieler Freiraumsystems im Bereich der Naherholung und des Biotopverbundes über Kooperation mit dem Umland → Konzentration auf die Entwicklungsschwerpunkte des Biotopschutzprogramms → Gezielter Flächenankauf in Schwerpunkträumen des Naturschutzes zur Umsetzung des Freiräumlichen Leitbildes → Umsetzung des Programms Nachhaltiges Flächenmanagement Kiel

HANDLUNGSSCHWERPUNKTE KLIMASCHUTZSTADT, FREIRAUM (Abb. 18)



Grafik: Stadtplanungsamt

HANDLUNGSSCHWERPUNKTE KLIMASCHUTZSTADT, VERKEHR (Abb. 19)



Kreative Stadt als strategisches Ziel Kiels



Inhaltliche Festlegung durch die Ratsversammlung

Die überregionale Attraktivität für die Stadt Kiel steigern durch integrative Stadtentwicklung, attraktive Kulturangebote und touristische Aktivitäten, den Ausbau der Aktivitäten rund ums Segeln und der Marke KIEL.SAILING CITY sowie der Weiterentwicklung zu einer modernen europäischen Stadt mit einzigartiger Fördelage an der Ostsee.

Vorbemerkung

Neben den klassisch ökonomischen Standortfaktoren gewinnen immer mehr Faktoren wie Innovationsfähigkeit, kulturelle Attraktivität, Bildung als Voraussetzung für berufliche Qualifikation und die Größe des städtisch kreativen Potenzials an Bedeutung. Ökonomen und Städteforscher wie Richard Florida weisen den „weichen“ Standortfaktoren und Netzwerken des sozialen und kulturellen Bereichs eine zentrale Bedeutung für wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit zu.

¹Amerikanischer Hochschullehrer, schreibt über Konzepte und Theorien der „Kreativen Klasse“

Die Ressource **Kreativität** wird dabei definiert als Fähigkeit, neues Wissen zu erzeugen bzw. vorhandenes Wissen erfolgreich umzusetzen. Nach Richard Florida¹ beeinflussen die drei Arten menschlicher Kreativität, nämlich „technologische Kreativität“, „ökonomische Kreativität oder Unternehmergeist“ und „künstlerische oder kulturelle Kreativität“, sich gegenseitig. Durch sie wird die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen vorangetrieben. Mit dem Aufstieg der sogenannten kreativen Klasse gewinnen nach seiner Wirtschaftstheorie bestimmte Präferenzen dieser Gruppe zunehmendes Gewicht: Lebensqualität, Toleranz, Kultur, Bildung, ethnische Vielfalt, ein weltoffenes Klima und räumlich-soziale Nähe. Eine Stadt mit vielen dieser Faktoren kann Lebensraum, Wohn- und Arbeitsort, für kreative Menschen sein und sich damit im Wettbewerb behaupten.

Für die Wettbewerbsfähigkeit von Standorten haben nach der Theorie von Florida die drei „T“: „Talent“, „Technologie“ und „Toleranz“ Bedeutung.

KREATIVITÄT UND INNOVATION

Tabelle 10:
Standortfaktoren in der kreativen Stadt: „die 3 T“

TALENT	TECHNOLOGIE	TOLERANZ
Kultur	Wirtschaftsstruktur	Offenheit
Wissenschaft	Forschung	Vielfalt
	Entwicklung	

Die Bedeutung der kulturellen Zusammensetzung der Bevölkerung für die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt/Region wurde in jüngster Zeit in der Forschung aufgegriffen. Danach kann **kulturelle Vielfalt** ökonomischen Nutzen für die Gesellschaft haben. Kiel hat einen Migrationsanteil von 18,5 % und ist ein attraktiver Studienort für ausländische Studentinnen und Studenten. Neue Ansätze im Wissenssektor (s. Kapitel Innovative Stadt) und in der Kultur können durch die kulturelle

Vielfalt generiert werden und neue Impulse für die Kieler Stadtgesellschaft setzen. Mit ihren Aktivitäten und Ressourcen tragen vielfältige Migrantenselbstorganisationen zur kulturellen Vielfalt in Kiel bei.

²PricewaterhouseCoopers/
HHWI – Zukunftschance
Kreativität – Entwicklungspoten-
tiale von Städten im Ostseeraum,
2008

Nach der 2008 veröffentlichten Studie „Zukunftschance Kreativität-Entwicklungspotentiale von Städten im Ostseeraum“² verfügt Kiel mit der einzigen Volluniversität des Landes Schleswig-Holstein, den zahlreichen Bildungs- und Forschungseinrichtungen vor allem bei der Standortbedingung Wissen über gute Voraussetzungen und nutzbare Potenziale.

Kiel als europäische Stadt

Schon seit den frühen 70er Jahren hat die Landeshauptstadt Kiel durch den Aufbau und die Pflege von Verbindungen in den gesamten Ostseeraum eine hohe internationale Kompetenz und Akzeptanz erworben. Im Rahmen der aktiven „kommunalen Außenpolitik“ werden zurzeit zu acht Städten strategische Städtepartnerschaften unterhalten und Kontakte zu zwölf befreundeten Städten gepflegt. Die stabilen wechselseitigen Kontakte in politischer, gesellschaftlicher, kultureller und sportlicher Hinsicht bilden die Basis für den Ausbau vielfältiger Beziehungen. Kiel engagiert sich außerdem in internationalen kommunalen Netzwerken und ist unter anderem Mitglied in der Union of the Baltic Cities (UBC), in der sich Städte zu einer Art „Ostsee-Städtetag“ zusammengeschlossen haben. Spiegel der Kieler Internationalität und ein multinationales Forum ist die Kieler Woche.

Tabelle 11
Städtepartnerschaften/
Befreundete Städte

Quelle
Büro der Stadtpräsidentin

REGION	STAAT	PARTNERSTADT	BEFREUNDETE STÄDTE
Ostseeregion	Dänemark		Kopenhagen
	Norwegen		Drammen/Oslo
	Schweden		Göteborg/Malmö/ Stockholm
	Finnland	Vaasa	Helsinki
	Russland	Kaliningrad/Königsberg/ Sovetsk/Tilsit	
	Estland	Tallin	
	Lettland		Riga
	Litauen		Vilnius
	Polen	Gdynia	
	Deutschland	Stralsund	Rostock
Westeuropa	Frankreich	Brest	
	Vereinigtes Königreich	Coventry	
Naher Osten	Israel		Jerusalem
Ost-Asien	China		Qingdao



Szenenfoto aus der Oper
La Bohème

Kultur

Kultur leistet einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität und zur Zukunftsfähigkeit Kiels. Sie ist ein integraler Bestandteil der Stadtentwicklung und zugleich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Landeshauptstadt Kiel hält als Oberzentrum ein vielfältiges Kulturangebot für die Kieler Bevölkerung und für die Besucherinnen und Besucher vor.

Das städtische Kulturangebot wird durch Einrichtungen des Landes, der Universität, der Hochschulen sowie durch private und kommerzielle bzw. kulturwirtschaftliche Angebote ergänzt. So dienen beispielsweise die Interkulturellen Wochen als Forum für den interkulturellen Austausch, zur Information und Bildung und als Plattform für die Aktivitäten von Migrantenvereinen. Zwischen den öffentlich verantworteten und finanzierten Kultureinrichtungen und der Vielzahl von Sparten, Berufen und Unternehmen der Kulturwirtschaft gibt es ein intensives Beziehungsgeflecht. Die Landeshauptstadt Kiel strebt an, diese kulturwirtschaftlichen Aktivitäten zu fördern und besser zu vernetzen. Für den wachsenden Standortfaktor der Kulturwirtschaft wäre ein gemeinsames Marketing und Management förderlich.

Die Qualität und Vielfalt der kulturellen Angebote in Kiel ist in Teilen nur mit staatlicher bzw. kommunaler Unterstützung möglich. Deshalb unterhält die Landeshauptstadt Kiel verschiedene Institutionen in eigener Trägerschaft, wie z. B.:

Theater Kiel	... ist seit einigen Jahren eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit über 100-jähriger Geschichte, besteht aus fünf Sparten (Philharmonie, Oper, Schauspiel, Ballett und Kinder- und Jugendtheater) und spielt eine herausragende Rolle im kulturellen Angebot der Stadt für die lokale, regionale, überregionale und internationale Öffentlichkeit
Stadt- und Schifffahrtsmuseum sowie Stadtarchiv	... haben neben der Erfüllung der gesetzlichen archivarischen Verpflichtungen das Sammeln, Erhalten und wissenschaftliche Erforschen von Zeugnissen der Stadt-, Kultur- und Seefahrtsgeschichte zur Aufgabe
Stadtgalerie	... verwaltet und pflegt den städtischen Kunstbesitz (mit Ausnahme der Museumssammlungen), zeigt Wechselausstellungen zur zeitgenössischen Kunst mit Schwerpunkt „Junger Gegenwartskunst“ und „Kunst des Ostseeraums“; Verwaltung und wissenschaftliche Betreuung der Heinrich-Ehmsen-Stiftung und Geschäftsführung des Kunstbeirates der Landeshauptstadt Kiel
Volkshochschule	... bietet als kommunales Weiterbildungszentrum ein breites Kursangebot in den Bereichen der allgemeinen, kulturellen, beruflichen und politischen Weiterbildung, fördert das lebenslange Lernen, den Abbau von Bildungsbenachteiligung und die gesellschaftliche Integration
Musikschule	... hat seit 2006 seine Heimat an der Schnittstelle zwischen Ost- und Westufer (Seibelsche Margarinefabrik), gibt soziale und kulturelle Impulse für das gesamte Ostufer; eröffnet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen viele Möglichkeiten, Musik zu erleben, unter fachkundiger Anleitung, allein oder in der Gruppe; genießt den Ruf als „Talentschmiede“ der Region
Stadtbücherei	... bietet ein umfassendes modernes Angebot an Medien – insbesondere für Kinder und Jugendliche – und hat eine herausragende Rolle als Bildungs- und Kultureinrichtung
KulturForum	... steht Kunst- und Kultursparten offen, die es schwer haben, sich am Markt durchzusetzen; besonders regionale Künstlerinnen und Künstler werden gefördert, jungen Talenten wird der Einstieg in die Kulturszene ermöglicht

Diese Einrichtungen sollen in ihrer Vielfalt und Eigenart weiterentwickelt werden. Neben diesen von der Stadt getragenen Institutionen gibt es zahlreiche weitere Kultureinrichtungen und Kulturprojekte, mit denen Kiel über eine dichte, lebendige Kulturlandschaft verfügt. Die Landeshauptstadt Kiel unterstützt und fördert diese Kulturlandschaft, indem sie Einrichtungen und Projekten durch Einzelförderung finanziell die Möglichkeit eröffnet, sich zu entwickeln. Besonderes Augenmerk wird dabei auf kultur-politische Initiativen gerichtet, die innovative, aktuelle Akzente setzen, wie z. B. das Künstleratelierhaus im Ansharpark in der Wik.

Vernetzung der kulturellen Einrichtungen

Die Vielzahl von vorhandenen Einrichtungen in unterschiedlichster Trägerschaft macht es notwendig, die Vernetzung aller Einrichtungen unabhängig von der Trägerschaft voranzutreiben, um dadurch die Akzeptanz und Bekanntheit der Angebote nicht nur bei den Kielerinnen und Kielern, sondern auch bei den Besucherinnen und Besuchern der Stadt zu erhöhen. Die städtische Kulturverwaltung wird die Vernetzungsprojekte unterstützen, dabei ist auch eine Zusammenarbeit mit den Einrichtungen des Landes, der Kieler Hochschulen und der Fachhochschule geplant.



Baltic Breakers
auf der Kieler Woche

Besonders in den Fällen, in denen die Stadt und das Land gemeinsam Einrichtungen fördern, sind Absprachen über Prioritäten, Schwerpunktsetzungen und Arbeitsteilungen unabdingbar. Insbesondere soll die Kooperation mit den Ausstellungseinrichtungen der Christian-Albrechts-Universität (CAU) ausgeweitet werden.

Schwerpunkte 2008 – 2013

Die Ratsversammlung hat im März 2009 den Auftrag für ein KulturKonzeptKiel mit dem Titel „Kiel – Kreative Stadt“ erteilt (Drs. 0013/2009). Die dazu beschlossenen Leitlinien für die kommunale Kulturförderung bilden die Grundlage für die Schwerpunkte in den nächsten Jahren.

Zunächst sollen drei Maßnahmen erfolgen:

- Öffentliche KulturKonferenzen,
- Entwicklung eines Museums- und Galeriekonzepts,
- Konzept für das „KulturForum“.

Ziel ist es, mit dem KulturKonzeptKiel die Vernetzungen und Durchlässigkeiten in möglichst vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu erreichen. Zu diesen Bereichen zählen z. B. die Bildung, die Stadtentwicklung, der Tourismus und die Wirtschaft.

Angestrebt wird dabei eine enge Zusammenarbeit mit den Institutionen des Landes und privater Kunsteinrichtungen.

Tourismus / Freizeit / Sport

Die Landeshauptstadt Kiel hat aufgrund ihrer Lage einen hohen Freizeitwert. Um das dominierende naturräumliche Element Förde gruppieren sich die großräumigen Landschaftsbereiche, die für die Erholung und damit auch für die Attraktivität einer kreativen Stadt von Bedeutung sind: Eider, Schwentine und Nord-Ostsee-Kanal.

Innerstädtische Flächen

Innerstädtische und stadtnahe Freiflächen haben einen entscheidenden Anteil an der Qualität der Stadt und tragen erheblich zur Wohnzufriedenheit der Bevölkerung bei. Ausreichendes Grün im Wohnumfeld kann anderen Mängeln (z. B. dichte Bebauung, Belastung durch Verkehrslärm und zu geringe Wohnungsgrößen) entgegenwirken.

Tourismus

Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für die Stadt und bietet zahlreichen Menschen Arbeit und Einkommen. Sein Anteil am Volkseinkommen in der Landeshauptstadt betrug in 2007 bereits 8,5 % und entspricht damit ca. 14.400 Vollzeitstellen³.

Ziel ist es, den Tourismus weiter auszubauen und Kiel als Destination noch besser bekannt zu machen. Zu diesem Zweck hat die Stadt ein Tourismusgutachten erstellen lassen (Drs. 1195/2008), das die Grundlage für die weiteren Aktivitäten in den nächsten Jahren darstellt. Bei der Erarbeitung des Konzepts wurde die Landes-Tourismusstrategie berücksichtigt.

³Quelle

N.I.T., Gesamttouristisches Konzept Landeshauptstadt Kiel, 2008.



Schleuse am Nord-Ostsee-Kanal

Für die Landeshauptstadt Kiel ergeben sich aus dem Tourismuskonzept die Oberziele

- Wertschöpfung aus dem Tourismus erhöhen,
- Tourismusentwicklung als „wechselseitigen Nutzen“ gestalten.

Im Fokus stehen einerseits die SH-Zielgruppen (Best Ager, Neue Familien, Anspruchsvolle Genießer) und andererseits die touristischen Segmente: Städtetourismus (inkl. Shopping, Kultur, Events, Tagesreisen), Beherbergung bzw. Übernachtungstourismus, Strand & Baden, Segeln & Yachting, Kreuzfahrt- und Fährtourismus, Geschäftsreisen und MICE (Messen, Incentives, Kongresse, Events). Diese Segmente sollen durch Kiel-Marketing weiter entwickelt werden.

Die gemeinsame Entwicklungsrichtung des Tourismus in Kiel liegt in der Fokussierung auf die touristische Positionierung der Stadt als maritimes, großstädtisches Reiseziel. Daneben soll die Tourismusorganisation noch schlagkräftiger gestaltet und ein Imagemanagement eingeführt werden. Die Imagebildung erfolgt u. a. über zufriedene Gäste, die in Kiel touristische Produkte erleben und begeistert davon anderen berichten. Es werden imagebildende Maßnahmen im Bereich des klassischen, touristischen Marketing-Mix geplant und umgesetzt, u. a. durch Anzeigenschaltungen, Messeauftritte, Online-Werbung, Online-Newsletter und diverse Printprodukte. Die Marktbearbeitung erfolgt mit dem Ziel der Erhöhung des Bekanntheitsgrades.

Mit den drei Innenstadtterminals, dem Norwegenkai, dem Cruise Terminal Ostseekai und dem neuen Schwedenkai, hat Kiel beste Voraussetzungen geschaffen, im Fähr- und Kreuzfahrttourismus auch zukünftig attraktiv zu sein.

⁴Quelle
Landeshauptstadt Kiel,
Kieler Zahlen 2009

⁵Quelle
Seehafen Kiel GmbH & Co. KG,
August 2010

⁶Quelle
ggh consult GmbH,
Drs. 0679/2009

Bereits in 2009 wurde der Kieler Hafen 115 mal von Kreuzfahrtschiffen angelaufen und 291.388 Reisende gingen an oder von Bord⁴. Für das Jahr 2010 werden bei 137 Anläufen über 300.000 Kreuzfahrtpassagiere erwartet⁵. Im Rahmen des Standortwettbewerbs trägt der Kreuzfahrttourismus zu einer positiven Außenwirkung mit einer entsprechenden Imageverbesserung bei.

Die Hotelmarktstudie⁶ zeigt ein Marktpotenzial bis zum Jahr 2025 in der Landeshauptstadt Kiel von 3–4 Hotels im 3–4-Sterne-Segment und 1–2 Hotels im 2-Sterne-Segment auf. Die Verbesserung des Beherbergungsangebots kann neben der Steigerung des Bekanntheitsgrads zur Entstehung neuer Arbeitsplätze führen.

Freizeit/Sport

Zur Erhöhung der Attraktivität Kiels als Arbeits- und Wohnort trägt auch ein umfassendes Sportangebot als „weicher“ Standortfaktor bei. Ein vielfältiges Breitensportangebot mit einem intensiven Vereinsleben sowie die einzigartige Infrastruktur von Wassersportanlagen zeichnen Kiel aus. Je nach Jahreszeit stehen Frei-, Strand- und Hallenbäder in Kiel und der näheren Umgebung zur Verfügung. Wassersportmöglichkeiten aller Art bieten die Kieler Förde und die Ostsee. Die Landeshaupt-

stadt Kiel strebt hier eine weitere Optimierung der Bäderstruktur an. Standorte stark sanierungsbedürftiger Hallen- und Freibäder wurden auf ihre Zukunftsfähigkeit überprüft. So wird die Errichtung eines Sport- und Freizeitbads zwischen der Adolf-Westphal-Straße und Gablenzbrücke angestrebt (Drs.0940/2009, 1141/2009).

Neben den klassischen Sportplätzen, die größtenteils für den Schulsport genutzt werden, stehen in Kiel auch zahlreiche Sondersportanlagen zur Verfügung, z. B. eine Trabrennbahn und Hockeyplätze. Der Sportverband Kiel (SVK) als Dachverband der Sportvereine und -verbände der Landeshauptstadt (rd. 54.000 Mitgliedern in 198 Vereinen) trägt mit seinen Aktivitäten dazu bei, das umfangreiche Angebot an Sportmöglichkeiten in Kiel zu sichern und weiter auszubauen. Voraussetzung dafür ist eine optimierte Zusammenarbeit mit der Stadt, dem Landessportverband, den Sponsoren sowie den Vereinen und Verbänden.

Der organisierte Sport ist im Bereich der sportlichen Aktivitäten für Menschen mit Behinderungen einer der wichtigsten Kooperationspartner. Daher wird bei Sanierungen und Neubauten von Sporthallen verstärkt darauf geachtet, dass die Anlagen barrierefrei gestaltet werden.

⁷Quelle

Entwurf Landesentwicklungsplan
2009

Der Anteil älterer Menschen wird zunehmen (s. Kapitel Soziale Stadt). Ebenso wie ältere Menschen andere Produkte und Dienstleistungen nachfragen, unterscheiden sich auch die Sport- und Bewegungsbedürfnisse älterer Menschen von denen jüngerer Menschen. Vor dem Aspekt der „Aktivierung“ werden für ältere Menschen vorrangig Sporträume benötigt, die von Größe und Ausstattung den besonderen Sport- und Bewegungsbedürfnissen entsprechen⁷.

Traditionelle Sportstätten, die sich an den Normen des nationalen und internationalen Wettkampfbetriebes orientieren, werden auch weiterhin benötigt. Darüber hinaus ist jedoch der Tatsache Rechnung zu tragen, dass nur noch ein geringer Teil aller Sportarten auf Sportplätzen – also extra für Sport und Bewegung konzipierten Flächen – ausgeübt wird (z. B. Sport- und Begegnungspark Gaarden). Ein wesentlicher Teil der sportlichen Aktivitäten hat sich auf sog. Bewegungsräume verlagert. Das sind Flächen, die primär für eine andere Nutzung vorgesehen waren und nun auch für Sport und Bewegung genutzt werden, z. B. Wälder, Wege, Straßen, Plätze.

Anzustreben ist, dass diese Bewegungsräume miteinander vernetzt und gut erreichbar sind, so dass sowohl für Heranwachsende und für ältere Menschen als auch für alle anderen Altersgruppen und Menschen mit Behinderung auf unterschiedlichem Anspruchsniveau organisch aufeinander aufbauende Bewegungs- und Sportmöglichkeiten für Freizeit und Erholung im Alltag zur Verfügung stehen. Daneben sind zusätzlich sportlich nutzbare Wegesysteme, wie z. B. Rad- und Wanderwege, die in die Wohngebiete und das städtische Umfeld integriert sind, sowie eine Verknüpfung mit den entsprechenden Wegenetzen in den Nachbargemeinden notwendig.

KIEL.SAILING CITY

Segeln – Kieler Woche

Nicht nur aus historischen Gründen spielt Segeln in der Landeshauptstadt Kiel eine ganz besondere Rolle. Die Kieler Förde ist ein weltweit anerkanntes Revier für den seglerischen Leistungs- und Breitensport. Im Sommer wird das bundesweit einmalige Segelcamp Camp 24|sieben an der Kiellinie mit Schnuppersegeln und Kursen für Kinder und Jugendliche sowie Segelwochenenden für die ganze Familie und Gäste durchgeführt.

Zum Betrieb der Sportboothäfen an der Förde und zur weiteren Verbesserung ihrer Infrastruktur haben die 25 Kieler Segel- und Motorbootvereine eine eigene Gesellschaft gegründet. In enger Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Kiel sollen die Voraussetzungen für den Segel- und Motorbootsport weiter optimiert werden.

Die Kieler Woche ist die größte segelsportliche Wettkampfveranstaltung der Welt und gleichzeitig auch das größte Sommerfest Nordeuropas. Jährlich treffen sich rund 4.500 aktive Seglerinnen und Segler auf dem Segelrevier vor Kiel-Schilksee. Neben den zahlreichen kulturellen Veranstaltungen ist die Kieler Woche auch Plattform für Wissenschaftler, Künstler und Vertreter der Wirtschaft. Während der Kieler Woche besuchen rund 3 Mio. Gäste die Landeshauptstadt.

Das zugrunde liegende Konzept ist zwar schon über 50 Jahre alt; durch laufende Anpassung an die sich ständig ändernden Verhältnisse ist es aber gelungen, dieses Ereignis Jahr für Jahr zu einem Publikumsmagnet sowohl für Sportlerinnen und Sportler als auch für das breite Publikum zu machen. Hinzu kommt, dass die Kieler Woche eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung für die Landeshauptstadt Kiel hat.

Die Landeshauptstadt Kiel verfolgt die anschließend aufgeführten wassersport-spezifischen Zielvorstellungen mit ganz besonderem Interesse:

- Entwicklung eines innenstadtnahen Veranstaltungsbereiches für hochklassige Segelveranstaltungen
- Weiterentwicklung des Olympiazentrums Schilksee zu einem allen internationalen Standards entsprechenden Veranstaltungsort
- Entwicklung der Sportboothäfen an der Kieler Förde zu einer „5-Sterne-Sporthafen-Region“
- Entwicklung der Sportboothäfen an der Kieler Förde zu attraktiven, öffentlich zugänglichen Bestandteilen des allgemeinen Freizeit- und Erholungsangebots
- Entwicklung des Bahnhofskais als Hafen für Traditionsschiffe

Bei der Umsetzung der wassersportspezifischen Vorstellungen wird sichergestellt, dass der Zugang zur Uferkante der Kieler Förde für die Bürgerinnen und Bürger im bisherigen Umfang erhalten bleibt, um die maritime Qualität der Landeshauptstadt Kiel allgemein erlebbar zu machen.



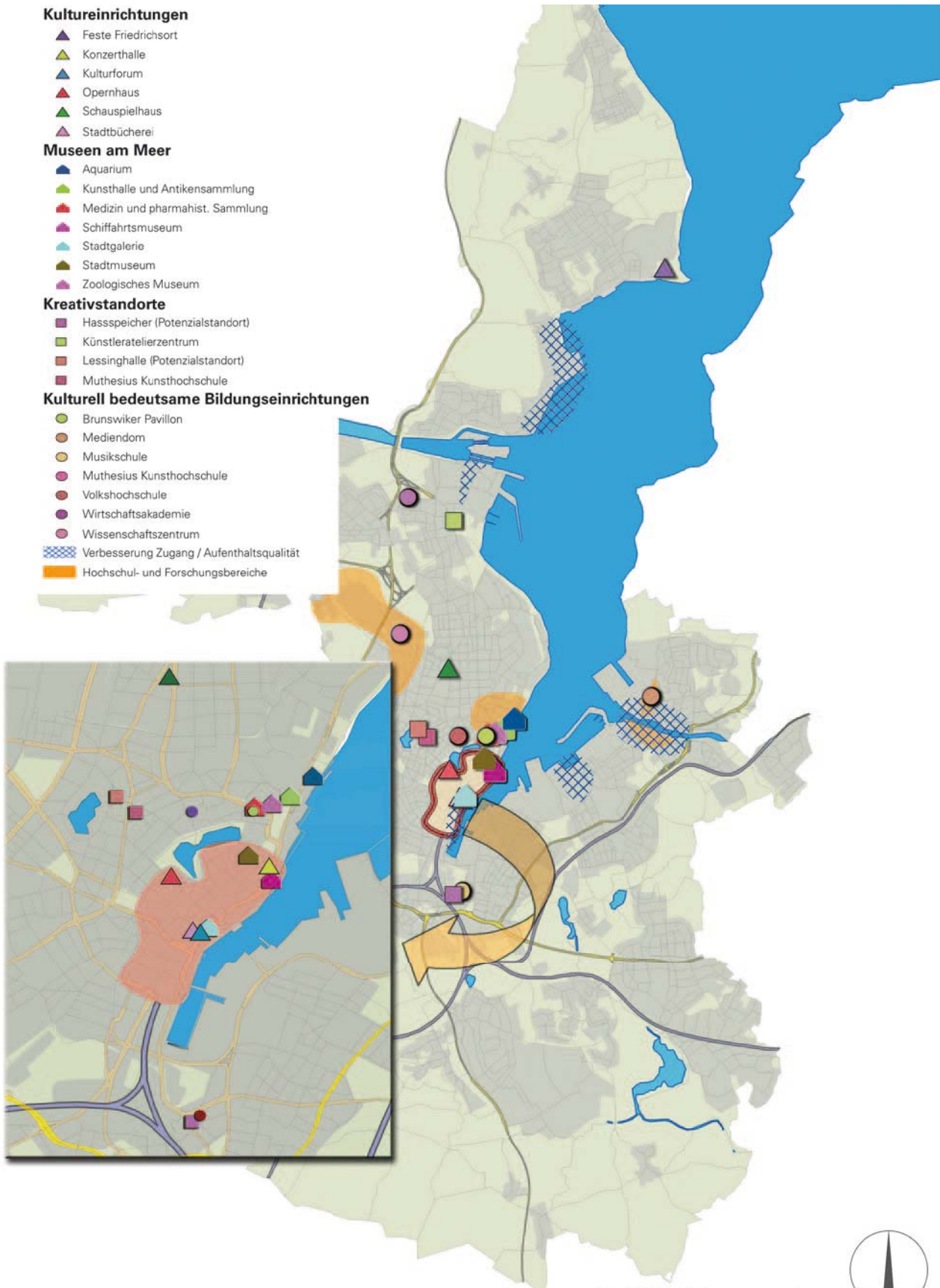
Segeln auf der Kieler Förde

Marke KIEL.SAILING CITY

Die Landeshauptstadt Kiel ist eng mit dem Segel- und Wassersport verbunden. Intensive und erfolgreiche Wirtschaftskontakte sind unabdingbar für die Standortwerbung der Stadt. Im Bereich Sailing & Business hat die Konzeptionierung und Durchführung nationaler und internationaler Wasser- und Segelsportevents daher eine besondere Bedeutung. Mit Marketing und Kommunikationsmaßnahmen trägt der Bereich Sailing & Business stark zur Imagebildung der Landeshauptstadt Kiel bei. Die Durchführung außergewöhnlicher Veranstaltungen wie Extreme Sailing Series fördern die Bekanntheit Kiels als nationalen und internationalen Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort.

Der Ausbau der Marke Kiel unter Berücksichtigung des Labels KIEL.SAILING CITY für die Bereiche maritime Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur ist eine langfristige Strategie der Landeshauptstadt Kiel. So hat das Tourismusgutachten (Drs. 1195/2008) u. a. empfohlen, die Marke weiter auszubauen und allgemein als Dachmarke für städtische Aktivitäten zu nutzen. KIEL.SAILING CITY könnte über die Welthauptstadt des Segelns hinaus um Aussagen zu Stadt, Wirtschaft, Kultur, Sport, Shopping, Forschung, Wissenschaft, Industrie, Seehafen/Kreuzfahrtdestination etc. erweitert werden. Dazu sollen die Kräfte der Landeshauptstadt Kiel im Bereich Marketing durch eine Neuordnung gebündelt und ein Markenbildungsprozess organisiert werden.

HANDLUNGSSCHWERPUNKTE KREATIVE STADT (Abb. 20)



Zusammenfassung – Handlungsschwerpunkte Kreative Stadt (Tabelle 12)

STÄRKEN/CHANCEN	SCHWÄCHEN/RISIKEN	HANDLUNGSSCHWERPUNKTE
Kiel als europäische Stadt		
<ul style="list-style-type: none"> → Internationale Kompetenz und Akzeptanz → Jahrelange erfolgreiche Partnerschaften → Einmalige Fördelandschaft → Engere Beziehungen durch Initiierung und Durchführung von multinationalen Förderprojekten im Ostseeraum 	<ul style="list-style-type: none"> → Geografische Randlage Kiels → Keine „Metropolregion“ 	<ul style="list-style-type: none"> → Nutzung der Potenziale als Standort von Instituten mit Weltruf → Verstärkung der Zusammenarbeit im Ostseeraum und darüber hinaus in wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht → Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit durch Netzwerke und Kooperationen
Kultur		
<ul style="list-style-type: none"> → Gutes und vielfältiges kulturelles Angebot in Stadt und Umland 	<ul style="list-style-type: none"> → Kein optimal abgestimmtes Marketing und Management → Verbesserungswürdiges Angebot für Tagestouristen (auch für Kreuzfahrer) → Keine ausreichende Vernetzung mit dem Umland → Erweiterungsbedürftiges Stadt- und Schifffahrtsmuseum 	<ul style="list-style-type: none"> → Belebung der Innenstadt → Verbesserung des Marketings und Managements → Umsetzung des Museumskonzeptes → Ausbau/Neubau des Stadt- und Schifffahrtsmuseums → Einrichtung eines Künstlerhauses → Stärkung der Kulturwirtschaft → Erschließung der Festung Friedrichsort → Einrichtung eines Hafens für Traditionsschiffe
Tourismus / Freizeit / Sport		
<ul style="list-style-type: none"> → Gutes und vielfältiges kulturelles Angebot in Stadt und Umland → Hafen, Nord-Ostsee-Kanal, Innenstadt → Attraktiver, naturnaher Landschaftsraum mit hohem Freizeitwert → Wachsender Tourismusstandort → Zunahme des Tagestourismus → Kreuzfahrtstandort → Hervorragendes Segelrevier → Sportangebote für vielfältige Nutzergruppen 	<ul style="list-style-type: none"> → Verbesserungswürdiges Angebot für Tagestouristen (Kreuzfahrer) → Keine ausreichende Vernetzung mit dem Umland → Keine speziell maritim ausgerichtete Gastronomie → „Lückenhafter“ Fördeuferzugang, insbesondere auf dem Kieler Ostufer durch Werft-, Militär- oder Hafennutzung → Unterversorgung mit erholungsrelevanten Freiflächen in einigen Stadtteilen der Innenstadt und auf dem Ostufer → Kaum Sportangebote für ältere Menschen → Nicht alle Stadtteile ausreichend mit Sporthallen versorgt → Keine optimale Infrastruktur für Schul- und Schwimmsport → Barrierefreiheit ist noch nicht ausreichend berücksichtigt 	<ul style="list-style-type: none"> → Optimierung der touristischen Infrastruktur → Belebung der Innenstadt → Anreicherung der maritimen Atmosphäre (Fischmarkt) → Entwicklung und Verbesserung der Zugänglichkeit des Fördeufers → Schließen von Lücken im Verbund von erholungsrelevanten Freiflächen, insbesondere in Defizitbereichen → Neuprofilierung des Angebotsegments Tagungs- und Kongressstadt → Verbesserung des Marketings gemeinsam mit dem Umland → Abstimmung mit Nachbargemeinden und gemeinsame Entwicklung von Grün- und Freiflächen → Kombination traditioneller Sportangebote mit freien → Einen innenstadtnahen Veranstaltungsbereich entwickeln für die Durchführung hochkarätiger Segelevents → Weitergehende Umsetzung der Barrierefreiheit für Tourismus-, Freizeit- und Sportangebote
KIEL.SAILING CITY / Kieler Woche		
<ul style="list-style-type: none"> → Marke hat Alleinstellungsmerkmal → Welthauptstadtstadt des Segelns → Identifikation mit Tourismus in Kiel vorhanden → Geeignet für Standortmarketing und Stadtmarketing 	<ul style="list-style-type: none"> → Einengung auf eine Zielgruppe → Fehlende Verbindung mit dem Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort → Einkaufsstadt unterrepräsentiert 	<ul style="list-style-type: none"> → Marke muss erweitert werden auf andere Bereiche, ohne an Identifikation zu verlieren → Verknüpfung mit der maritimen Wirtschafts- und Wissenschaftskompetenz Kiels → Intensives Markenmanagement nötig

Innovative Stadt als strategisches Ziel Kiels



Inhaltliche Festlegung durch die Ratsversammlung

Zukunftsfeste Arbeitsplätze schaffen durch Stärkung der Wissenschaft und der Zusammenarbeit mit den Hochschulen, einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, einer aktiven Wohnungspolitik, einer starken und effizienten Kommunalwirtschaft und einer innovativen Wirtschaftsförderung.

Wirtschaftsstandort Kiel

Allgemeine Standortbeschreibung

Die direkte Lage an der Förde und am Eingang zum Nord-Ostsee-Kanal haben die Landeshauptstadt Kiel in vielerlei Hinsicht geprägt. Bedingt durch die Stellung Kiels als Reichkriegshafen lag der Schwerpunkt bis zum 2. Weltkrieg auf der Marine und der Wertindustrie mit ihren Zulieferern. Erst in den 50er Jahren begann Kiel, sich von dieser einseitigen Abhängigkeit zu lösen. Weiterhin sind der Hafen und die Wertindustrie wichtige Wirtschaftszweige. Heute ist Kiel der größte Dienstleistungsstandort in Schleswig-Holstein und Sitz der Landesregierung.

Der Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft lässt sich auch an der Statistik der Erwerbstätigen und der Branchenstruktur ablesen. So sank seit Anfang der 90er Jahre der Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe von 22 % auf nur noch ca. 12,6 % in 2008. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor von 77 % auf rund 87 % an¹.

Kiel ist das Oberzentrum der Region und versorgt die Kieler Bevölkerung und die der Region mit Gütern des täglichen und des spezifischen, höheren Bedarfs. Daher muss die Einzelhandelsentwicklung in Kiel auch im Hinblick auf ihre regionale und überregionale Bedeutung betrachtet werden.

Als bedeutendstes Bildungszentrum des Landes Schleswig-Holstein beherbergt Kiel verschiedene Hochschulen mit fast 29.000 Studierenden (WS 2009/2010) sowie zahlreiche Weiterbildungseinrichtungen.

Der Kieler Hafen ist heute geprägt von verschiedenen Fähr- und Frachtlinien in zahlreiche Städte rund um die Ostsee. Zusätzlich hat der Hafen in den letzten Jahren wachsende Bedeutung durch die stetig steigende Zahl der Kreuzfahrtschiffe erlangt, die die Vorteile der Terminals „mitten in der Stadt“ zu schätzen wissen.

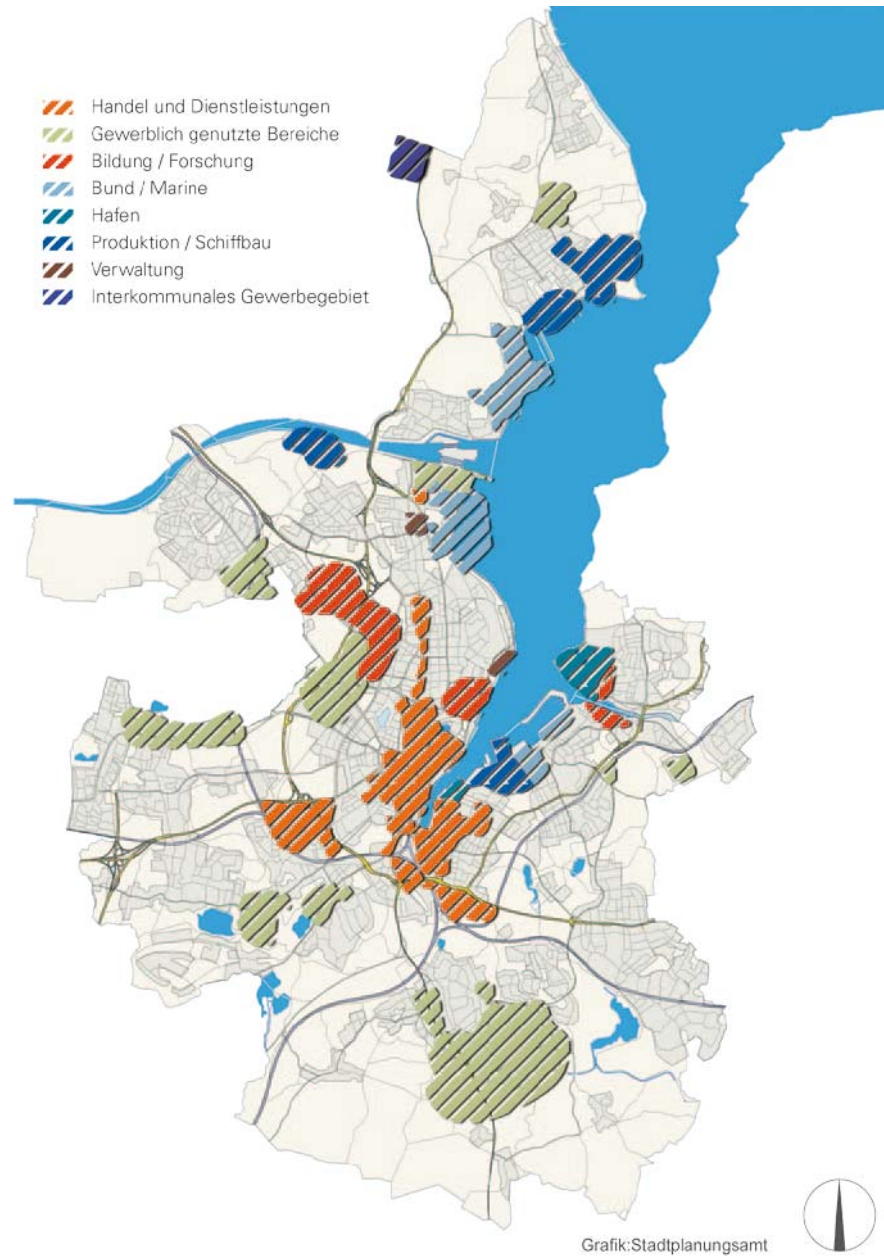
Nach wie vor ist die Bundeswehr/Marine ein wichtiger Arbeitgeber in der Landeshauptstadt. Der Standort Kiel ist mit ca. 4.550 militärischen und zivilen Dienstposten im Stadtgebiet auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Stadt². Laut Bundesministerium der Verteidigung steht die Bundeswehr/Marine vor einer großen Umstrukturierung in den nächsten Jahren. Die Auswirkungen auf den Marinestützpunkt Kiel sind noch nicht bekannt. Die Stadt wird sich intensiv für den Erhalt des Marinestützpunktes und eine mögliche Stärkung des Bundeswehrstandortes einsetzen.

¹Quelle

Landeshauptstadt Kiel,
Kieler Zahlen 2009

²Quelle

WBV, Wehrbereichskommando I
(Informationsarbeit,
Marinearsenal Kiel),
Stand August 2010



Wirtschaftsstandorte (Abb. 21)

Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verflechtungen Kiels mit der Region erfordern den weiteren Ausbau der Stadt-Umland-Beziehungen, aufbauend auf den positiven Erfahrungen mit der erfolgreichen Zusammenarbeit im Zweckverband „Entwicklungsgemeinschaft Altenholz-Dänischenhagen-Kiel“. Im Bereich der Wirtschaftsförderung haben der Kreis Rendsburg-Eckernförde, der Kreis Plön und die Landeshauptstadt Kiel eine gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft gegründet. Kooperationen mit Umland und Region bieten Chancen, im Wettbewerb der Regionen besser bestehen zu können.

Gewerbeflächenentwicklung

Die Gewerbeflächenentwicklung ist eines der zentralen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landeshauptstadt Kiel. Die nachfragegerechte Verfügbarkeit von Flächen oder deren kurzfristige Aktivierbarkeit ist ein entscheidender Standortfaktor.

³Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH, KiWi GmbH, 2009

Kiel verfügt dabei über eine Reihe von Flächenpotenzialen, die zum Teil in unmittelbarer Nähe der Hochschulen oder in attraktiver und zentraler Lage am Wasser liegen bzw. eine günstige Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz besitzen.

In den letzten Jahren sind in Kiel durchschnittlich 4 ha Gewerbeflächen pro Jahr an Betriebe des produzierenden Sektors, an Im- und Exportunternehmen, an Großhandelsbetriebe u. ä. veräußert worden³. Entsprechend der derzeitigen Nachfrage ist davon auszugehen, dass sich die Entwicklung auf dem gleichen Niveau fortsetzen wird.

Nach einer Untersuchung der Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH (KiWi) stehen dieser 2010 rund 108.600 m² (94.600 m² Wellsee, 14.000 m² Wik) für Gewerbeansiedlungen direkt zur Verfügung. Zusätzlich können im Wissenschaftspark ca. 20.000 m² für Wissenschaft und wissenschaftsnahes Gewerbe angeboten werden. Daneben gibt es einige Restflächen in Gewerbegebieten und in Mischgebieten, die aber meist nicht sehr groß sind oder sich in unattraktiver Lage befinden.

Auf den Flächen des Interkommunalen Gewerbegebietes Altenholz-Dänischenhagen-Kiel stehen noch ca. 30.000 m² zur Verfügung, darüber hinaus besteht dort noch Entwicklungspotenzial.

Es ist damit zu rechnen, dass dieses Angebot aufgrund der teilweise eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten der Flächen (so sind z. B. im Gewerbegebiet Wellsee weitere 12 ha aufgrund der Bodenverhältnisse oder der Hochspannungsleitungen nur eingeschränkt nutzbar) mittelfristig die Nachfrage nicht mehr befriedigen kann. Daher ist für die im Flächennutzungsplan dargestellten Wirtschaftsflächen (Gewerbliche Bauflächen, Sonderbauflächen) nach Mobilisierung aller noch entsprechend aufbereiteten Innenflächen mittelfristig Baurecht zu schaffen.

Derzeit wird das Projekt „Nachhaltiges Flächenmanagement Kiel“ durchgeführt. Durch forcierte Erkundung und Entwicklung von endogenen Flächenpotenzialen soll die Innenentwicklung vor der Außenentwicklung vorangetrieben werden. Die Wiedernutzung von Brachflächen/Baulücken und die ggf. damit verbundene Beseitigung von Altlasten soll die Ansiedlung von Unternehmen auf verkehrlich attraktiven innerstädtischen Flächen bei meist geringeren Erschließungskosten ermöglichen.

Vergleicht man die Kieler Grundstückspreise für Gewerbeflächen mit denen der Nachbargemeinden, ist zumeist festzustellen, dass sie in den Nachbargemeinden deutlich niedriger sind. Aufgrund der eng begrenzten Kieler Flächenpotenziale kann die Landeshauptstadt Kiel in einem solchen rein quantitativen Preiswettbewerb kaum bestehen. Die Kieler Angebote müssen sich also qualitativ von denen des Umlandes abheben. Um im Standortwettbewerb um Investoren und Unternehmen kurz- wie auch langfristig erfolgreich zu sein, sollte Kiel eine Doppelstrategie verfolgen.

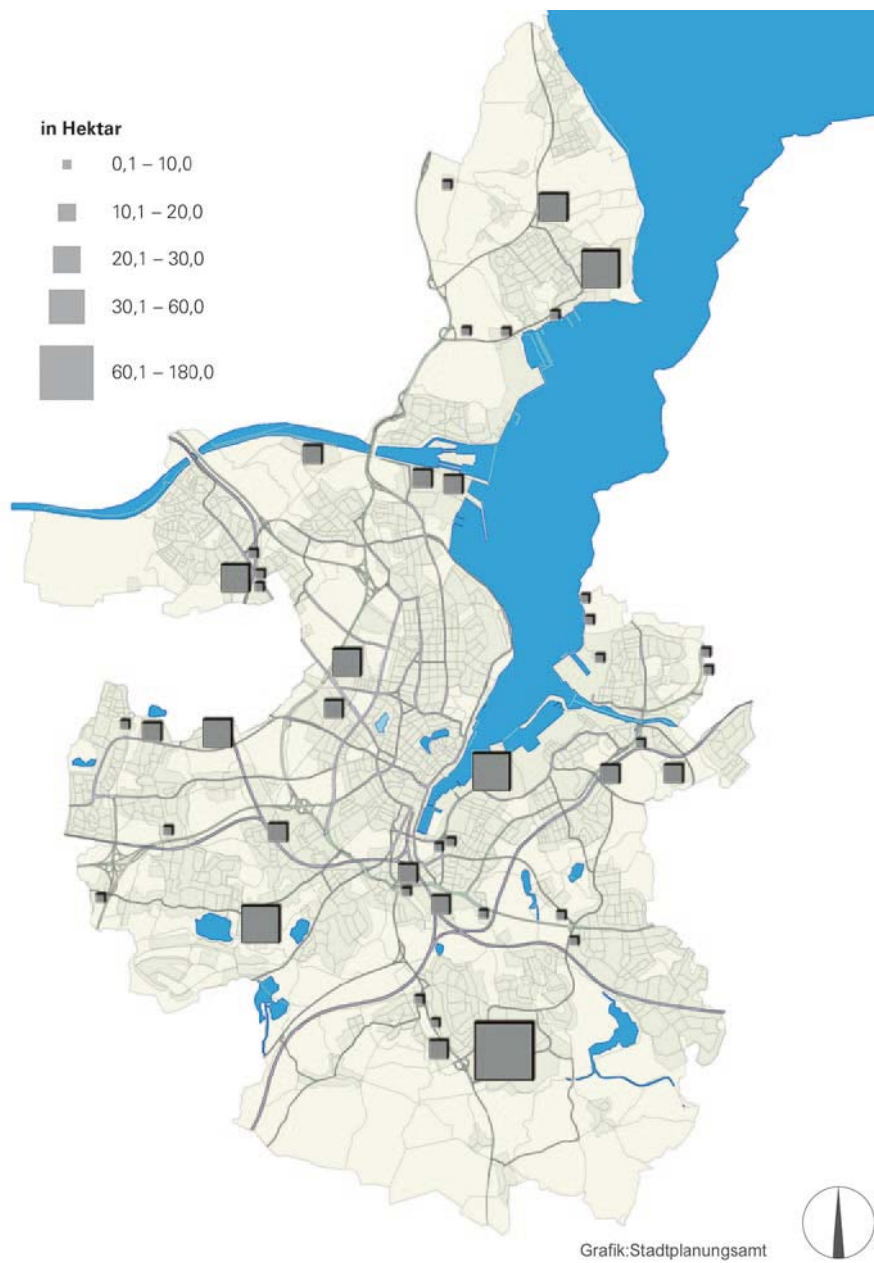
Grundsätzlich müssen individuelle Standortprofile bei bestehenden wie auch neuen Gewerbegebieten geschärft, (branchen- und themenorientierte) Adressen (gutes Beispiel Wissenschaftspark) ausgebildet und beworben werden. Dies ist eine wichtige Aufgabe des strategischen Flächen- und aktiven Ansiedlungsmanagements. Da aber nicht für jede Ansiedlung eine spezifische Adresse vorgehalten werden kann, müssen darüber hinaus Gewerbeflächen entwickelt werden, die eine flexiblere Handhabung bei der Vermarktung erlauben.

Büromarktentwicklung

Ein weiteres wichtiges Feld, auf dem die Landeshauptstadt Kiel innovativ und wachstumsfördernd in Zusammenarbeit mit der örtlichen Wirtschaft zukunftsorientiert Standortpolitik betreibt, ist der Büromarkt. Viele der zukunftssträchtigen Branchen, u. a. Unternehmen aus dem Bereich wissensintensiver Dienstleistung, Kommunikations-, Informations-, Bio-, Meeres- und Umwelttechnologie, Gesundheitswesen, Forschung, Entwicklung, benötigen nicht zwingend Produktionsstätten, sondern sind auf moderne und nutzungsgerechte Büroflächen angewiesen.

⁴Die Arbeitsgemeinschaft besteht aus sechs Kieler Maklerbüros und der Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH (KiWi).

Um die aktuellen Entwicklungen und Perspektiven auf dem Kieler Gewerbeimmobilienmarkt transparent zu machen, hat die „Arbeitsgemeinschaft Büromarktbericht Kiel“⁴ 2009 bereits zum zweiten Mal nach 2006 einen Büromarktbericht für die Landeshauptstadt vorgelegt.



Gewerbegebiete nach Flächengröße (Bestand und Potential)
(Abb. 22)

⁵Zur Zahl der Bürobeschäftigten gibt es keine amtlichen Zahlen. Die Einschätzung der Arge Büromarktbericht stützt sich auf Berechnungen der empirica AG sowie der RiWis Datenbank (BulwienGes).

Nach dieser Untersuchung wurde in Kiel in 2008 mit ca. 60.000 bis 61.000 Bürobeschäftigten gerechnet, das waren fast 40 % aller Erwerbstätigen in Kiel.⁵

Das Gesamtvolumen an Büroflächen in Kiel wird heute auf ca. 1,4 Mio. m² Nutzfläche (NF) geschätzt, das sich im Wesentlichen auf sieben Hauptlagen und zusätzlich einige Stadteillagen verteilt. Es wurden in den Hauptlagen etwa 787.000 m² Bruttogeschossfläche (BGF) erfasst. Das entspricht etwa 630.000 m² Nettogeschossfläche und einer etwas kleineren Nutzfläche.

Die Lagen im Einzelnen:

- Altstadt/City, ca. 140.000 m² BGF
- Südliche City, ca. 205.000 m² BGF
- Kleiner Kiel, ca. 85.000 m² BGF
- Kieler Förde, ca. 75.000 m² BGF
- Dreiecksplatz / Exerzierplatz / Lessingplatz, ca. 190.000 m² BGF
- Universität / Westring, ca. 52.000 m² BGF
- Schwedendamm, ca. 40.000 m² BGF

Im Betrachtungszeitraum von 2006 bis 2008 sind knapp 35.000 m² an neuer Nutzfläche hinzugekommen, sowie etwa 9.500 m² durch Modernisierungen, insgesamt also etwa 44.200 m² NF. Dem steht etwa 5.500 m² Verlust an NF durch Abriss oder Umnutzung gegenüber; somit sind pro Jahr etwa 12.900 m² NF neu am Markt entstanden.

Der Bericht geht davon aus, dass auch in den nächsten Jahren eine vorsichtig optimistische Entwicklung stattfinden wird. Das Angebot an neuen Büroflächen wird weiter leicht zunehmen. Dabei werden Neubau und Grundsanierung vor allem das höherwertige Segment bedienen, während Umstrukturierungen eher das einfache und mittlere Segment betreffen.

Einzelhandelsstandort Kiel

Vorbemerkung

Nur wenige Wirtschaftsbereiche haben sich in den letzten Jahrzehnten so dynamisch verändert wie der Einzelhandelssektor. Verantwortlich hierfür sind auf der Nachfrageseite ein verändertes Kundenverhalten; auf der Angebotsseite sind vor allem die Zunahme großflächiger Einzelhandelsformen an dezentralen Standorten und neue Vertriebsformen – bei gleichzeitigem Rückzug kleinerer Ladeneinheiten absolut und aus der Fläche – zu nennen.

Zur räumlich-konzeptionellen Steuerung des Einzelhandelsprozesses hat die Landeshauptstadt Kiel im Jahr 2000 erstmals ein Einzelhandelsentwicklungskonzept beschlossen.

Das Konzept gibt Hinweise auf:

- Standorte zur Ansiedlung von weiteren Einzelhandelsbetrieben
- Zentrenrelevante bzw. nichtzentrenrelevante Sortimente (Kieler Liste)



Hörnbrücke mit Blick
auf den Hörn-Campus

Es hat Einzug gefunden in diverse Planverfahren zur Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben bzw. den Ausschluss von Einzelhandel in Gewerbegebieten. Eine Beauftragung zur Neufassung ist Ende 2008 erfolgt. Mit der Fertigstellung ist 2010 zu rechnen.

Einzelhandel in Zahlen

Kiel konnte seine Bedeutung als Einkaufsstadt mit überregionaler Anziehung weiter steigern. Die Zentralität ist z. B. von 2004 bis 2008 von 137,8 % auf 140,3 % gestiegen. Die Summe der Verkaufsflächen im Stadtgebiet beträgt nach der Bestandserhebung der CIMA ca. 450.000 m², gegenüber 386.000 m² (2004). Der Gesamtumsatz beträgt ca. 1,7 Mrd. €.

⁶Quelle

Bestandserhebung der CIMA 2008, für diese und die weiteren Einzelhandelszahlen.

Für Kiel kann von einem Ausgabesatz von 5.138 €/Einwohner p. a. ausgegangen werden. Das Nachfragepotenzial im gesamten Marktgebiet (Stadt Kiel rd. 1,2 Mrd. €, direktes Umland rd. 940 Mio. €, weiteres Umland rd. 1,736 Mrd. €) lässt sich mit rd. 4,236 Mrd. € beziffern⁶.

Insbesondere im direkten Umland gelingt es, einen erheblichen Anteil der vorhandenen Kaufkraft abzuschöpfen, auch wenn sich mit dem Ostseepark Raisdorf (Stadt Schwentinental) ein bedeutender Konkurrenzstandort (ca. 90.000 m²) direkt vor den Toren Kiels etabliert hat. Hinsichtlich der räumlichen Verteilung besteht in Kiel nach wie vor ein relativ ausgewogenes Verhältnis zwischen großflächigen, dezentralen Einzelhandelseinrichtungen und dem Einzelhandelsangebot in den gewachsenen Zentren. Das hierarchisch aufgebaute Zentrensystem bildet weiterhin das Gerüst des Kieler Handelsgefüges.

Innenstadt

Die Kieler Innenstadt stellt das Zentrum für den Einzelhandel und für die verschiedenen Dienstleistungsbetriebe (Gastronomien, Versicherungen, Ärzte) nicht nur für die Kieler Bevölkerung, sondern auch für das Umland dar. Der besonders herausragende Identifikationsfaktor und das Alleinstellungsmerkmal dieses Einkaufsstandortes ergibt sich aus der Nähe zum Wasser. Diese Verbindung von Innenstadt und Förde wird gerade auch von auswärtigen Kundinnen und Kunden sehr geschätzt.

Die Gesamtverkaufsfläche der Innenstadt beträgt ca. 123.000 m², der Gesamtumsatz liegt bei 413 Mio. €, das sind etwa 1/4 des Umsatzes der Gesamtstadt. Die Innenstadt bleibt damit der wichtigste Einzelhandelsstandort in der Landeshauptstadt Kiel. Angestrebt wird, dass der Umsatzanteil auf 1/3 der Gesamtstadt ansteigt.

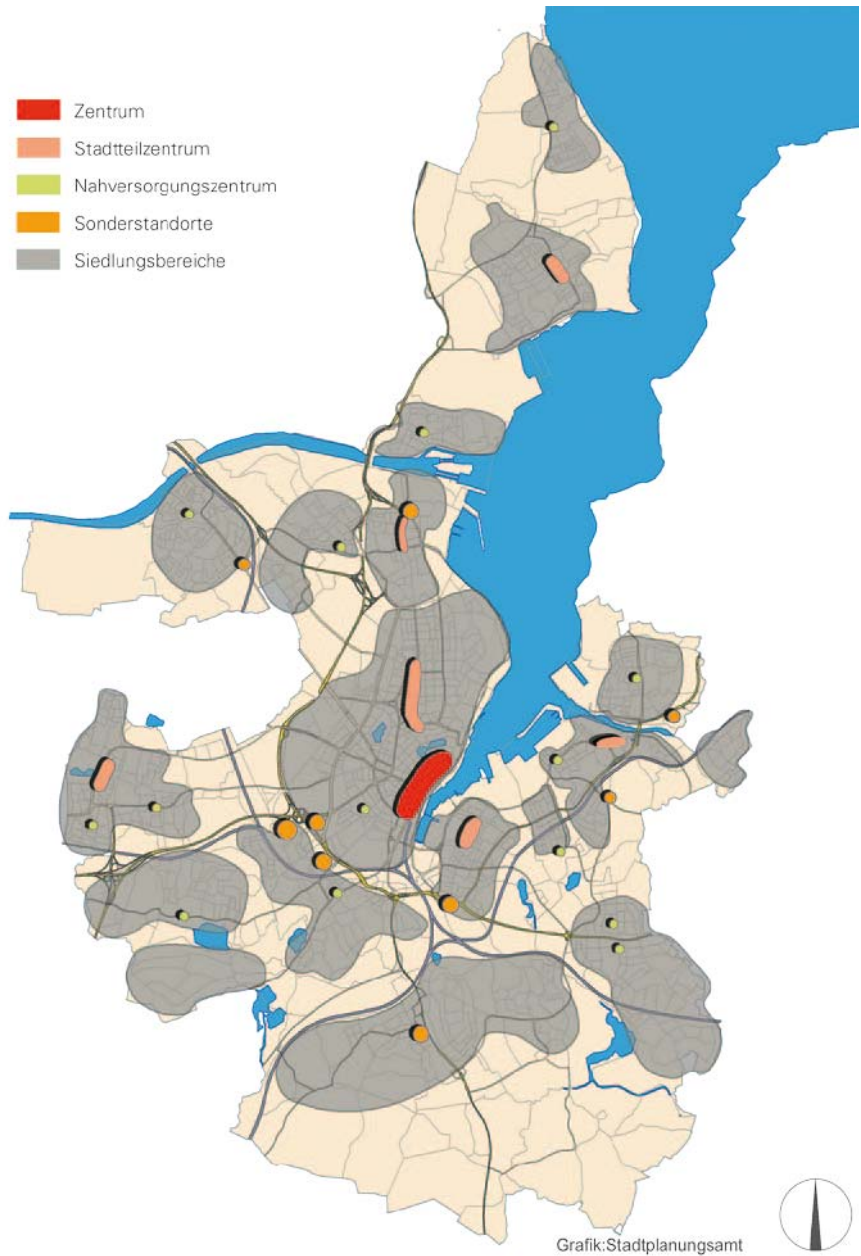
Die räumliche Situation ist durch eine fast lineare Nord-Süd-Ausrichtung geprägt und hat eine Länge von ca. 1,3 km. Die Verkaufsflächenverteilung ist durch einen starken südlichen Pol gekennzeichnet, der durch den Sophienhof und das Kaufhaus Karstadt gebildet wird. 56.000 m² Verkaufsfläche oder 45 % der Verkaufsfläche der Innenstadt sind hier konzentriert.

Der Einzelhandel in der Kieler Innenstadt sieht sich mit den Fachmarktstandorten Ostseepark Raisdorf (Stadt Schwentinental) und dem CITTI-Park (inkl. IKEA und Plaza) einer verstärkten Konkurrenz ausgesetzt, die in den letzten Jahren zu Bedeutungs- und Attraktivitätsverlusten geführt hat. Das Rahmenkonzept „Perspektiven für die Kieler Innenstadt“ (Drs. 0760/2009) und die vorliegenden gutachterlichen Aussagen zum Einzelhandel (Fachbaustein Einzelhandel, Gutachten CIMA) zeigen die weitere Entwicklung der Innenstadt in qualitativer und quantitativer Hinsicht auf.

Mehrere aktuelle großflächige Einzelhandelsprojekte prominenter Entwickler belegen die hohe Attraktivität und Anziehungskraft der Innenstadt aus Investorensicht. Jedes dieser Projekte hat schon allein für sich genommen sowohl räumlich-städtebauliche Wirkungen als auch maßgeblichen Einfluss auf das Einzelhandelsgefüge der Stadt. Als verträglich werden hier die Standorte mit direkter Lage an den 1a-Lagen bezeichnet (Karstadt/LEIK, Mittlere Holstenstraße).

IKEA, Plaza und CITTI-Park

Mit IKEA, Plaza und dem sehr erfolgreichen CITTI-Park hat Kiel neben der Innenstadt einen zweiten Einzelhandelsschwerpunkt mit überregionaler Ausstrahlung, jedoch auch zu Lasten der Innenstadt, erhalten. Auf 64.420 m² Verkaufsfläche werden ca. 340 Mio. € Umsatz gemacht, das sind ca. 20 % des gesamten Umsatzes in der Landeshauptstadt Kiel. Durch die Vergrößerung des CITTI-Marktes konnte zusätzliche Kaufkraft von außerhalb der Stadtgrenzen gebunden werden, der Anstieg der Handelszentralität dürfte vor allem hierauf zurückzuführen sein. Um die Schädigung der Innenstadt einzugrenzen, sind daher Ansiedlungen mit zentrenrelevanten Sortimenten in nichtintegrierten Lagen zu vermeiden.



Zentrenstruktur
in Kiel (Abb. 23)



Kieler Wochenmarkt

Stadtteilzentren

Die Situation in den Nebenzentren (Holtenauer Straße, Wik, Pries-Friedrichsort, Mettenhof, Gaarden) ist uneinheitlich. Mit Ausnahme des Zentrums entlang der Holtenauer Straße liegt der Schwerpunkt des Einzelhandelsangebotes in den genannten Zentren im Bereich Nahversorgung. Das Angebot im aperiodischen Bedarfsbereich unterscheidet sich in der Regel deutlich von dem Angebot in der Innenstadt. Die Standorte der Stadtteilzentren gilt es daher zu sichern.

Nahversorgung

Die Versorgung der Bevölkerung mit Artikeln des täglichen Bedarfs erfolgt in Kiel in erster Linie in den beschriebenen Stadtteilzentren und in den gewachsenen Nahversorgungszentren der Stadtteile. Ergänzt wird diese Versorgung durch integrierte, solitäre Einzelhandelseinrichtungen und durch zum Teil großflächige Angebote autogerecht zwischen den Stadtteilen.

Mit wenigen Ausnahmen (z. B. Elmschenhagen-Kroog, Wellsee) kann man in Kiel von einer zur Zeit guten, fußläufig erreichbaren Nahversorgung ausgehen.

Ob sich diese Situation auch in der Zukunft bei sich verändernden Strukturen im Einzelhandel aufrechterhalten lässt, wurde einer gutachterlichen Untersuchung unterzogen. Das Gutachten kommt im Kern zu folgender Aussage:

Die bestehenden kleinen Vollversorger und Geschäfte in den gewachsenen Stadtteilen haben seit Jahren Schwierigkeiten, sich am Markt zu behaupten. Eine Anpassung an neue Verkaufsformen ist ihnen vor Ort wegen der schwierigen räumlichen Gegebenheiten häufig nicht möglich. Trotz dieser Situation sollte auch in der Zukunft versucht werden, diese Zentren mit allen Mitteln zu stabilisieren und die Konkurrenz außerhalb der Stadtteile zu begrenzen. Für ältere Menschen mit Behinderung sollten zusätzliche Serviceangebote (z. B. barrierefreie Geschäfte und Bringdienste) unterstützt werden. Die vorhandenen Versorgungsdefizite – insbesondere im Kieler Süden – sind zu beheben.

Fachmärkte

Im Bereich der Fachmärkte, einer Betriebsform, die durch sehr hohen Flächenbedarf und autogerechte Standorte gekennzeichnet ist, sind mehrere sehr wirkungsvolle Ansiedlungen gelungen. Der Media-Markt (Elektronik/HiFi/TV), IKEA (Möbelhaus) und Hornbach (Baumarkt) haben qualitative Defizite in der Angebotsstruktur abbauen können und erheblich dazu beigetragen, dass Kaufkraft in Kiel gebunden wird und nicht ins Umland, insbesondere in die Stadt Schwentinental, Ortsteil Raisdorf, abfließt.

Ausblick

Auch in Zukunft – so die Prognosen – wird der in der Vergangenheit bereits stark ausgeprägte Umstrukturierungsprozess im Einzelhandel dynamisch fortschreiten, dem sich die Landeshauptstadt Kiel stellen muss: In Neumünster planen verschiedene Investoren zusätzliche Shopping-Center und in Autobahnnähe ist ein Factory-Outlet-Center vorgesehen. Das Möbelhaus KRAFT in Bad Segeberg hat seine Verkaufsfläche um weitere 4.000 m² vergrößert. Die Umlandgemeinden erweitern ihre Nahversorgungsbereiche und bieten auch hier in nicht unerheblichem Maße aperiodische Bedarfsartikel an.

Die Landeshauptstadt Kiel wird vor diesem Hintergrund große Anstrengungen unternehmen, um ihre Spitzenposition nicht nur zu halten, sondern auch auszubauen. Grundlage für das weitere Handeln wird das Rahmenkonzept „Perspektiven für die Kieler Innenstadt“ und außerdem das neue Einzelhandelskonzept für die Kieler Gesamtstadt 2010 sein.

Wissenschaftsstandort Kiel

Deutschland entwickelt sich immer mehr zu einer Wissensgesellschaft. Die Produktion, Verarbeitung, Verteilung und Verwertung von Wissen bilden die Grundlage für Innovation, ökonomische Entwicklung und Wachstum. Forschung und Wissenschaft und deren Vernetzung mit der Wirtschaft gehören somit zu den zentralen Standortfaktoren der Zukunft im kommunalen, regionalen und internationalen Wettbewerb.

Eine enge Kooperation von Kommunen mit der Wissenschaft schafft die Voraussetzung für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung. Diese Zusammenarbeit gibt Impulse für die Stadt, Unternehmen und Kultureinrichtungen. Kreative und innovative Potenziale der Stadt werden so gehoben.

Die Landeshauptstadt Kiel verfügt über exzellente Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die ca. 29.000 Studierenden machen rund 12 Prozent der Stadtbevölkerung aus. Diese Zahl ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und die Hochschulen prognostizieren weitere Zuwächse. Diese Entwicklung findet voraussichtlich ihren Höhepunkt, wenn die ersten Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein nach zwölf Schuljahren das Abitur absolvieren. Im Jahr 2016 erwarten die Hochschulen dann einen „Doppeljahrgang“.

Hochschulen und Wissenschaftsinstitutionen

Die Landeshauptstadt Kiel arbeitet eng mit den Wissenschaftseinrichtungen zusammen. 2005 hat die Stadt die Stärkung der Wissenschaft und die Zusammenarbeit mit den Hochschulen zum strategischen Handlungsziel erklärt. Die Stadt fördert die Kommunikation und Kooperation zwischen den verschiedenen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen und der Verwaltung durch die Einsetzung einer Wissenschaftsreferentin.



Stadt der jungen Forscher

Gemeinsam werden Strategien entwickelt, um das Profil der Landeshauptstadt Kiel als starken Wissenschaftsstandort zu schärfen. Neben zahlreichen gemeinsamen Projekten hat sich die Stadt Kiel in Kooperation mit Schulen, Wissenschaft und Unternehmen als „Stadt der jungen Forscher 2011“ beworben. Denn auch die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist Bestandteil der strategischen Zielsetzung. Das Konzept „Mit dem Forschungsschiff auf Expedition durch Kieler Schulen“ hat Kiel schließlich den Preis eingebracht.

Die Christian-Albrechts-Universität (CAU) gehört mit ihren fast 350 Jahren zu den ältesten Universitäten in Deutschland. Sie ist die einzige Volluniversität in Schleswig-Holstein. In den acht Fakultäten mit insgesamt 80 Studienfächern sind fast 23.000 Studierende eingeschrieben. Im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft ist es der CAU gelungen, die Förderung zweier Exzellenzcluster sowie einer Graduiertenschule zu erreichen. Die Exzellenzcluster „Ozean der Zukunft“ und „Entzündung an Grenzflächen“ sowie die Graduiertenschule „Entwicklung menschlicher Gesellschaften in Landschaften“ haben seit 2007 rund 74 Millionen Euro nach Schleswig-Holstein geholt – davon mehr als 60 Millionen nach Kiel. Hinzu kommen noch eine Reihe von Fördermitteln für Sonderforschungsbereiche.

Mit über 5.700 Studierenden ist die Fachhochschule Kiel (FH) die vielseitigste Fachhochschule in Schleswig-Holstein. Rund 30 Bachelor- und Masterstudiengänge sowie Zusatzstudiengänge werden angeboten. Die Fachhochschule Kiel hat sich mit ihrem Konzept „Strategische Entwicklung der Exzellenz der Fachhochschule Kiel durch mehr Kooperationen“ beim bundesweiten Aktionsprogramm „Profil und Kooperation“ des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und der Heinz Nixdorf Stiftung durchgesetzt. Mit der Ansiedlung des Campus auf dem Ostufer trägt die Fachhochschule zur Belebung des Stadtteils Neumühlen-Dietrichsdorf bei.

Die Muthesius Kunsthochschule bietet neben ihrer fundierten Ausbildung in den Bereichen Kunst, Raumstrategien und Design hochkarätige Kultur für die Öffentlichkeit an. Dadurch prägt sie das Stadtbild und stärkt nachhaltig den Standort Kiel.

In enger Zusammenarbeit mit Unternehmen innerhalb und außerhalb Schleswig-Holsteins bietet die Berufsakademie an der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein (WAK) seit mehr als drei Jahrzehnten in Kiel duale Studiengänge für angehende Betriebswirte, Wirtschaftsingenieure und Wirtschaftsinformatiker. Alle Studiengänge – Betriebswirtschaft, Wirtschaftsingenieurwesen und Wirtschaftsinformatik – sind erfolgreich akkreditiert und werden mit dem Bachelor-Grad abgeschlossen.

In der Landeshauptstadt Kiel sind insgesamt vier Institute der Leibniz-Gesellschaft beheimatet. Nach Berlin weist Kiel damit die größte Dichte von Einrichtungen dieser Forschungsgemeinschaft auf.

Das Institut für Weltwirtschaft (Mitglied der Leibnizgemeinschaft) ist eines der großen Zentren für weltwirtschaftliche Forschung, wirtschaftspolitische Beratung und ökonomische Ausbildung. Das Institut sieht seine Hauptaufgabe in der Erforschung innovativer Lösungsansätze für drängende weltwirtschaftliche Probleme. Auf Basis

dieser Forschungsarbeiten berät es Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und informiert die interessierte Öffentlichkeit über wichtige wirtschaftspolitische Zusammenhänge.

Die Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft (ZBW) ist mit über vier Millionen Publikationen in gedruckter und elektronischer Form und 25.000 abonnierten Zeitschriften die weltweit größte Spezialbibliothek für Wirtschaftswissenschaften. Aufgabe der ZBW ist die überregionale Information über wirtschaftswissenschaftliche Inhalte. Ihr Ziel ist es, ihren Kundinnen und Kunden umfassende Serviceleistungen anzubieten, die eine effiziente und effektive Nutzung wirtschaftswissenschaftlicher Fachinformation ermöglichen.

Das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN) betreibt grundlegende und anwendungsorientierte Forschung zu Fragen des Lernens und Lehrens von Naturwissenschaft und Mathematik innerhalb und außerhalb von Schulen. Auftrag des Instituts ist es, durch seine Forschungen die Pädagogik der Naturwissenschaften und der Mathematik weiter zu entwickeln und zu fördern. Das IPN gliedert sich derzeit in die fünf Fachabteilungen: Erziehungswissenschaft, Didaktik der Biologie, Didaktik der Chemie, Didaktik der Physik und Didaktik der Mathematik.

Eines der drei führenden Einrichtungen auf dem Gebiet der Meeresforschung in Europa ist das Leibniz-Institut für Meereswissenschaften (IFM-GEOMAR). Aufgabe des Instituts ist die Untersuchung der chemischen, physikalischen, biologischen und geologischen Prozesse im Ozean und ihre Wechselwirkung mit dem Meeresboden und der Atmosphäre. Mit dieser Bandbreite deckt das IFM-GEOMAR ein in Deutschland einzigartiges Spektrum ab. Der Schwerpunkt liegt auf der Grundlagenforschung, in verschiedenen Bereichen werden aber auch anwendungsbezogene Fragestellungen bearbeitet.

In der Landeshauptstadt Kiel sind zwei der acht Einrichtungen des Max Rubner-Instituts (MRI) – Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel – angesiedelt. Die angewandte Forschung des MRI bezieht sich insbesondere auf das Gebiet der Ernährung und der Verbesserung des Ernährungsverhaltens. Die Institute am Standort Kiel (hervorgegangen aus der ehemaligen Bundesanstalt für Milchforschung) befassen sich mit Mikrobiologie/Biotechnologie sowie der Sicherheit und Qualität bei Milch und Fisch.

Die Forschungsanstalt der Bundeswehr für Wasserschall und Geophysik (FWG) hat ihren Sitz in Kiel. Sie gehört zum Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung des Bundesministeriums für Verteidigung. Das Bundesamt ist Teil der zivilen Bundeswehrverwaltung und größte technische Behörde in Deutschland. Es bildet den Kern des Rüstungsbereiches und hat die Aufgabe der bedarfsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit moderner Technik zu wirtschaftlichen Bedingungen. Die Forschungsanstalt in Kiel ist die einzige größere deutsche Forschungseinrichtung, die vorwiegend mit Meeresakustik befasst ist.

2003 wurden die Universitätskliniken Kiel und Lübeck zu einem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H) zusammengelegt. Das UK S-H ist damit das zweitgrößte Universitätsklinikum in Deutschland mit einer exzellenten Krankenversorgung. Durch eine hochwertige Forschung und Lehre am UK S-H können die Erkenntnisse der Wissenschaft direkt bei der Diagnose und Behandlung von Krankheiten berücksichtigt werden. Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein bietet medizinische Betreuung auf höchstem Versorgungsniveau. Als Krankenhaus der Maximalversorgung deckt es das gesamte Spektrum der modernen Medizin ab. Bis 2016 sollen hier 0,5 Mrd. € investiert werden.

Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft

Nicht nur die mehr als 29.000 Studierenden mit ihrem Ausgabenvolumen von rund 230 Mio. Euro stärken den Wirtschaftsstandort Kiel. Die Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen sind gleichzeitig starke Arbeitgeber, die erhebliche Beschäftigungseffekte für die Landeshauptstadt Kiel haben. Ein starker Wissenschaftsstandort hat zudem Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Kommune, insbesondere auf die Zukunftsmärkte. Deshalb forciert die Landeshauptstadt in verschiedenen Bereichen die Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft.

Das Maritime Cluster Schleswig-Holstein wurde 2005 gegründet und will Aktivitäten der maritimen Wirtschaft auf lokaler, regionaler und überregionaler Basis initiieren, fördern und vernetzen. Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sollen eingebunden werden, um den maritimen Standort Schleswig-Holstein zu stärken.

Ziel des in 1996 eröffneten Kieler Innovations- und Technologiezentrums (Kitz) ist die Stärkung des Technologietransfers aus den Hochschulen. Es bietet Existenzgründern und jungen technologieorientierten Unternehmen den Rahmen und die Möglichkeiten für Entwicklung und Wachstum.

In unmittelbarer Nähe zur CAU ist auf einer Fläche von ca. 20 ha der Wissenschaftspark Kiel angesiedelt. In einer Public Private Partnership arbeiten die Landeshauptstadt Kiel, die CAU und die Preussag Immobilien GmbH zusammen. Die Ansiedlung von forschungsintensiven Unternehmen sowie die Schaffung und Sicherung hochqualifizierter Arbeitsplätze gehören zu den wichtigsten Zielen des Projektes. Das Herz des Wissenschaftsparks ist das Wissenschaftszentrum. Es ist eine Plattform, auf der Wirtschaft und Wissenschaft sich präsentieren, miteinander kommunizieren und kooperieren können.

Das Forschungs- und Entwicklungszentrum der Fachhochschule Kiel versteht sich als Bindeglied zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Konkrete Aufgabenstellungen durch Unternehmen führen zu konkreten, auch wirtschaftlich nutzbaren Lösungen. Das Zentrum verknüpft wissenschaftliches Know-how mit unternehmerischem Forschungs- und Entwicklungsdrang.

Mit den oben genannten Einrichtungen sind gute Voraussetzungen geschaffen, um die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft weiter zu verbessern. Die Landeshauptstadt Kiel wird diese Zusammenarbeit weiter unterstützen. So soll z. B. im Kulturbereich eine Kooperation zwischen städtischen und wissenschaftlichen Museen erreicht werden. Durch eine gemeinsame Vermarktung soll eine Erhöhung der Besucherzahlen erreicht werden.

Christian-Albrechts-Universität
zu Kiel



Ein weiteres Leuchtturmprojekt, das beweist, dass eine Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft für beide Seiten gewinnbringend gestaltet werden kann, wird das im Bau befindliche Norddeutsche Radioonkologische Centrum Kiel (NRoCK) in Kiel. Hier werden das UK S-H und private Unternehmen zusammenarbeiten.

Ziele

Die Landeshauptstadt Kiel wird ihre Ziele, Wissenschaft und Forschung zu stärken und die Zusammenarbeit mit den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen zu intensivieren, weiter aktiv verfolgen. Dabei ist auch an das kreative Gewerbe (z. B. Design) gedacht. Im Rahmen eines Wirtschaftsförderungskonzeptes „Innovative und kreative Stadt“ sollten die Synergien und Potenziale herausgearbeitet werden (s. Kapitel Kreative Stadt). Ziel ist die Gestaltung hervorragender Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, die Wissenschafts- und Forschungsinstitute.

Außerdem will die Landeshauptstadt Kiel

- den Wissenschaftsstandort regional, national und international stärker vermarkten
- den regelmäßigen Austausch zwischen der Stadt und den Wissenschaftsinstitutionen intensivieren
- den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft stärker fördern
- die Hochschulen/Forschungsinstitute und die Stadt räumlich und inhaltlich enger zusammenbringen
- im Erscheinungsbild der Stadt erkennbar werden lassen, dass die Landeshauptstadt Kiel ein hervorragender Wissenschaftsstandort ist
- dazu beitragen, dass mehr Studierende, Lehrende und Forschende für die Hochschulen gewonnen werden und Kiel zu ihrem Lebensmittelpunkt machen
- die Wissenschaft stärker als bisher mitten in die Stadt bringen und sie für die Bevölkerung im wahrsten Sinne begreifbar machen

Wohnen – Kiel als Wohnstandort

Als Stadt am Meer hat Kiel das Potenzial für eine hohe Wohn- und Lebensqualität. Die Stärkung Kiels als attraktiven Wohnstandort ist eine wichtige Aufgabe, um Kiels Rolle als Oberzentrum auszufüllen. Wohnen als zentrales Feld der Stadtentwicklung muss sich den Herausforderungen des strukturellen und demografischen Wandels stellen. Dabei gilt es, das vorhandene attraktive und vielfältige Angebot entsprechend zukunftsfähig zu gestalten.

Nachdem die wesentlichen Entwicklungsziele und Handlungsfelder für das Wohnen im Flächennutzungsplan (2002) und im Struktur- und Entwicklungskonzept für den Wirtschaftsstandort Kiel (2005) aufgezeigt wurden, wurde das Wohnungsmarktkonzept (WMK) im November 2007 von der Ratsversammlung mit dem Auftrag zur Umsetzung beschlossen.

Das Kieler Wohnungsangebot

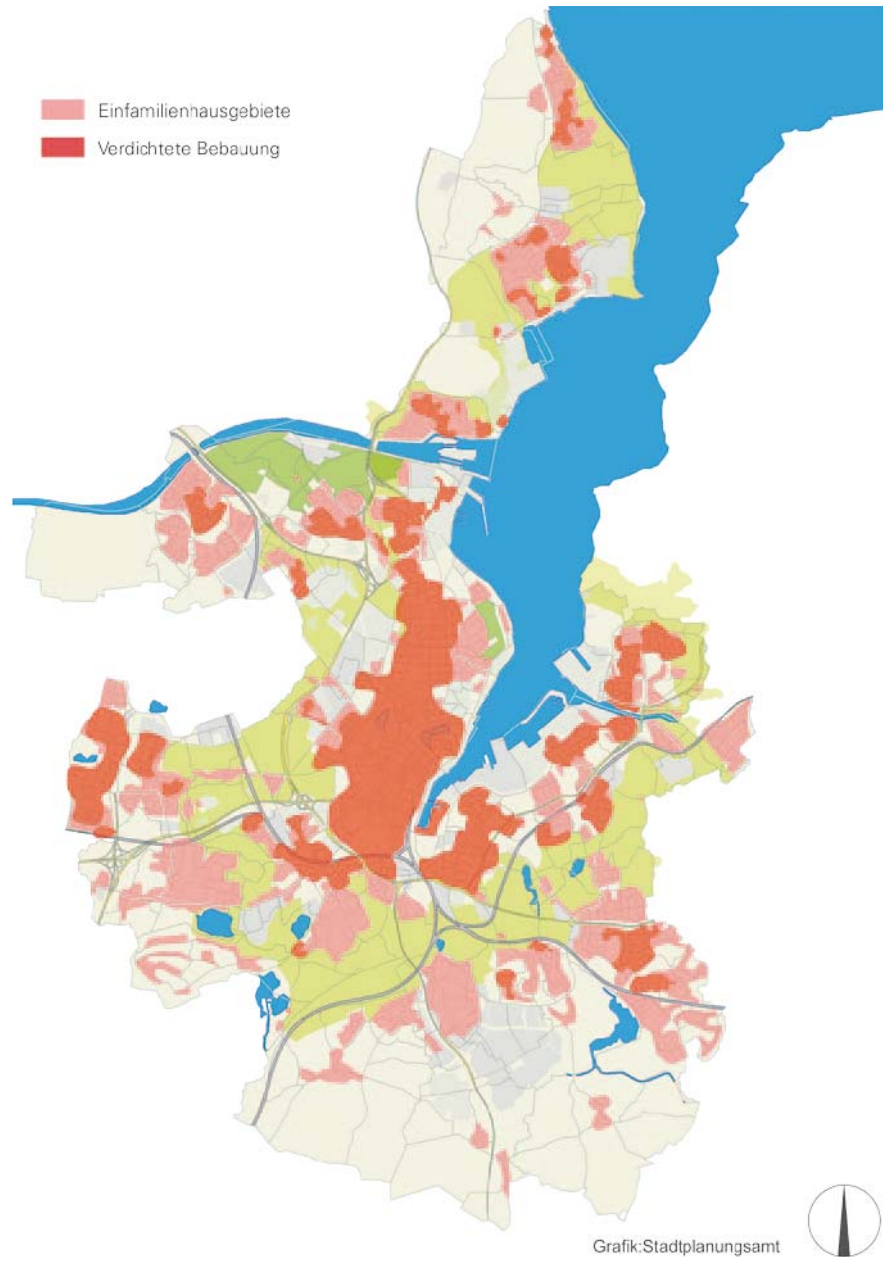
Kiel bietet seinen 235.000 Einwohnern (Stand Ende 2009) mit rund 133.000 Wohneinheiten (Stand Ende 2009) ein breit gefächertes Wohnungsangebot: von urbanem innerstädtischen Wohnen am Wasser bis hin zu Einfamilienheimen am grünen Stadtrand. Fast 80 % der Wohnungen befinden sich in Mehrfamilienhäusern (Geschosswohnungsbau), die restlichen 20 % in Einfamilienhäusern. Seit Ende der 1990er sind die Baufertigstellungen, vor allem im Bereich der Mehrfamilienhäuser, deutlich zurückgegangen.

Wohnungsnachfrage

Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsprognose und der aktuellen Markt- und Haushaltsentwicklungen wird sich bis zum Jahr 2012 kein nennenswerter Engpass auf dem Wohnungsmarkt ergeben. Ab diesem Zeitpunkt entwickelt sich bis zum Jahr 2020 ein zusätzlicher Neubaubedarf von rund 6.600 Wohneinheiten. Der vom Innenministerium Schleswig-Holstein im Entwurf zum Landesentwicklungsplan vorgelegte Wohnungsneubaubedarf für die Landeshauptstadt Kiel wird sogar mit 9.600 Wohneinheiten taxiert. Darin ist lediglich ein Neubedarf (durch mehr Haushalte) von 1.900 Wohneinheiten enthalten. Der weitere Bedarf von 6.390 Wohneinheiten ist reiner Ersatzbedarf. Dieser Bedarf wird vorrangig im Bestand gedeckt. Zusätzlich wird ein Bedarf von 1.310 Wohneinheiten als Fluktuationsreserve angesetzt.

Wohnbauflächenpotenzial

Seit Beginn des Prognosezeitraumes im Jahre 2005 konnten ca. 1.500 Wohneinheiten errichtet werden. Aktuell stehen den Bedarfen rein rechnerisch ausreichend Baulandflächenpotenziale bis 2020 für rund 5.000 Wohneinheiten gegenüber. Diese gliedern sich auf in Wohnbauflächen für Einfamilienhausbebauung auf 80 ha für 1.800 Wohneinheiten, gemischte Bebauung auf 43 ha für 1.900 Wohneinheiten und Geschosswohnungsbau auf 12 ha für 1.300 Wohneinheiten.



Wohnstruktur (Abb. 24)



Schwentinemündung

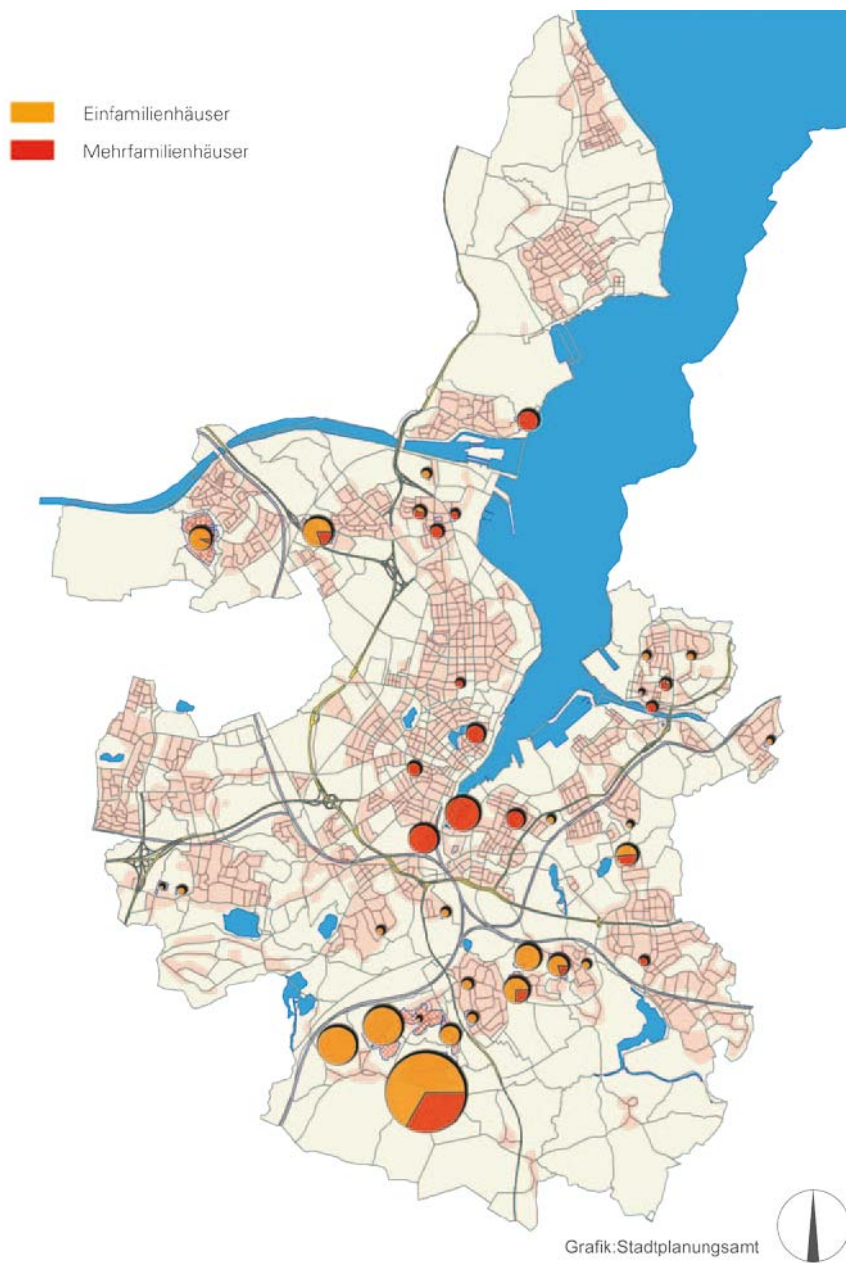
Zur Zeit besteht im allgemeinen kein Bedarf an der Ausweisung neuer Wohnbauflächen. Dringend erforderlich ist jedoch die Aktivierung vorhandener Wohnbauflächen im innerstädtischen bzw. innenstadtnahen Bereich (z. B. Alte Feuerwache, Krim, Hörn usw.). Besonders gefragt sind Standorte an der Förde. Ein Mangel an Wohnbauland besteht nördlich des Kanals. Hier gilt es, Nachverdichtungspotenziale und Brachen wie das Marinefliegergeschwader 5 (MFG 5) – Areal aktiv zu entwickeln.

Wohnungsleerstand

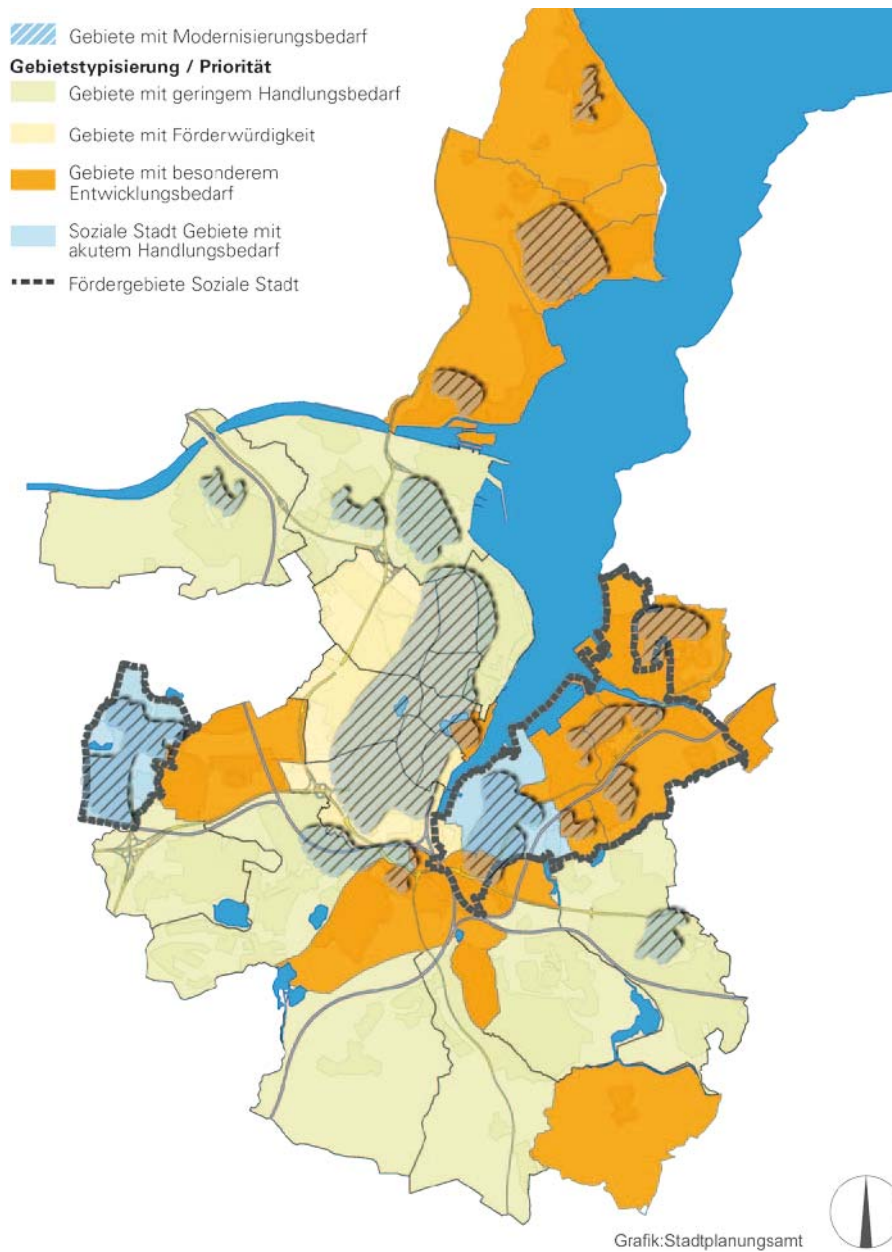
Mit 2.250 Wohnungen beläuft sich der marktbedingte Wohnungsleerstand auf 1,7 % des Bestands. Hierbei handelt es sich um Wohnungen, die über drei Monate leer stehen. Hinzu zu zählen ist ein fluktuationsbedingter Leerstand von 2 %. Der Leerstand ist gesamtstädtisch als relativ gering zu bewerten. Die höchsten Leerstände gibt es im östlichen Stadtgebiet.

Preisgünstiger Wohnraum

Mittels der näherungsweisen Berechnung des Bedarfs ergibt sich eine Anzahl von 62.200 Haushalten in Kiel, die innerhalb der gesetzlichen Einkommensgrenzen der Wohnraumförderung Schleswig-Holsteins liegen. Dem steht ein geschätztes Angebot von rund 39.000 Wohneinheiten gegenüber, was einen Engpass an preisgünstigem Wohnraum darlegt. Aufgrund unzureichender Anreize kann die Wohnungswirtschaft nur schwerlich motiviert werden, hier Abhilfe zu schaffen.



Standorte Wohnbauland nach Größe (Abb. 25)



Verteilung der 50er bis 70er Jahre
Schwerpunktgebiete
(Abb. 26)

Anpassung des vorhandenen Wohnungsbestandes

Laut GEWOS wird der Modernisierungsbedarf auf rund ein Drittel der Wohnungen der älteren Baualtersklassen geschätzt (Gaarden 50 %). Insbesondere in den Wohnungsbeständen aus den 1950er bis 1970er Jahren zeigen sich deutliche Modernisierungsbedarfe. Mit mehr als 25.000 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau sind die 50er Jahre am stärksten vertreten, gefolgt von den 60er Jahren mit rund 18.000 Wohneinheiten und den 70er Jahren mit rund 10.000 Wohneinheiten. Insgesamt machen diese Jahrgänge rund 50 % des Geschosswohnungsbaus in Kiel aus.

Nach absoluten Zahlen betrachtet, haben die Soziale Stadt-Gebiete – Stadtteile Mettenhof und Gaarden die meisten Wohnungen der Baualtersstufen 50er, 60er und 70er Jahre. GEWOS empfiehlt daher die Ergänzung des Förderprogramms um wohnungsmarktbezogene Maßnahmen. Relativ gesehen weisen vor allem die Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf einen hohen Anteil der Baualtersklassen aus den 1950er bis 1970er Jahren am Geschosswohnungsbestand auf. Durch die Zuordnung zu Gebieten, für die das WMK besonderen Förderbedarf festgestellt hat, können Schwerpunktbereiche und Prioritätsgebiete festgestellt werden.

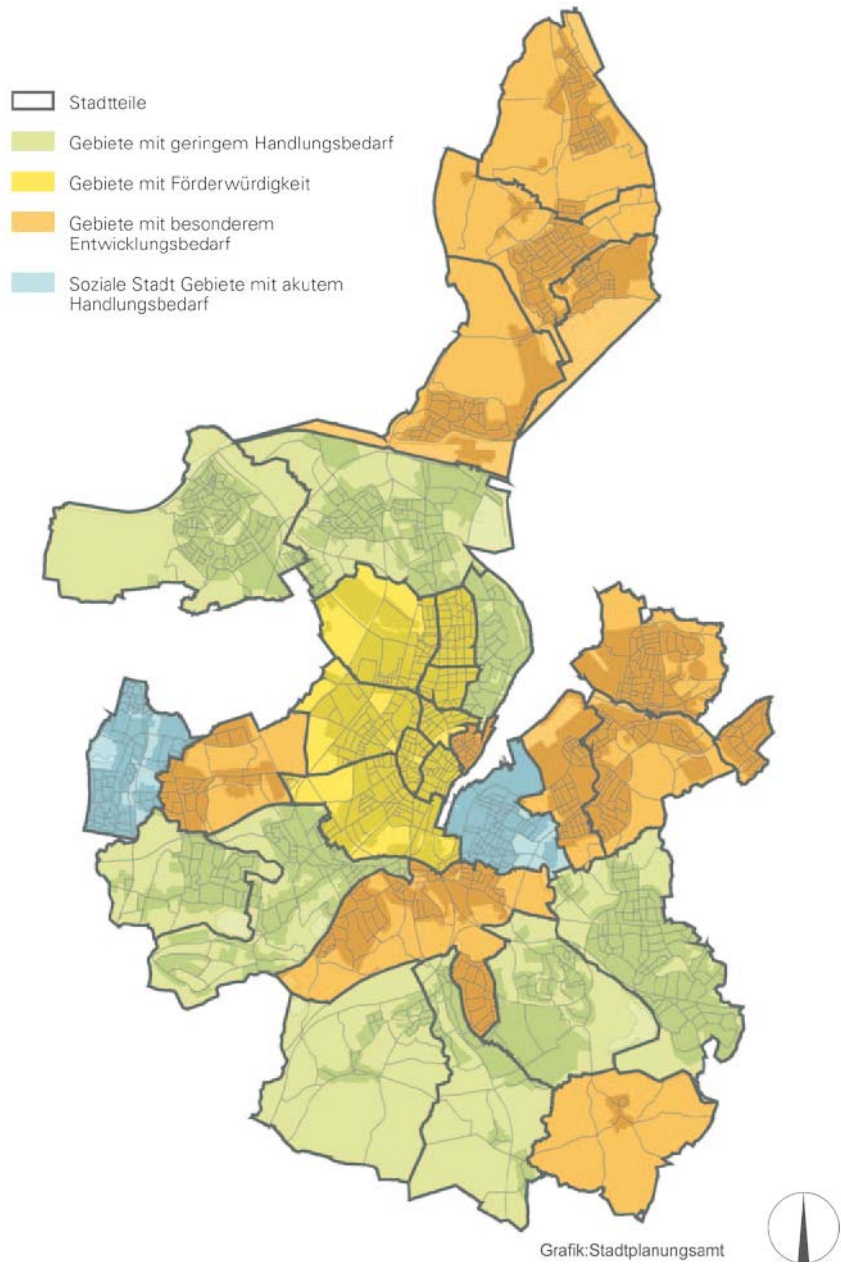
Wohnquartiere mit unterschiedlichen Handlungsbedarfen

Neben der rein numerischen Wohnungsmarkt bezogenen Betrachtung bedarf es einer Verschneidung mit sozialräumlichen Aspekten, um Handlungsbedarfe in den bestehenden Wohnquartieren zu lokalisieren.

Auf Basis der Ergebnisse der Stärken-Schwächen-Analyse für alle Stadtteile wurden die Stadtteile in Gebietstypen mit unterschiedlichen wohnungsmarktbezogenen Handlungsbedarfen eingeteilt. Für die Bildung der Gebietstypen wurden insbesondere die zentralen wohnungsmarktrelevanten Dimensionen Bevölkerungsentwicklung und -struktur, Haushaltsentwicklung und Art des vorhandenen Wohnungsangebotes herangezogen. Identifiziert wurden vier Gebietstypen:

Tabelle 13
Gebietstypisierung

GEBIETE MIT GERINGEM HANDLUNGSBEDARF	GEBIETE MIT FÖRDERWÜRDIGKEIT	GEBIETE MIT BESONDEREM ENTWICKLUNGSBEDARF	SOZIALE STADTGEBIETE MIT AKUTEM HANDLUNGSBEDARF
Wachsende Gebiete mit hohen Anteilen an Ein- und Zweifamilienhäusern	Innenstadtnahe Gebiete mit einer gemischten Baustruktur und überwiegend junger Bevölkerung	Alternde Gebiete mit einer gemischten Baustruktur	Soziale Stadt-Gebiete
Gebiete mit einer stabilen Entwicklung		Alternde Ein- und Zweifamilienhausgebiete	



Stadtteilbezogene Gebietstypisierung
(Abb. 27)

Neben den Sozialen Stadt-Gebieten Gaarden und Mettenhof mit akutem Handlungsbedarf haben sämtliche fördenahen Ostuferstadtteile sowie alle Stadtteile nördlich des Kanals besonderen Entwicklungsbedarf. Der Handlungsbedarf erstreckt sich neben Maßnahmen am Bestand und der Schaffung neuen Wohnraumes auch auf die Verbesserung der Qualität des gesamten Stadtteiles/Quartiers in den Bereichen Infrastruktur, Wohnumfeld und sozialräumliche Verhältnisse.

Barrierefreier Wohnraum

Die Landeshauptstadt Kiel entwickelt das Leitbild und die örtliche Teilhabeplanung für Menschen mit Behinderung weiter. Zentraler Begriff ist der der „Inklusion“, der auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben abzielt. Wohnen ist elementarer Teil davon. Deshalb unterstützt die Landeshauptstadt Kiel die Schaffung barrierefreien Wohnraums. Weiterhin ist der Blick auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung bei der Schaffung und Weiterentwicklung von betreuten Angeboten zu richten. Projekte generationsübergreifenden Zusammenlebens (z. B. Mehrgenerationenhäuser) sind aktiv zu begleiten.

Denkmalschutz

Innerhalb des Stadtgebietes werden Bereiche identifiziert, die aus stadtgestalterischer und denkmalpflegerischer Hinsicht eine erhaltenswerte Eigenart aufweisen und auf Grund ihrer städtebaulichen Gestalt zu erhalten sind.

Das können sein:

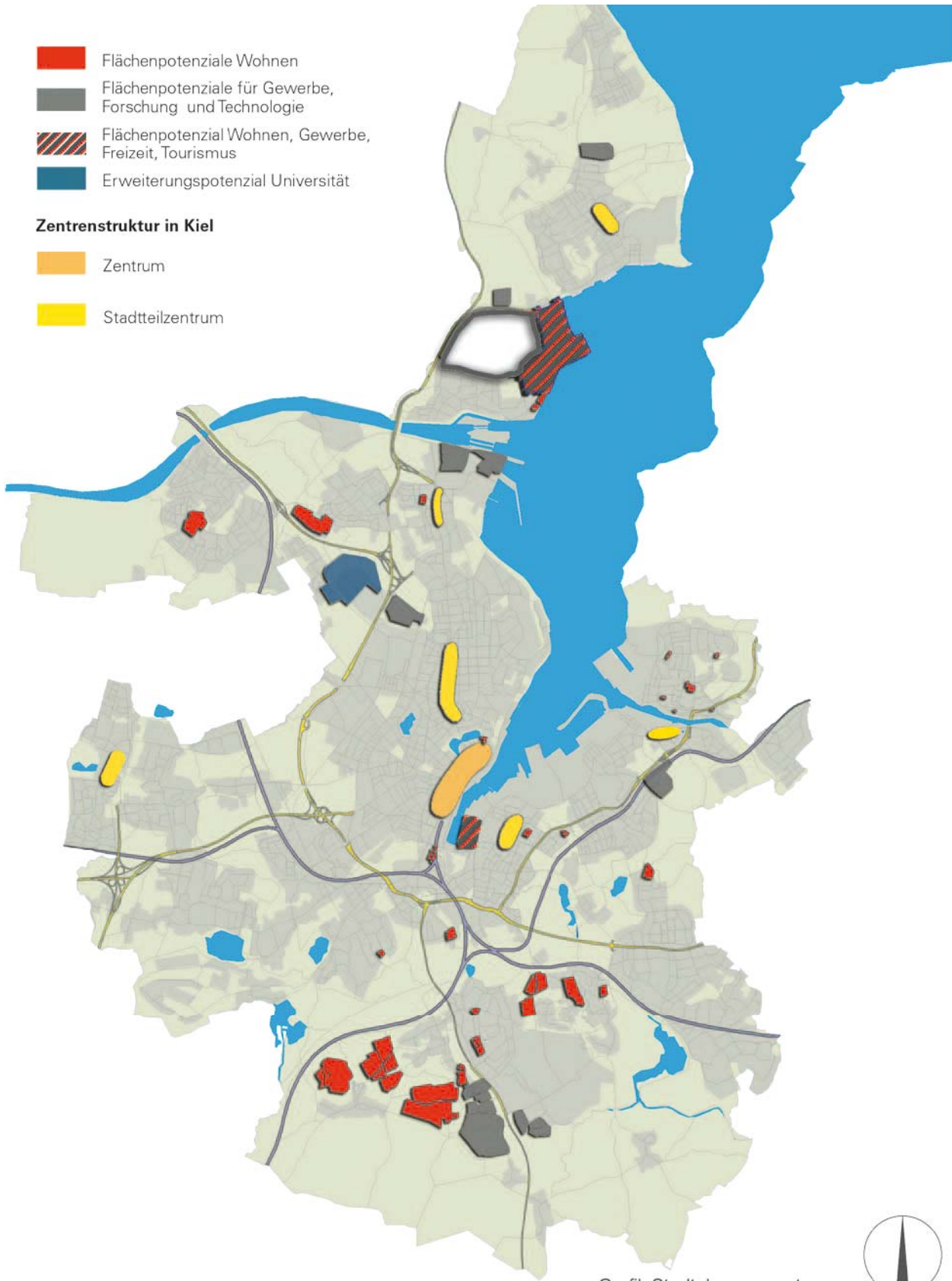
- gründerzeitliche Stadtteile (z. B. Blücherplatz, Kirnhofallee, Südfriedhof)
- Siedlungen der 1920er und 1930er Jahre (z. B. Hammer)
- Bereiche aus der Nachkriegszeit

Im Einzelnen wird dann geprüft, ob eine Unterschutzstellung dieser Bereiche gemäß Denkmalschutzgesetz in Kooperation mit dem Landesdenkmalamt oder nach Baugesetzbuch durch die Landeshauptstadt Kiel erfolgt.

Wohnen in Gründerzeithäusern
am Schrevenpark



HANDLUNGSSCHWERPUNKTE INNOVATIVE STADT (Abb. 28)



Grafik: Stadtplanungsamt



Zusammenfassung – Handlungsschwerpunkte Innovative Stadt (Tabelle 14)

STÄRKEN/CHANCEN	SCHWÄCHEN/RISIKEN	HANDLUNGSSCHWERPUNKTE
Wirtschaftsstandort Kiel		
<ul style="list-style-type: none"> → Kurzfristige Verfügbarkeit von Gewerbeflächen in teilweise hervorragender Lage mit guter Erschließung → Attraktives Umfeld → Umfangreiches, gut ausgebildetes Arbeitskräftepotenzial → Zukunftsorientierte Wirtschaftsbranchen → Arbeitsplatzangebot mit einer Vielzahl von modernen Arbeitsplätzen in unterschiedlichen Bereichen → Bestandspflege und erfahrener Gründerservice 	<ul style="list-style-type: none"> → Fehlendes Baurecht für neue Gewerbeflächen → Flächen für weiteres Gewerbe im Stadtgebiet eng begrenzt → Kooperation mit dem Umland schwierig und meist langwierig → Arbeitskräftepotenzial aufgrund der demografischen Entwicklung rückläufig → Qualifizierte Arbeitskräfte wandern wegen fehlender Arbeitsplätze ab → Regionale Standortbedingungen (hohe Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuern) 	<ul style="list-style-type: none"> → Unter Vorrang der Innenentwicklung für Unternehmen Flächen bereitstellen → Für Hochqualifizierte die Anzahl der Arbeitsplätze erhöhen → Entwicklungspotenzial der auf Wissen basierenden Bereiche nutzen → Stärkung der Innovationsfähigkeit durch Ausbau und Ansiedlung von Clustern (u. a. maritimes Cluster, Gesundheit / Medizintechnik, Tourismus) → Verbesserung der Standortbedingungen/Wirtschaftsförderungskonzept „Innovative & kreative Stadt“ erstellen → Interkommunale Gewerbegebiete fördern → Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch vielfältige Maßnahmen unterstützen
Einzelhandel und Entwicklung in der Stadt		
<ul style="list-style-type: none"> → Größte Einkaufstadt des Landes → Hohe Einkaufsattraktivität und Erlebnisvielfalt der Kieler Innenstadt → Gute Erreichbarkeit der Innenstadt durch ÖPNV, Bahn und Individualverkehr → Attraktive Nebenzentren → Nahversorgung in den Stadtteilen 	<ul style="list-style-type: none"> → Fußgängerzone weist funktionale und gestalterische Defizite auf → Konkurrenz auf der „grünen Wiese“ → Rückgang kleinerer Ladeneinheiten → Zunahme von Filialisten → Verödungsgefahr der Stadtteilzentren 	<ul style="list-style-type: none"> → Belebung der Innenstadt urban und vital → Stärkung der Innenstadt als Einkaufsstandort → Zentrenrelevante Sortimente nur in integrierten Lagen → Attraktivitätssteigerung der Innenstadt, u. a. Potenzial der Plätze (Asmus-Bremer-Platz, Europa-Platz, Rathausplatz) nutzen → Erlebbarkeit der Förde in der Innenstadt erhöhen → Sicherstellung und Verbesserung der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs in den Stadtteilen
Wissenschaftsstandort Kiel		
<ul style="list-style-type: none"> → Einzige Voll-Universität in Schleswig-Holstein → Sitz bedeutender Institutionen → Keine Studiengebühren → Exzellenz-Cluster → Veranstaltungsort für Hochschulkongresse → Forschungsstandort 	<ul style="list-style-type: none"> → Konkurrenz mit Universität Lübeck 	<ul style="list-style-type: none"> → Kiel als Wissenschaftsstandort weiter stärken/ausbauen → Kiel als Sitz bedeutender Bildungs- und Forschungseinrichtungen weiterentwickeln/fördern → Angebote der Aus- und Weiterbildung den veränderten Anforderungen anpassen
Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft		
<ul style="list-style-type: none"> → Zahlreiche Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft → Gute Ausbildung von Fachkräften 	<ul style="list-style-type: none"> → Fehlende Arbeitsplätze für Fachkräfte → Kooperationen nicht in allen Bereichen 	<ul style="list-style-type: none"> → Kooperationen von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft unterstützen → Unternehmensneugründungen unterstützen
Wohnen – Kiel als Wohnstandort		
<ul style="list-style-type: none"> → Positive Einwohnerentwicklung – erhöhte Nachfrage → Förde als Wohnstandortfaktor → Ausreichend Wohnbauland im Saldo vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> → Förde als Wohnstandortfaktor zu wenig verfügbar → Neubautätigkeit ist zu gering → Baulandpotenzialen nicht in allen Stadtteilen ausreichend verfügbar, Engpass in den Stadtteilen nördlich des Kanals → Großer Bedarf an preisgünstigem Wohnraum → Akuter Handlungsbedarf in Gaarden und Mettenhof 	<ul style="list-style-type: none"> → Anpassung des vorhandenen Wohnungsbestandes an die heutige und zukünftige Wohnungsnachfrage → Barrierefreie Wohnungsangebote → Steigerung der Neubautätigkeit im Siedlungsgebiet → Attraktiver Wohnstandort für Senioren/ Seniorinnen werden → Kinder- und familienfreundliche Wohngebiete entwickeln → Preisgünstigen Wohnraum sichern und schaffen → Strategische Wohnbaulandpolitik zur Innenentwicklung betreiben → Wohnquartiere und Stadtteilzentren aufwerten

Entwicklungsschwerpunkte

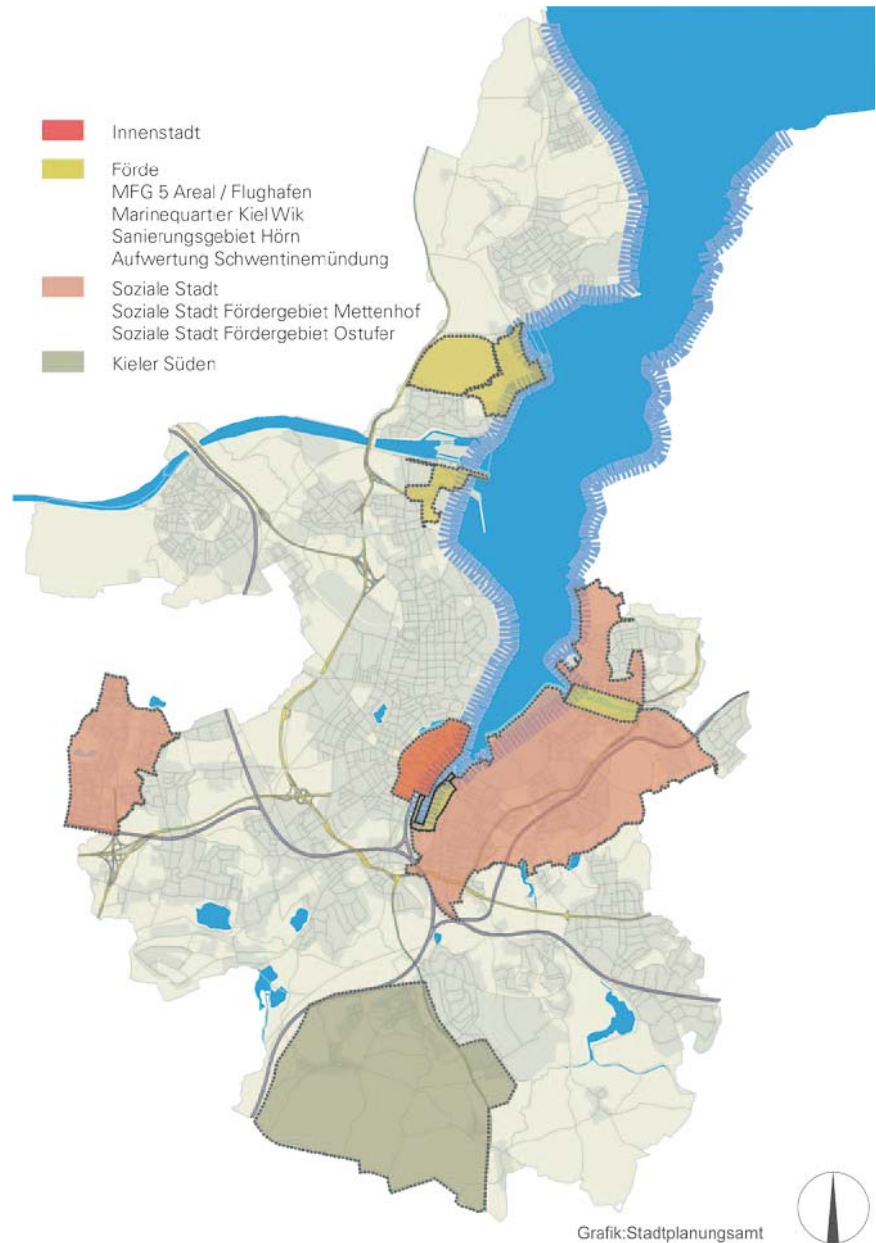


Um die räumlichen Entwicklungsschwerpunkte zu bestimmen, werden die in den thematischen Karten (Abbildung 8, 10, 18, 19, 20 und 28) abgebildeten Handlungsschwerpunkte zusammengeführt.

Aus der nebenstehenden Abbildung lassen sich die Entwicklungsschwerpunkte wie folgt zusammenfassen:

- Soziale Stadt-Gebiete
- Innenstadt
- Kieler Süden
- Kieler Förde
- Netz-Infrastruktur

In diesen Entwicklungsschwerpunkten wird die Stadt vorrangig tätig, um einerseits die Benachteiligungen und Mängel zu beheben und andererseits ihre Potenziale und Alleinstellungsmerkmale in Wert zu setzen.



Schwerpunkte integrierter Stadtentwicklung (Abb. 29)

Soziale Stadt-Gebiete Ostufer und Mettenhof

Vertiefungsbereiche

Seit der Aufnahme der benachteiligten Stadtgebiete in das Programm Soziale Stadt findet durch verschiedene Konzepte und Maßnahmen integrierte Stadtteilentwicklung statt (s. Kapitel Soziale Stadt). Auf dem Ostufer wurde zudem ein Teil der benachteiligten Stadtgebiete (Gaarden-Ost, Ellerbek, Wellingdorf und Teile von Neumühlen-Dietrichsdorf) durch die EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II als förderungswürdig anerkannt.

Ziel der integrativen Stadtentwicklung in den Soziale Stadt-Gebieten ist die Schaffung einer städtischen Infrastruktur, die durch Verknüpfung der unterschiedlichsten Maßnahmen die sozialen Problemlagen der Bewohnerinnen und Bewohner, der Kinder und Jugendlichen nachhaltig verbessert. Flankiert wird dies durch nicht-investive Maßnahmen, die u. a. auch die ökonomischen Problemlagen der Bevölkerung verbessern helfen. Durch die Berücksichtigung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen sollen Bildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen sowie die lokale Wirtschaft gestärkt werden. Die Förderung von Projekten umfasst Wohnen und Wohnumfeld, Ökologie, Stadtteileben, Kultur und Freizeit sowie Sozialwesen und wirtschaftsflankierende Maßnahmen.

Inhaltlich sollen die Prioritäten – mit Blick auf die sozialen Problemlagen – im Bereich Kinderbetreuung (Kindertageseinrichtungen) und Bildung (Schulen) liegen. Räumlich betrachtet hat das Investitionsgebiet Gaarden aufgrund der sozialen Problemdichte erheblichen Handlungsbedarf. Da Gaarden ein hochverdichteter Stadtteil mit u. a. vergleichsweise vielen kleinen Wohnungen, einem hohen Anteil von Altbauwohnungen und mit kaum Wohnungen für größere Familien ist, sind Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnens und des Wohnumfeldes notwendig. Flankierend sind – mit Blick auf die spezifischen ökonomischen Problemlagen – wirtschaftsfördernde Maßnahmen (Bestandspflege, Existenzgründungsberatung, Ansiedlungsunterstützung etc.) erforderlich, die gebündelt von einem neuen Wirtschaftsbüro Gaarden wahrgenommen werden sollen (Förderung lokaler/ethnischer Ökonomie).

Schlüsselprojekte

Einrichtung von gebundenen Ganztagschulen:

- Gaarden: Hans-Christian-Andersen-Schule
- Mettenhof: Schule am Heidenberger Teich

Bau/Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen:

- Gaarden-Ost: Neubau der Kita im Gustav-Schatz-Hof
- Gaarden-Süd: Ausbau des Kinderhauses Mühlenteich

Infrastrukturelle Maßnahmen

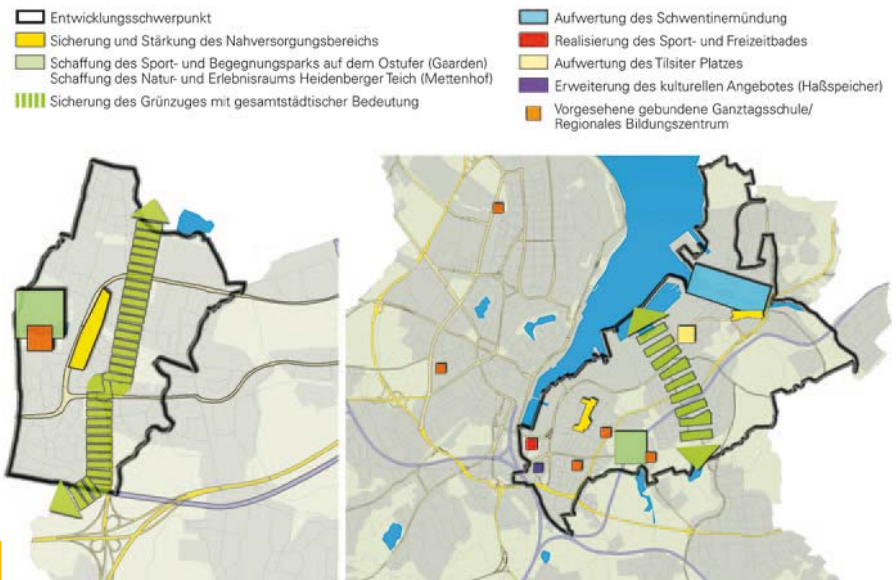
- Realisierung des Sport- und Begegnungsparks auf dem Ostufer (für alle Generationen) mit Restrukturierung des Areals Freibad Katzheide
- Natur- u. Erlebnisraum Heidenberger Teich, 1. BA: Freizeit- und Bewegungspark
- Natur- u. Erlebnisraum Heidenberger Teich, 2. BA: Natur- und Erlebnisraum
- Natur- u. Erlebnisraum Heidenberger Teich, 3. BA: Schulhofumgestaltung Bildungszentrum Mettenhof (BZM)
- Schulhofumgestaltung Max-Tau-Schule in Mettenhof
- Sanierung und Nutzung des Haß-Speichers in Gaarden

Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Wohnungsmarktkonzeptes

- Quartiersentwicklung Ellerbek-Wellingdorf inkl. der Umgestaltung Tilsiter Platz
- Attraktivitätssteigerung Vinetaplatz
- Ausbau des Grünzuges Ida-Hinz-Park / Brook / Schwarzlandwiese

Nicht-investive Maßnahmen

- Wirtschaftsbüro Gaarden



links: Entwicklungsschwerpunkt Mettenhof (Abb. 30)

rechts: Entwicklungsschwerpunkt Gaarden (Abb. 30a)

Innenstadt

Vertiefungsbereiche

Die Innenstadt wird aktuell den Ansprüchen an eine vitale Mitte einer Landeshauptstadt nicht gerecht. Neben großflächigen Ansiedlungen von Einzelhandel am Stadtrand hat die erstarkende regionale Konkurrenz im Bereich des Einkaufens den Einzelhandelsumsatz in der Kieler Innenstadt sinken lassen.

Eine weitergehende Beeinträchtigung lässt die Realisierung neuer derartiger Vorhaben in den Nachbargemeinden befürchten. Darüber hinaus präsentieren sich zunehmend Bereiche im Zentrum nicht mehr zeitgemäß. Untergenutzte, teilweise verunstaltete Flächen und Immobilien sowie erneuerungsbedürftige Plätze und Wege bilden den aufwertungsbedürftigen urbanen Raum. Die Ratsversammlung hat im Oktober 2009 das Rahmenkonzept „Perspektiven für die Kieler Innenstadt“ beschlossen.

Die Vielfältigkeit der Innenstadt gilt es, zu erhalten und durch die Realisierung von wichtigen Impulsprojekten und Initiativen zu stärken. Mit dem nunmehr vorliegenden Rahmenkonzept (Drs. 0760/2009) ist für die nächsten fünf Jahre sowohl für die öffentliche Hand als auch für die Privaten eine verlässliche Entscheidungsgrundlage für die Entwicklung der Kieler Innenstadt geschaffen worden. Hierbei haben sich folgende Vertiefungsbereiche herauskristallisiert:

- Bootshafen, Karstadt, Leik
- Mittlere Holstenstraße
- Schloss und Umfeld
- ZOB und Bollhörnkai
- Alte Feuerwache

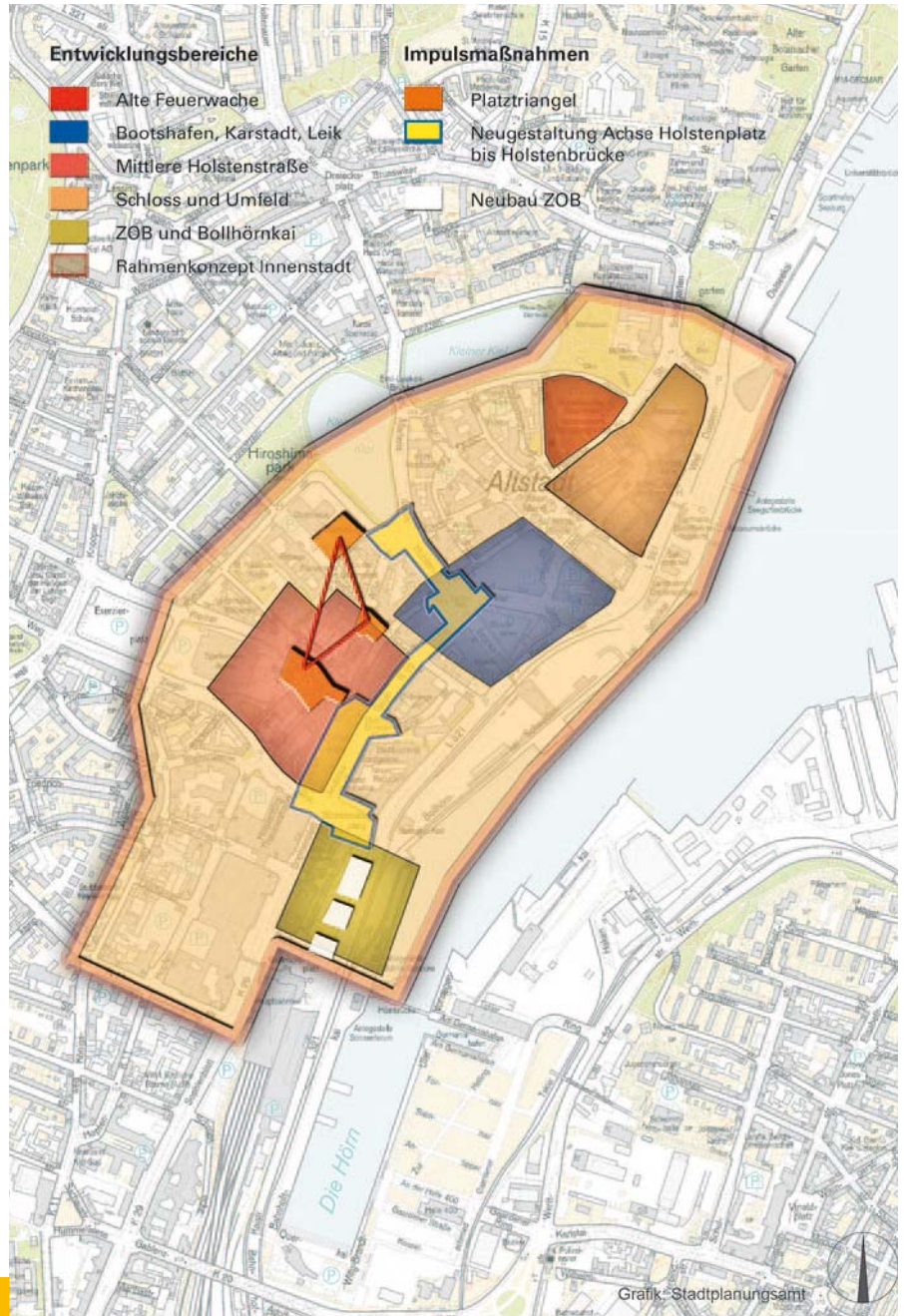
Schlüsselprojekte

- Aufwertung und Bespielung der Platztriangel (Rathausplatz/Asmus-Bremer-Platz/Europaplatz)
- Forum Innenstadt – Fachliche Begleitung der Innenstadtentwicklung
- Neugestaltung der Achse Holstenplatz bis Holstenbrücke
- „Kultur im Quartier am Schloss“ mit Konzert- und Kongressmöglichkeiten sowie die Erweiterung des Stadt- und Schifffahrtsmuseums
- Neubau ZOB/Bollhörnkai

Kieler Süden

Vertiefungsbereiche

Gemäß den landes- und regionalplanerischen Zielsetzungen zur langfristigen Flächensicherung und Bereitstellung von Wohnbau- und Gewerbeflächen wurden im Flächennutzungsplan 2000 in den Ortsteilen Neumeimersdorf, Meimersdorf/Moorsee und Wellsee große Flächenpotenziale für Wohnungsbau und gewerbliche Nutzung ausgewiesen. Der gesamtstädtische Bedarf für diese Nutzungen wurde und wird in erheblichem Maße mit diesen Flächenpotenzialen gedeckt. Damit verbunden sind der Ausbau der verkehrlichen Infrastruktur und Maßnahmen der Landschaftspflege.



Entwicklungsschwerpunkt
Innenstadt (Abb. 31)

Schwerpunkt der Planung war zunächst die Erschließung des Neubaugebietes „Neumeimersdorf“. Die Realisierung dieses Siedlungsbereiches ist nunmehr weitgehend abgeschlossen. Die Baugebiete entlang der B404/A21 sind in Teilbereichen fertiggestellt. Mit der Erschließung der Siedlungseinheit „Meimersdorf Feld“ wird zur Zeit die Entwicklung weiterer Wohnbauflächen am Kieler Weg vorbereitet und zum Teil realisiert. Die östlich und westlich von Meimersdorf vorgesehenen Siedlungsbereiche sind auf eine langfristige Planung und Realisierung abgestellt.

Im Flächennutzungsplan (Fassung 2000) ist das südwestlich der B404/A21 liegende Areal überwiegend als Sonderbaufläche – Forschung und Technologie – dargestellt. Auf ca. 40 ha sind in diesem Bereich Flächen für hochspezialisierte Betriebe vorgesehen, deren Ansiedlung in herkömmlichen Gewerbe- und Industriegebieten nur bedingt möglich ist.

Im Zuge des Ausbaus der B404 zur BAB A21 stehen hier künftig entlang dieser überregionalen Hauptverkehrsachse über die zugeordneten Straßen Wellseedamm, Soldiekswall und Edisonstraße erschlossene Flächenpotentiale zur Verfügung, die für eine sukzessive Gebietsentwicklung vorgehalten werden können. Aus dieser Lagegunst lassen sich bevorzugte Nutzungen ableiten, die bedarfsorientiert und konzeptionell über das bisher vorgesehene Nutzungsspektrum des Flächennutzungsplanes hinausgehen und die durch das beauftragte gesamtstädtische Einzelhandelskonzept konkretisiert werden sollen.

Mit der Neuaufstellung des Einzelhandelskonzeptes sollen aktuelle Aussagen zur bestehenden und künftigen Versorgungsstruktur der Gesamtstadt formuliert werden, insbesondere zum Thema Nahversorgungs- und Fachmarktstandorte. Das Ergebnis dieser Untersuchung wird die Grundlage für eine vertiefende Fortschreibung der vorliegenden Bereichsentwicklungsplanung im Kieler Süden bilden.

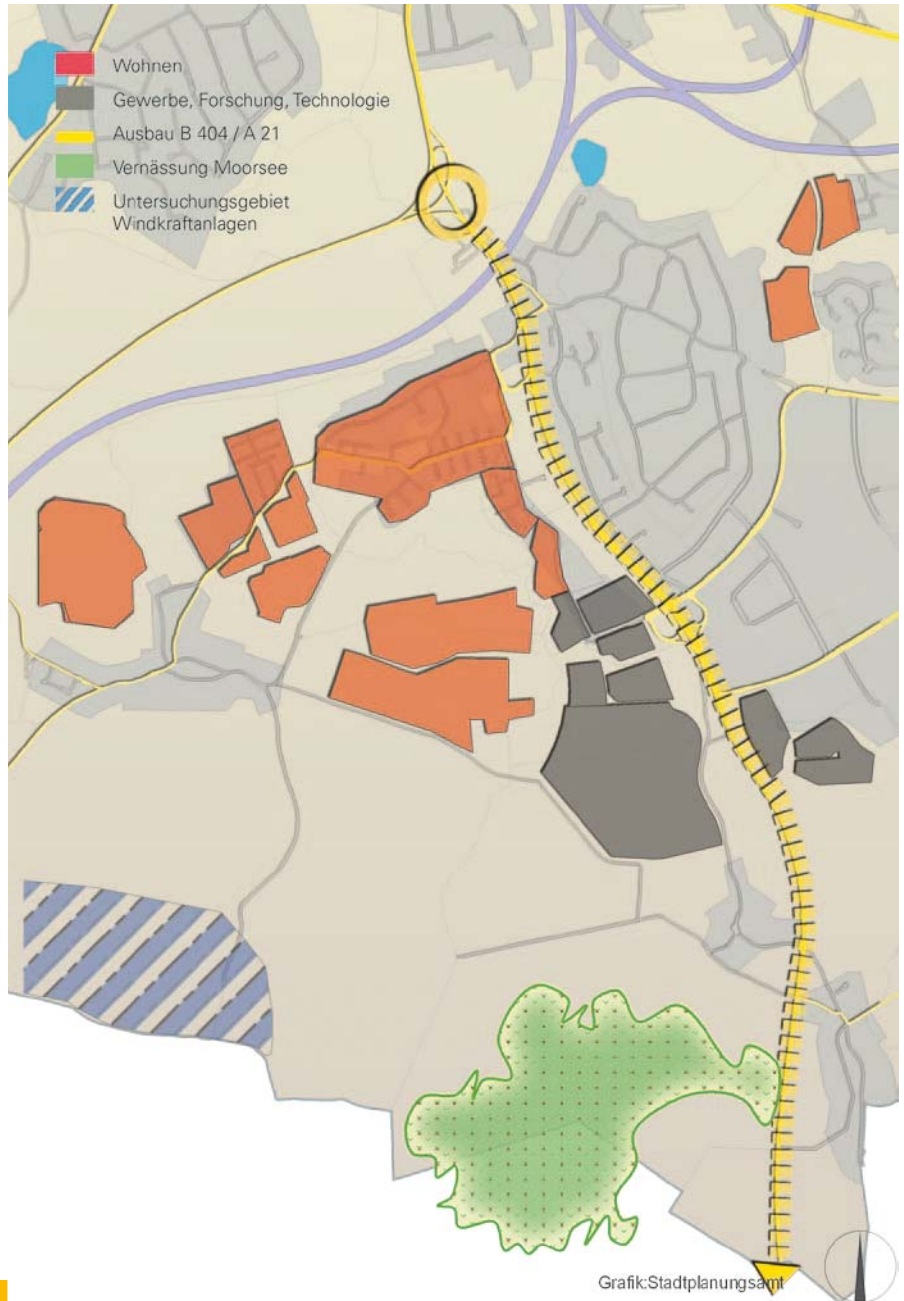
Schlüsselprojekte

- Schrittweise Weiterentwicklung der Bereitstellung von Wohnbauflächen in Meimersdorf und Wellsee
- Entwicklung von Bauflächen für Gewerbe, Forschung und Technologie
- Wiedervernässung Moorsee
- BürgerWindPark südlich Meimersdorf

Kieler Förde

Vertiefungsbereiche

Die Kieler Förde erstreckt sich als Teil der Kieler Bucht mit über 18 km Länge bis ins Zentrum der Stadt und ist neben dem Nord-Ostsee-Kanal (NOK) das identitätsstiftende Merkmal der Landeshauptstadt Kiel. An den Ufern gibt es ein Nebeneinander der unterschiedlichsten Nutzungen: Hafen mit den Schwerpunkten Güterumschlag, Fähr- und Kreuzfahrtbetrieb sowie zahlreichen Sportboothäfen, Schiffbau, Bundesmarine, Wohnen, Freizeit und Erholung.



Entwicklungsschwerpunkt
Kieler Süden (Abb. 32)

Durch Struktur- und Nutzungswandel der Fördeuferbereiche gibt es zahlreiche Veränderungen, z. B. beim Freiwerden von Militärflächen. So soll das Marinefliegergeschwader 5, Holtenau (MFG 5) 2012 von Kiel nach Nordholz verlegt werden. Falls dies nicht verhindert werden kann, entstünde hier ein Entwicklungspotential mit großer Bedeutung für die Gesamtstadt. Ferner stehen Teile des Marinequartiers Wik weiterhin zur Konversion an.

Im Areal des ehemaligen Anschar-Krankenhauses sind bereits neue Wohnflächen, Parkanlagen und Wegeverbindungen entstanden, die den südlichen Teil des Grünzugs Schleusenpark markieren, der das Rückgrat des Quartiers bildet und die Verbindung bis an die Schleusen des NOK schaffen soll. Die Kombination von Wohnen und Arbeiten, Marine und Erholungsnutzung mit einer Vielzahl von Baudenkmalen gibt dem Areal eine einmalige Prägung.

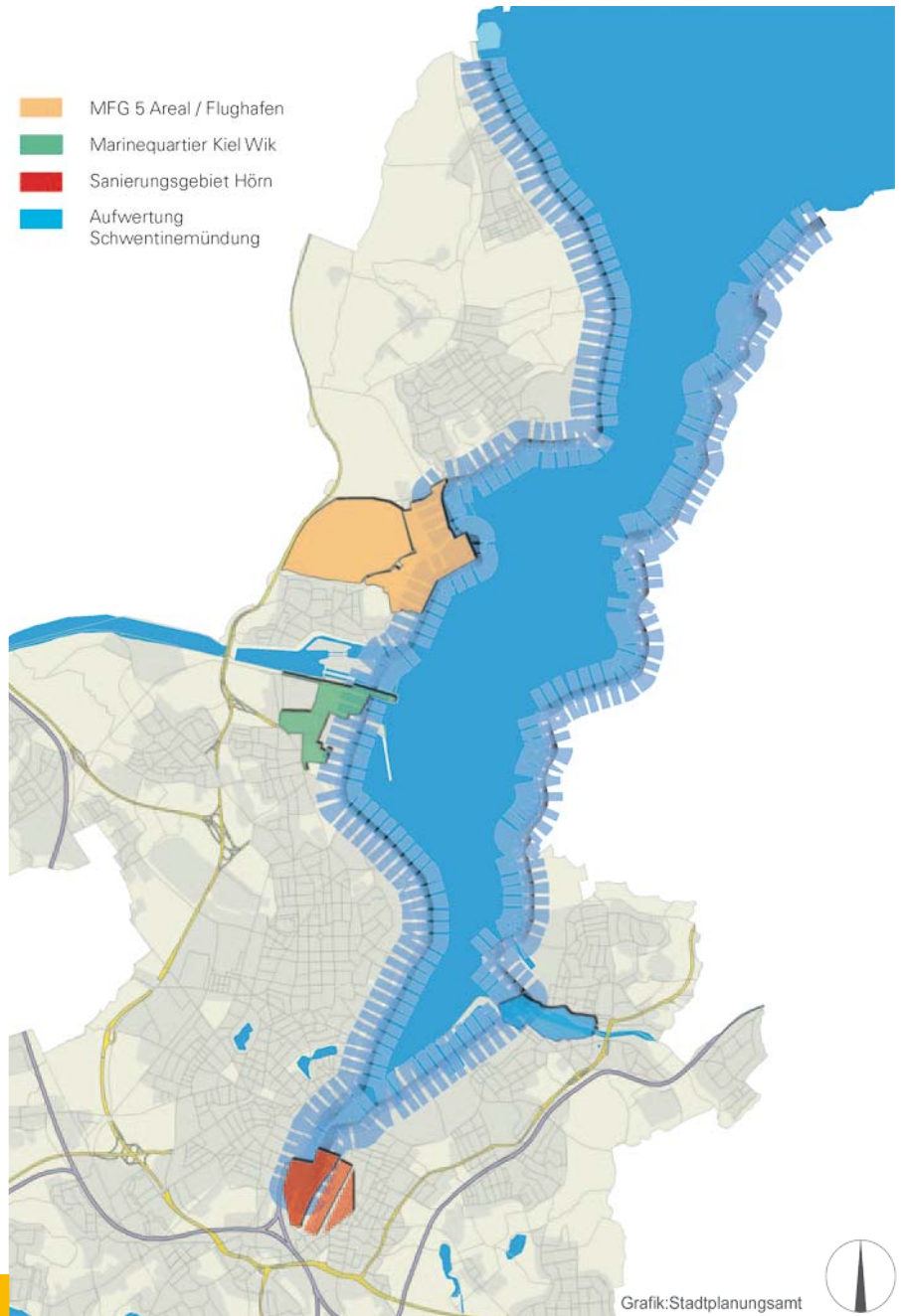
Mit dem Atelierhaus für Künstlerinnen und Künstler im Anschargelände wird in diesem Jahr ein weiterer Meilenstein realisiert. Eines der wichtigsten denkmalgeschützten Gebäude am Südrand des Geländes wird hierdurch als Bauwerk gesichert und für eine Nutzung hergerichtet, die durch ihre besondere Prägung den öffentlichen Charakter des angrenzenden neuen Anscharparks als Teil des Schleusenparks betont.

Mit einer Fläche von 25 ha ist die Kai-City Kiel ein bedeutendes Stadtentwicklungsprojekt des Landes Schleswig-Holstein auf Gaardener Gebiet und die Nahtstelle zwischen dem Ost- und Westufer. Mit der Entwicklung der Kai-City können wichtige städtebauliche Impulse für das Ostufer und Gaarden gesetzt werden, insbesondere wenn es gelingt, den Wohnanteil dort zu erhöhen. In direkter Fördelage und unmittelbarer Nähe zur Innenstadt können hier Wohn- und Gewerbeflächen mit 30.000 m² Grundstücksfläche bebaut werden. Den Rahmen bildet der städtebauliche Rahmenplan. Danach sind folgende weitere Nutzungen möglich: 4-Sterne-Tagungs- und Kongresshotel, Handelseinrichtungen, Dienstleistungsgewerbe, Wellness-, Fitness- und Gesundheitsprojekte, Gastronomie, kleine Läden zur Gebietsversorgung, maritimes oder medizinisches Gewerbe mit Büros oder Wohnungen in den Obergeschossen.

Städtisches Gesamtziel ist es, die Attraktivität der Förde und ihrer Uferbereiche zu steigern, ohne dabei die vielfältigen Wechselwirkungen und die biologisch-ökologische Leistungsfähigkeit als Natur- und Landschaftsraum zu vernachlässigen. Der große Wert der Förde bietet der Kieler Bevölkerung Einmaliges: Einen Hafen mitten in der Stadt und von grünen Landschaftssäumen umrahmte Strände in unmittelbarer Nachbarschaft dazu. Es entstehen allerdings auch Nachbarkonflikte durch unterschiedliche Nutzungen. Der Grundsatz „Keine Verringerung der Zugangsmöglichkeiten der Öffentlichkeit zur Förde“ wird bei allen Planungen zu Grunde gelegt.

Schlüsselprojekte

- Entwicklung der Rahmenplanung Kieler Förde
- Bau eines Sport- und Freizeitbads im Hörnbereich
- Bau eines Traditionshafens an der Hörn
- Rahmenplanung MFG 5 unter Einbeziehung des Flughafens
- Entwicklung der Festung Friedrichsort



Entwicklungsschwerpunkte
an der Förde (Abb. 33)

- Planung eines gemischtgenutzten Marinequartiers Wik mit Gewerbeflächen (maritimes Cluster) in Fördelage (Scheerhafen)
- Fortsetzung der Aufwertung der Schwentinemündung
- Gemeinsame Bewerbung und Ausrichtung einer Gartenschau oder eines vergleichbaren Großprojektes mit Wasserbezug in der Förderegion mit zusätzlicher internationaler Ausrichtung entlang der skandinavischen Fährlinien (z. B. Kopenhagen, Göteborg, Oslo, Malmö)
- Schaffung eines Edutainment-Angebotes unter Einbeziehung des Fördewanderwegs als Lern- und Erlebnispfad zwischen HDW und Mönkeberg (Industriepfad)

Netz-Infrastruktur

Vertiefungsbereiche

Die Ver- und Entsorgungseinrichtungen innerhalb des Stadtgebiets sind überwiegend ausreichend dimensioniert. Die Landeshauptstadt Kiel muss dafür Sorge tragen, dass die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen in funktionsfähigen Zustand bleiben. Die Aufrechterhaltung und bedarfsgerechte Anpassung der Netzinfrastruktureinrichtungen (z. B. Abwasserversorgungsanlagen) ist zur Sicherung des Lebens- und Wirtschaftsraumes notwendig.

Die Landeshauptstadt Kiel verfügt ferner über ein leistungsfähiges, überregional angeschlossenes Straßen- und Eisenbahnnetz. Das ÖPNV-Angebot in Stadt und Region wird durch eine soweit mögliche Angebotsausweitung optimiert. Kernstück soll dabei die StadtRegionalBahn sein.

Vor über 15 Jahren wurden in Wohngebieten flächendeckend Tempo 30-Zonen eingerichtet. Mit der Einführung von Schulwegsicherungsprogrammen und dem Ausbau des Veloroutennetzes wurde die Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer erhöht. Die Sicherstellung der Mobilität im Nahbereich ist durch konsequente Fortführung von Verkehrssicherheitsprojekten wie Ausbau von Velorouten zu ermöglichen.

Die Handlungsschwerpunkte haben aufgezeigt, dass die Klimaschutzstadt Kiel die Förderung des Umweltverkehrsverbundes und eine dezentrale Energieversorgung vorantreiben soll.

Schlüsselprojekte

- Realisierung der StadtRegionalBahn
- Ausbau des stadtteilverbindenden Veloroutennetzes
- Dezentrales Energieversorgungskonzept planen und umsetzen

Zusammenfassung – Schlüsselprojekte der Entwicklungsschwerpunkte (Tabelle 15)

SOZIALE STADT-GEBIETE	INNENSTADT	KIELER FÖRDE	KIELER SÜDEN	NETZ-INFRASTRUKTUR
<ul style="list-style-type: none"> → Gaarden: Hans-Christian-Andersen-Schule – Einrichtung einer Ganztags-schule → Mettenhof: Schule am Heidenberger Teich– Einrichtung einer Ganztags-schule → Gaarden-Ost: Neubau der Kindertageseinrichtung im Gustav-Schatz-Hof → Gaarden-Süd: Ausbau des Kinderhauses Mühlenleiteich → Realisierung des Sport- und Begegnungspark auf dem Ostufer (für alle Generationen) mit Restrukturierung des Areals Freibad Katzeheide → Realisierung des Freizeit- und Bewegungs-raums Heidenberger Teich in 3 Bauabschnitten → Schulhofumgestaltung Max-Tau-Schule, Mettenhof → Quartiersentwicklung Ellerbek-Wellingdorf einschließlich der Umgestaltung Tilsiter Platz → Attraktivitätssteigerung Vinetaplatz → Ausbau des Grünzuges Ida-Hinz-Park/Brook/Schwarzlandwiese → Sanierung und Nutzung des Haß-Speichers, Gaarden → Wirtschaftsbüro Gaarden 	<ul style="list-style-type: none"> → Aufwertung und Bespielung der Platz-triangel (Rathausplatz/ Asmus-Bremer-Platz/ Europaplatz) → Neugestaltung der Achse Holstenplatz bis Holstenbrücke → Forum Innenstadt → „Kultur im Quartier am Schloss“ mit Konzerten und Kongressmöglichkeiten sowie die Erweiterung des Stadt- und Schifffahrtsmuseums → Neubau ZOB/Bollhörnkai 	<ul style="list-style-type: none"> → Entwicklung der Rahmenplanung Kieler Förde → Rahmenplanung MFG 5 unter Einbeziehung des Flughafens → Entwicklung der Festung Friedrichsort → Planung eines gemischtgenutzten Marinequartiers Wik mit Gewerbeflächen (maritimes Cluster) in Fördelage (Scheerhafen) → Fortsetzung der Aufwertung der Schwentinemündung → Bau eines Traditionshafens an der Hörn → Bau eines Sport- und Freizeibads im Hörnbereich → Schaffung eines Edutainment-Angebotes unter Einbeziehung des Fördewanderweg als Lern- und Erlebnispfad zwischen HDW und Mönkeberg → Gemeinsame Bewerbung und Ausrichtung einer Gartenschau oder eines vergleichbaren Großprojekts mit Wasserbezug in der Förderegion mit zusätzlicher internationaler Ausrichtung entlang der skandinavischen Fährlinien (Kopenhagen, Göteborg, Oslo, Malmö) 	<ul style="list-style-type: none"> → Schrittweise Weiterentwicklung der Bereitstellung von Wohnbauflächen in Meimersdorf und Wellsee → Entwicklung von Bauflächen für Gewerbe, Forschung und Technologie → Wiedervernässung Mooree → Interkommunaler BürgerWindPark Flintbek → Kiel-Meimersdorf 	<ul style="list-style-type: none"> → Realisierung der Stadt-RegionalBahn → Ausbau des Stadtteilverbindenden Veloroutennetzes → Dezentrales Energieversorgungskonzept planen und umsetzen

Neuordnung der beruflichen Schulen zu Regionalen Bildungszentren (RBZ) an drei Standorten

Weitere Vorgehensweise



Vorbemerkung

Das vorliegende INSEKK wurde unter Berücksichtigung vieler Fachkonzepte aus den unterschiedlichen Bereichen der Landeshauptstadt Kiel erstellt. Die bislang erarbeiteten sektoralen Handlungsschwerpunkte bedürfen der Vertiefung und Weiterentwicklung. Dabei zeichnet sich ab, dass für Teilräume der Landeshauptstadt Kiel die Erstellung Integrierter Stadtentwicklungskonzepte unerlässlich ist. Bei der Entwicklung dieser Konzepte wird die Beteiligung der Ortsbeiräte sichergestellt.

Strategisches Flächenmanagement

Die gesamtstädtische räumliche Planung der Landeshauptstadt Kiel ist in grundlegenden Zügen im Flächennutzungsplan und im Landschaftsplan dargestellt. Diese Rechtspläne gewährleisten die rechtliche Sicherung der Flächen im Stadtgebiet für alle raumbedeutsamen Nutzungen. Aufgabe des strategischen Flächenmanagements ist es, insbesondere die Flächenbedarfe der Handlungs- und Entwicklungsschwerpunkte zur Umsetzung der strategischen Oberziele zu bilanzieren und ggf. durch Änderung des Flächennutzungsplans zu sichern. Handlungsinstrument ist das Nachhaltige Flächenmanagement Kiel (Drs. 0356/2009).

Instrumente der Stadtentwicklung

Monitoring

Im laufenden Prozess wird das Monitoring als Instrument der Integrierten Stadtentwicklung eingesetzt. Sozialraum- und Wohnungsmarktbeobachtung sowie die Berücksichtigung von Umwelt und Natur werden damit zur Basis der nachhaltigen Entwicklung.

Operatives Flächenmanagement

Das Nachhaltige Flächenmanagement Kiel (NFK) wird dabei ein weiteres Instrument der Stadtentwicklung sein. Durch aktives Flächenmanagement werden die Bedarfe für Wohnen, Gewerbe und Sondernutzungen nachhaltig gedeckt.

Evaluierung und Controlling

In regelmäßigen Zeitabständen ist die Evaluierung des INSEKK durchzuführen, um das Erreichen der angestrebten Ziele zu überprüfen. In diesem Zusammenhang wird das Controlling als ein Steuerungs- und Planungsinstrument eingesetzt. Gleichzeitig sind bei der Ausarbeitung der Planungen und Maßnahmen Ziele und Kennzahlen für den Wirkungsorientierten Haushalt zu entwickeln. Die Erfolgskontrolle spielt bei der Aktualisierung des INSEKK ebenso eine Rolle wie sich ändernde Rahmenbedingungen.

Umsetzungsstrategien

Die Landeshauptstadt Kiel wird bei der Umsetzung die folgenden Strategien anwenden:

Beteiligungsprozesse

Der Austausch mit allen Akteuren der Stadtentwicklung – der Bevölkerung, der Wirtschaft, der Politik und der Verwaltung – ist für die Entwicklung von Grundlagen und Konzepten entscheidend. Bei Planungen sollen auf die jeweilige Aufgabenstellung maßgeschneiderte Partizipationsprozesse durchgeführt werden.

Gender Mainstreaming

Sämtliche Planungen sind hinsichtlich ihrer (Aus-)Wirkungen und Folgen auf Frauen und Männer zu betrachten. Das setzt unter anderem eine Analyse der Ausgangssituation, geschlechtsspezifische Datenerhebung – soweit machbar – und die Entwicklung möglicher Handlungsalternativen voraus. Bei allen Fragestellungen, Planungen, Zielsetzungen und bei der Umsetzung von Ideen sind daher die Aspekte des Gender Mainstreaming zu berücksichtigen.

Qualitative anstatt rein quantitative Ansiedlungsstrategie

Es gilt, das Bewusstsein für Werte und für das Besondere des Ortes zu schärfen. Diese einzigartigen Standortqualitäten müssen herausgearbeitet werden, um im Wettbewerb der Städte und Regionen bestehen zu können und die vorhandenen Alleinstellungsmerkmale bei der Darstellung als lebenswerte Stadt zu nutzen (Adressenbildung).

Aktive Bodenmarktpolitik

Der gezielte Erwerb stadtentwicklungsrelevanter Flächen, wie z. B. in den definierten Entwicklungsschwerpunkten, kombiniert mit einer effizienten Projektsteuerung soll die Umsetzung von Projekten beschleunigen. Zeitlich parallel verlaufende Entwicklungen von Baugebieten mit ähnlichem Nutzungsspektrum können die Handlungsposition der Stadt gegenüber Investoren, Entwicklern und Bauherren schwächen; vor allem, wenn der jeweilige Bedarf die Vermarktung mehrerer Baugebiete nicht zulässt. Dies erscheint gerade dann problematisch, wenn Standorte mit ungleichen Voraussetzungen einer Vermarktung zugeführt werden. So werden Realisierungen im Bestand oder auf Brachen zumeist höhere Erschließungskosten als Entwicklungen am Stadtrand aufweisen. Eine sukzessive, bedarfsorientierte Entwicklung ist daher anzustreben.

Sicherung von stadtgestalterischen und hochbaulichen Qualitäten

Zeitlose, langwährende Standortqualität lässt sich nur über hohe Gestaltqualität sichern bzw. schaffen. Daher soll versucht werden, bei der Entwicklung bedeutender Standorte und prominenter Lagen im Stadtgebiet qualitätsstiftende Verfahren wie z. B. städtebauliche und hochbauliche Wettbewerbe oder Grundstücksvergaben mit Gestaltungsvorgaben (Gestaltungshandbücher) durchzuführen. Von besonderer Bedeutung ist der Dialog zwischen der planenden Verwaltung, den Bauherren und Entwicklern sowie den Architekten.

Die Erhaltung von Kulturdenkmalen und Denkmalbereichen wegen ihres geschichtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen, städtebaulichen oder die Kulturlandschaft prägenden Wertes liegen im öffentlichen Interesse. Bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen, die die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege berühren können, werden die Denkmalschutzbehörden beteiligt, so dass die unterschiedlichen Belange abgewogen und die Erhaltung und Nutzung der Kulturdenkmale und Denkmalbereiche sowie die angemessene Gestaltung ihrer Umgebung sichergestellt werden.

Die Landeshauptstadt Kiel beachtet bei den Planungen den Standard für barrierefreies Bauen und setzt sich dafür ein, dass Barrierefreiheit im Wohnungsbau, im öffentlichen Bereich wie auch im Kieler Straßenraum umgesetzt wird.

Kleiner Kiel mit Blick auf Opernhaus und Rathausturm



Schlüsselprojekte,

basierend auf den Entwicklungsschwerpunkten (Anlage 1)

SOZIALE STADT-GEBIETE

Gaarden: Hans-Christian-Andersen-Schule, Einrichtung einer Ganztagschule

Ziel	Die Hans-Christian-Andersen-Schule soll zur Stadtteilschule als Gebundene Ganztagschule umgewandelt werden.
Weitere Vorgehensweise	Im Schuljahr 2010/2011 beginnt der Betrieb als Gebundene Ganztagschule. Die Umsetzung des dafür erforderlichen Raumprogramms durch Umbau/Sanierung und Neubau (insbesondere einer Mensa) und der Räume für die Funktion als Stadtteilschule erfolgt so, dass 2011 der Baubeginn erfolgen kann.
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport (Federführung) → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt
Kostenschätzung	Zur Zeit noch nicht möglich
Zeitliche Perspektive	Fertigstellung der Baumaßnahmen zum Beginn des Schuljahres 2012/2013

SOZIALE STADT-GEBIETE

Mettenhof: Schule am Heidenberger Teich, Einrichtung einer Ganztagschule

Ziel	Die Schule am Heidenberger Teich wurde zum Schuljahr 2010/2011 Gebundene Ganztagschule. Dafür soll eine Mensa und eine Sporthalle errichtet werden.
Weitere Vorgehensweise	Nach Abstimmung des Bauprogramms und des städtebaulichen Entwurfs mit der Schule und der Öffentlichkeit wird ein detaillierter Architektenentwurf erstellt.
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport (Federführung) → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt
Kostenschätzung	Als Investitionsmittel sind für den Bau insgesamt 3.100.000 € vorgesehen. Dafür stehen bis zu 1.722.212 € aus dem Förderprogramm „Investitionspaket 2008“ des Bundes und des Landes zur Verfügung.
Zeitliche Perspektive	Der Baubeginn ist für Ende 2010 geplant.

SOZIALE STADT-GEBIETE

Gaarden-Ost: Neubau der Kindertageseinrichtung im Gustav-Schatz-Hof

Ziel	Schaffung einer Kindertageseinrichtung mit 6 Gruppen für unter 3-jährige und Elementarkinder
Weitere Vorgehensweise	Planung erfolgt mit einem Investor
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport (Federführung) → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Investor
Kostenschätzung	Ca. 850.000 € laufende Betriebskosten jährlich
Zeitliche Perspektive	Die Grundstücksverhandlungen wurden erfolgreich abgeschlossen, der Betrieb der Einrichtung kann „Ende 2011“ durch die Arbeiterwohlfahrt als Träger aufgenommen werden.

SOZIALE STADT-GEBIETE

Gaarden-Süd: Ausbau des Kinderhauses Mühlenteich

Ziel	Schaffung von 2 Krippengruppen und 1 Elementargruppe
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Planung ist in der Umsetzung → Verlagerung der Kindergruppen → Durchführung der Baumaßnahmen
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport (Federführung) → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Arbeiterwohlfahrt (AWO) als Träger der Einrichtung
Kostenschätzung	1,3 Mio. € Investitionen/430.000 € jährliche Betriebskosten
Zeitliche Perspektive	Fertigstellung September 2012

SOZIALE STADT-GEBIETE

Realisierung des Sport- und Begegnungspark auf dem Ostufer (für alle Generationen) mit Restrukturierung des Areals Freibad Katzheide

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Vernetzter „Sport- und Begegnungspark auf dem Ostufer“ für alle Generationen → Förderung von Sport, Spiel und Begegnung → Vernetzung und Integration im Stadtteil stärken
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Realisierung der Bauabschnitte (BA) 1–3 → Maßnahmenplanung der Bauabschnitte 4–6 in Abstimmung mit dem Land Schleswig-Holstein und Partizipation von Vereinen, Verbänden, Beiräten und der Öffentlichkeit → Inbetriebnahme nach Baufertigstellung und Betreuung durch Paten der „Interessengemeinschaft Sportpark“
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport (Federführung) → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Land Schleswig-Holstein → Büro Soziale Stadt Kiel Gaarden → Sportvereine und Sportverband Kiel → Beiräte
Kostenschätzung	<ul style="list-style-type: none"> → 1.–3. BA ca. 2,75 Mio. € gesamt, Eigenanteil LHK: 277.500 € → 4.–5. BA ca. 1,1 Mio. € gesamt
Zeitliche Perspektive	<ul style="list-style-type: none"> → 1. BA: 2009–2010, Fertigstellung Juli 2010 → 2. BA: 2010, in Bau, Fertigstellung vermutlich Oktober 2010 → 3. BA: 2010, in Bau, Fertigstellung vermutlich Oktober 2010 → 4. BA: Dockshöhe, 2010–2012 → 5. BA: Servicehaus, 2010–2012 → Weitere Maßnahmen: 2011–2014

SOZIALE STADT-GEBIETE

Natur- und Erlebnisraum Heidenberger Teich: 1. BA: Freizeit- und Bewegungspark

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Schaffung eines vielfältig nutzbaren, attraktiven und am lokalen Sport-, Spiel- und Bewegungsbedarf orientierten Freizeit- und Bewegungsareals für Menschen unterschiedlicher Interessen und jeden Alters → Spielbereiche für große und kleine Kinder, ein Allwetterplatz, eine große Spielwiese, Aufenthalts- und Spielmöglichkeiten für Erwachsene und Errichtung einer BMX-Anlage → Einbindung der Bevölkerung und Institutionen des Stadtteils, z. B. Betreuung der BMX-Bahn durch Jugendliche und des Spielfeldes durch die Schule am Heidenberger Teich
Weitere Vorgehensweise	Umsetzung der Maßnahme, dabei Festlegung von Details der Wegeanschlüsse und Möblierung nach Abstimmung mit dem Rahmenplan Heidenberger Teich
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport (Federführung) → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Land Schleswig-Holstein
Kostenschätzung	1. Bauabschnitt: 576.000 €, Eigenanteil der LHK ca. 192.000 €
Zeitliche Perspektive	Baubeginn Sommer 2010

SOZIALE STADT-GEBIETE

Natur- und Erlebnisraum Heidenberger Teich: 2. BA: Natur- und Erlebnisraum

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Aufwertung des Uferbereiches und der angrenzenden Flächen → Schaffung von Flächen für Ruhe, Entspannung und Kommunikation, Sport, Spiel und Bewegung sowie Naturerfahrung für alle Menschen des Stadtteils → Einbindung der Bevölkerung des Stadtteils und der umliegenden Institutionen durch das bereits durchgeführte umfangreiche Beteiligungsverfahren und ggf. durch weitere gemeinsame Aktionen, Patenschaften o. ä.
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Auswertung des Beteiligungsprozesses → Erstellung des Rahmenplans Heidenberger Teich und Vorentwurf für den Natur- und Erlebnisraum, Abstimmungen → Beantragung der Zustimmung zum Mitteleinsatz beim Land
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport (Federführung) → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Land Schleswig-Holstein
Kostenschätzung	2. Bauabschnitt: 990.000 €, Eigenanteil der LHK ca. 400.000 €
Zeitliche Perspektive	Baubeginn Frühjahr 2011

SOZIALE STADT-GEBIETE

**Natur- und Erlebnisraum Heidenberger Teich:
3. BA: Schulhofumgestaltung Bildungszentrum Mettenhof (BZM)**

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Multifunktionale Schulhofumgestaltung mit Flächen zum Spielen, Bewegen, Erholen, Kommunizieren, Lernen sowie für besondere Aktionen. → Nutzung auch außerhalb des Schulbetriebs, z. B. durch Besucher/innen des Natur- und Erlebnisraums Heidenberger Teich, dennoch Verdeutlichung des Schulhofbereichs. → Einbindung der Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft durch das bereits durchgeführte umfangreiche Beteiligungsverfahren und ggf. durch weitere gemeinsame Aktionen, Patenschaften o. ä.
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Auswertung des Beteiligungsprozesses → Erstellung des Rahmenplans Heidenberger Teich und Vorentwurf für die Schulhofumgestaltung, Abstimmungen → Beantragung der Zustimmung zum Mitteleinsatz beim Land
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport (Federführung) → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Land Schleswig-Holstein
Kostenschätzung	585.000 €, Eigenanteil der LHK ca. 273.000 €
Zeitliche Perspektive	Baubeginn Frühjahr 2011

SOZIALE STADT-GEBIETE

Mettenhof: Schulhofumgestaltung Max-Tau-Schule

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Multifunktionale Schulhofumgestaltung mit Flächen zum Spielen, Bewegen, Erholen, Kommunizieren, Lernen sowie für besondere Aktionen. → Nutzung auch außerhalb des Schulbetriebs, insbesondere durch die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers Jütlandring. → Einbindung der Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft durch das bereits durchgeführte umfangreiche Beteiligungsverfahren und ggf. durch weitere gemeinsame Aktionen, Patenschaften o. ä.
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Erstellung Vorentwurf, Abstimmungen → Beantragung der Zustimmung zum Mitteleinsatz beim Land
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport (Federführung) → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Land Schleswig-Holstein
Kostenschätzung	395.000 €, Eigenanteil der LHK ca. 185.000 €
Zeitliche Perspektive	Baubeginn Frühjahr 2011

SOZIALE STADT-GEBIETE

Quartiersentwicklung Ellerbek-Wellingdorf einschließlich der Umgestaltung Tilsiter Platz

Ziel	Attraktivitätssteigerung des Quartiers als Wohnstandort für junge Familien unter besonderer Berücksichtigung der Spiel- und Freiräume für Kinder und Jugendliche
Weitere Vorgehensweise	Antrag an das Modellprojekt „Wohnen mit Kindern in der Stadt“ ist beim Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein gestellt. Bei Zusage Vergabe einer Quartiersplanung
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt (Federführung) → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport → Büro Soziale Stadt Kiel Gaarden → Land Schleswig-Holstein
Kostenschätzung	Ca. 250.000 € inkl. Planungs- und Baukosten aus dem Konjunkturprogramm II (Förderanteil 87,5 % vom Bund)
Zeitliche Perspektive	Fertigstellung 2011

SOZIALE STADT-GEBIETE

Wirtschaftsbüro Gaarden

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Sicherung des Bestandes an Unternehmen sowie weiterer Ausbau → Schaffung neuer Impulse für Unternehmensinvestitionen und für Arbeits- und Ausbildungsplätze für die lokale Bevölkerung → langfristige Senkung der Transferleistungen und dadurch Reduzierung der Abhängigkeit der Bevölkerung von Transfereinkommen → Steigerung des Standortimages des Stadtteils sowohl in ökonomischer als auch sozialer Sicht
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Beantragung der Förderung im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft → Projektdurchführung, währenddessen Entwicklung einer nachhaltigen Perspektive
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Arbeit und Wirtschaft → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport
Kostenschätzung	Projektkosten: 981.750 €
Zeitliche Perspektive	Projektdurchführung: 01.01.2011 bis 31.12.2013

SOZIALE STADT-GEBIETE

Attraktivitätssteigerung Vinetaplatz

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Attraktive Platzgestaltung für alle Bevölkerungsgruppen → Verstärkung des individuellen Sicherheitsgefühls auf dem Platz
Weitere Vorgehensweise	Durchführung der Baumaßnahme läuft zur Zeit
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt (Federführung) → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport → Büro Soziale Stadt Kiel Gaarden → Land Schleswig-Holstein
Kostenschätzung	250.000 € inkl. Planungs- und Baukosten aus dem Konjunkturprogramm II (Förderanteil 87,5 % vom Bund)
Zeitliche Perspektive	Durchführung bis Ende 2010

SOZIALE STADT-GEBIETE

**Aufwertung der Grünverbindung Langsee-Hörn:
Abschnitt Ida-Hinz-Platz, II. BA Zum Brook**

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Herstellung der Querverbindung aus dem Freiräumlichen Leitbild Kiel und Umland → Verbesserung der Freiflächenversorgung im Stadtteil Gaarden → Attraktivitätssteigerung der Parkanlage „Zum Brook“
Weitere Vorgehensweise	Derzeit im Bau
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt (Federführung) → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport → Büro Soziale Stadt Kiel Gaarden
Kostenschätzung	550.000 €, Eigenanteil der LHK ca. 82.000.€
Zeitliche Perspektive	Herbst/Winter 2010: Fertigstellung der Baumaßnahme

SOZIALE STADT-GEBIETE

Sanierung und Nutzung des Haß-Speicher, Gaarden

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Sanierung des denkmalgeschützten Gebäudes → Nutzbarmachung für die Interessen der Bevölkerung → Attraktivitätssteigerung an der Gelenkachse zwischen West- und Ostufer zur besseren Anbindung Gaardens an die Innenstadt
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Machbarkeitsstudie zum Ausbau des Haß-Speichers für Angebote u. a. an Jugendliche im Bereich Sport, Kulturarbeit und der sozialen Integration durch private Träger → Klärung der Eigentumsübertragung, aktuell Privateigentümer → Erfassung des notwendigen Sanierungsumfangs in technischer und finanzieller Hinsicht → Entwicklung von Nutzungsmöglichkeiten und Betriebskonzepten inklusive Wirtschaftlichkeitsberechnung → Aufzeigen der notwendigen Schritte zur Umsetzung des Vorhabens
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport (Federführung) → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Interessierte Vereine und Verbände
Kostenschätzung	<ul style="list-style-type: none"> → Machbarkeitsstudie 45.000–65.000 € → Sanierungskosten noch unklar
Zeitliche Perspektive	<ul style="list-style-type: none"> → Machbarkeitsstudie in 2010; Vergabe Februar, Ergebnisse August geplant → Anschließend Entscheidung der Ratsversammlung zum weiteren Verfahren → Bei Vorliegen einer tragfähigen Lösung Sanierung des Gebäudes und anschließende Nutzung

INNENSTADT

**Aufwertung und Bespielung der Platztriangel
(Rathausplatz / Asmus-Bremer-Platz / Europaplatz)**

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Intensivierung der Nutzungen und Frequenzen auf dem Rathausplatz, Asmus-Bremer-Platz und Europaplatz → Aktivierung der Nebenlagen westlich der Holstenstraße
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Ausarbeitung eines Nutzungs- und Bespielungskonzeptes für die Plätze → Ggf. bauliche Anpassungen und Ergänzungen auf den Plätzen → Umsetzung des Nutzungs- und Bespielungskonzeptes
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt (Federführung) → Dezernat für Bürgerangelegenheiten, Inneres und Ordnung → Dezernat für Finanzen, kulturelle Angelegenheiten und Abfallwirtschaft → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport → Dezernat für Arbeit und Wirtschaft → Forum Innenstadt → Beirat für Stadtgestaltung → Kiel-Marketing
Kostenschätzung	25.000 € für Nutzungs- und Bespielungskonzept
Zeitliche Perspektive	Beauftragung Nutzungs- und Bespielungskonzept ab Herbst 2010

INNENSTADT

Neugestaltung der Achse Holstenplatz bis Holstenbrücke

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Schaffung einer Wasserverbindung zwischen dem Kleinen Kiel und dem Bootshafen → Neugestaltung der Straßen-/Platzraumfolge Holstenstraße/Andreas-Gayk-Straße/Berliner Platz/Holstenbrücke unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen an die verkehrlichen Belange, Umgestaltung des Holstenplatzes als multifunktional und barrierefrei nutzbarer Platz (shared space) → Aktivierung der Nebenlagen östlich der Holstenstraße
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Prüfung der Finanzierung einschl. Fördermöglichkeiten → Veranstaltung einer Bürgerwerkstatt mit den Eigentümern und Nutzern zwecks Entwurf eines Raum- und Gestaltungsprogramms als Grundlage für die Erarbeitung von Auslobungsbedingungen für einen Wettbewerb → Durchführung eines zweiphasigen Wettbewerbsverfahrens mit öffentlichem Zwischenkolloquium → Realisierung eines ersten Abschnitts → Ausführungsplanung unter intensiver Einbindung der Anlieger → Bestimmung von Bauabschnitten
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt (Federführung) → Forum Innenstadt → Beirat für Stadtgestaltung → Kiel-Marketing
Kostenschätzung	<ul style="list-style-type: none"> → 200.000 € für Wettbewerbsverfahren → 5.100.000 € für Wasserverbindung Holstenbrücke – im besonderen Maße konzeptabhängig → 4.800.000 € für Holstenplatz → 1.800.000 € für Andreas-Gayk-Straße
Zeitliche Perspektive	<ul style="list-style-type: none"> → Beginn des Beteiligungsverfahrens Herbst 2010 → Aufnahme in das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ ist erfolgt → Förderantrag nach dem Zukunftsprogramm Wirtschaft wird im Herbst 2010 eingereicht

INNENSTADT

„Kultur im Quartier am Schloss“ mit Konzert- und Kongressmöglichkeiten sowie die Erweiterung des Stadt- und Schifffahrtsmuseums

Ziel	Umstrukturierung des Bereichs südlich des Schlosses/Wall/Flämische Straße/Schlossstraße
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Vergabe einer Machbarkeitsstudie/Vorbereitende Untersuchungen nach BauGB unter Einbeziehung der Eigentümer und insbesondere der Kulturschaffenden → Prüfung einer Finanzierung einschl. Fördermöglichkeiten → Nächste Schritte leiten sich aus dem Ergebnis der Machbarkeitsstudie ab
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt (Federführung) → Dezernat für Finanzen, kulturelle Angelegenheiten und Abfallwirtschaft → Forum Innenstadt → Eigentümer → Kulturschaffende → Landesamt für Denkmalpflege → Beirat für Stadtgestaltung
Kostenschätzung	80.000 € für Machbarkeitsstudie
Zeitliche Perspektive	Beginn der Ausschreibung der Planungen Herbst/Winter 2010

INNENSTADT	Neubau ZOB / Bollhörnkai
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Neubau des ZOB sowie eines Parkhauses auf dem Areal des jetzigen ZOB → Städtebauliche und Bauentwurfskonzeptfindung zum ZOB mit ZOB-Parkhaus
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Durchführung eines Realisierungs- oder eines Investorenwettbewerbs für den ZOB und das Parkhaus mit öffentlichem Auftaktkolloquium → Wahl eines Betreibermodells für den Parkhausneubau → Realisierung
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt (Federführung) → Forum Innenstadt → Seehafen Kiel GmbH & Co. KG → Beirat für Stadtgestaltung
Kostenschätzung	80.000 € für Realisierungswettbewerb
Zeitliche Perspektive	<ul style="list-style-type: none"> → Erarbeitung eines Finanzierungsmodells → Realisierung 2012, soweit Finanzierung sichergestellt ist

INNENSTADT	Forum Innenstadt
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Etablierung eines dauerhaften Arbeitskreises zur fachlichen Begleitung der weiteren Innenstadtentwicklung → Inhaltliche Schwerpunkte des Forums sind: → Empfehlungen an die Selbstverwaltung bei Abweichungen von Vorgaben des Rahmenkonzeptes, → Qualitätssicherung bei der Umsetzung von öffentlichen Maßnahmen, → Evaluation des Rahmenkonzeptes
Weitere Vorgehensweise	→ Forum tagt seit Mai 2010 regelmäßig, ca. ¼-jährlich
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt (Federführung) → Externe Experten → Bürgerschaft → Verbände
Kostenschätzung	5.000 €/Jahr
Zeitliche Perspektive	Permanente Einrichtung

KIELER FÖRDE	Entwicklung des Rahmenplanes „Kieler Förde“
Ziel	<p>Öffnung der Stadt zur Förde</p> <ul style="list-style-type: none"> → Leitlinien für die Handlungsschwerpunkte und deren Bezug zum Wasser, gemeinsam mit den fördeanliegenden Umlandgemeinden: → Zugänglichkeit, Kultur und Geschichte, Innenstadt, Wohnen, Schifffahrt (Handelsschifffahrt und Marine), Wissenschaft und Forschung, Fördeverkehr, Wassersport und Segeln, Tourismus, Landschaft, Ökologie und Naturschutz
Weitere Vorgehensweise	<p>Entwicklung der Rahmenplanung als Prozess:</p> <ul style="list-style-type: none"> → Analyse, Entwicklung eines regionalen Leitbildes → Durchführung von Werkstätten und Wettbewerben, breite Öffentlichkeitsbeteiligung → Planungen zu Potentialflächen und Projektideen → Präsentation, Ausstellung der Arbeit
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Umlandgemeinden an der Förde
Kostenschätzung	<p>430.000 € Gesamtprojekt</p> <ul style="list-style-type: none"> → davon vermutlich 130.000 € Fördermittel aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft → und 100.000 € aus dem Wettbewerb Ortsentwicklung, davon 10 % Eigenanteil
Zeitliche Perspektive	ca. 18–24 Monate

KIELER FÖRDE

Bau eines Sport- und Freizeitbades im Hörnbereich

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Neubau eines Sport- und Freizeitbades im südlichen Hörnbereich → Konzentration des Schwimmsports an einem zentralen Ort → Sport- und Freizeitbad mit Angeboten für Schul- und Vereinsschwimmen sowie Möglichkeiten zur attraktiven Freizeitgestaltung
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Vorbereitung und Durchführung eines Architektenwettbewerbs → Finanzierungs- und Fördermittelabstimmung → Prüfung der Erweiterung des Sanierungsgebietes Hörn (SAH) einschließlich Bauleitplanung
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport (Federführung) → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Land Schleswig-Holstein → Kieler Bäder GmbH
Kostenschätzung	<ul style="list-style-type: none"> → Max. Bruttobausumme 17 Mio. € → 120.000 € als erste investive Kosten in 2010
Zeitliche Perspektive	<ul style="list-style-type: none"> → Haushaltsmittelanmeldung ab 2010 → Durchführung des Realisierungswettbewerbes ab Mitte 2010 → Preisgerichtsentscheidung Ende 2010

KIELER FÖRDE

Bau eines Traditionshafens an der Hörn

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Öffentlichkeitswirksame Präsentation hafen- und schiffahrtsgeschichtlich bedeutsamer Objekte → Attraktiver Anziehungspunkt für Touristen
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Gliederung der Maßnahme in Realisierungsstufen → Klärung der Fördermöglichkeiten → Realisierung erster Bauabschnitte, wenn Finanzierung gesichert ist
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Kiel-Marketing → Museumshafen Kiel e.V.
Kostenschätzung	<ul style="list-style-type: none"> Ca. 2,2 Mio. €, Eigenanteil der LHK bei angenommener 60 % – Förderung mindestens rund 900.000 €
Zeitliche Perspektive	Zur Zeit unbestimmt

KIELER FÖRDE

Schaffung eines Edutainment-Angebotes unter Einbeziehung des Fördewanderweges als Lern- und Erlebnispfad zwischen HDW und Mönkeberg

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Schaffung einer Ankerattraktion für Touristen → „Wissen am Wasser“ – Lust auf Forschen und Entdecken wecken → Herausstellung des Naherholungsraums für die Kieler Bevölkerung und für die des Umlandes
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Klärung der Fördermöglichkeiten mit dem Fördergeber → Feststellung des Investitionsvolumens → Inhaltliche Ausgestaltung → Einbeziehung des Projektpartneretzes (PPP)
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Land Schleswig-Holstein → Gemeinde Mönkeberg → Wirtschaftsunternehmen → FM-GEOMAR
Kostenschätzung	Zur Zeit nicht möglich
Zeitliche Perspektive	Nicht absehbar

KIELER FÖRDE	Gemeinsame Ausrichtung einer Gartenschau oder eines vergleichbaren Großprojektes mit Wasserbezug in der Förderregion mit zusätzlicher internationaler Ausrichtung entlang der skandinavischen Fährlinien (z. B. Kopenhagen, Göteborg, Oslo, Malmö)
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Impulsgebung für die regionale Wirtschaft → Tourismusförderung → Imagegewinn und Identitätsstärkung → Stärkung der Funktionalität und Attraktivität des Stadtraums → Ausbau internationaler Verbindungen
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Politische Willensbildung für das Projekt → Projektplanung (Entwicklung eines Konzeptes, Flächensuche, Zeitplan, Fördermittelerkundung) und Machbarkeitsstudie → Bewerbungsverfahren → Gestaltungs-/städtebauliche Wettbewerbe → Bau, Eröffnung und Durchführung
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Oberbürgermeister als Schirmherr → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt (Federführung) → Partnerstädte in Skandinavien → Umlandgemeinden an der Förde → Dezernat für Arbeit und Wirtschaft → Fördergeber → Sponsoren → Vereine und Verbände → Land Schleswig-Holstein
Kostenschätzung	<ul style="list-style-type: none"> → Durchführungskosten: ca. 15 Mio. € → Investitionskosten: ca. 70 Mio. €
Zeitliche Perspektive	Die nächsten freien Bundesgartenschau-Jahre sind 2021, 2023, 2025, 2029. Das nächste freie Jahr für eine Internationale Gartenschau ist 2027
KIELER FÖRDE	Rahmenplanung MFG5 unter Einbeziehung des Flughafens
Ziel	Falls der Umzug des Marinefliegergeschwaders 5 im Jahr 2012 vollzogen werden sollte, Entwicklung des Areals zu einem vitalen, mischgenutzten Quartier mit Wohnen, Gewerbe, Freizeit, Segeln, Tourismus, Gemeinbedarfsflächen und Sport
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Standortanalyse /inklusive Bedarfsanalyse → Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs/Begleitung durch Partizipationsprozesse → Rahmenplan /Verwertungsorientiertes Handlungskonzept → Planungsrecht
Zuständigkeiten	Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt
Kostenschätzung	Nicht bekannt
Zeitliche Perspektive	<ul style="list-style-type: none"> → Annahme: Aufgabe der militärischen Nutzung bis Ende 2012 → Der Konversionsprozess ist durch die Selbstverwaltung freigegeben worden.

KIELER FÖRDE

Entwicklung der Festung Friedrichsort

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Schrittweise, denkmalgerechte Rekonstruktion der Festung in ihrer Grundform (umlaufender Wall und Wassergraben) → Aufwertung der Nutzung (Kasematten, Bebauung) → Festung der Öffentlichkeit – wenigstens in Teilen – zugänglich machen
Weitere Vorgehensweise	Ist von Rahmenbedingungen abhängig, die zur Zeit keine verbindliche Aussage zulassen
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Eigentümerkonsortium → Verein der Festungsfreunde → Dezernat für Finanzen, kulturelle Angelegenheiten und Abfallwirtschaft → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt
Kostenschätzung	unbekannt
Zeitliche Perspektive	Nicht absehbar

KIELER FÖRDE

Städtebauliche Aufwertung Schwentinemündung

Ziel	Fortentwicklung eines für das ganze Ostufer zukunftsweisenden maritimen Clusters aus Forschung, Wohnen und Arbeiten
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Umsetzen der Ergebnisse des Städtebaulichen Ideenwettbewerbs in ein mit den Grundstückseigentümern abgestimmtes städtebauliches Konzept → Bauleitplanung inkl. detaillierter Lärmgutachten ab Herbst 2010
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Land Schleswig-Holstein → IFM Geomar
Kostenschätzung	→ Mehrere Mio. € Privatinvestitionen sowie Bundes-/Landesmittel für den Neubau des Instituts für Meereskunde
Zeitliche Perspektive	<ul style="list-style-type: none"> → Schaffung von Planungsrecht 2011 → Bauaktivitäten ab 2011

KIELER FÖRDE

Planung eines gemischtgenutzten Bereichs im Marinequartier Wik mit Gewerbeflächen (maritimes Cluster) in Fördelage (Scheerhafen)

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Öffnung des Quartiers zum Stadtteil → Schaffung einer adressenbildenden Grünanlage zu Entwicklung eines attraktiven Quartiers mit gemischter Nutzungsstruktur
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Projektentwicklung durch die LHK im nördlichen Teilbereich mit dem Schwerpunkt gewerbliche Entwicklung und der Zielrichtung maritimes Cluster (ehemaliges Stadtwerke-Gelände, Flächen am Scheerhafen) im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft → Projektentwicklung im Anschar-Gelände durch den Eigentümer mit der Zielrichtung Mischnutzung → Schrittweise Sicherung und Realisierung des Schleusenparks als verbindendes und adressenbildendes Element des Quartiers
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH (KiWi) → Land Schleswig-Holstein → Verschiedene Eigentümer
Kostenschätzung	→ Schätzung für Gesamtentwicklung nicht möglich, Flächenrecycling des Stadtwerke-Geländes nach Abzug aller Einnahmen voraussichtlich ca. 0,4 Mio. €
Zeitliche Perspektive	Kurz- bis mittelfristig, die Projektentwicklung im Bereich des Stadtwerke-Geländes läuft, die Entwicklung des Anschar-Geländes wird betrieben, Teilflächen des Bundes werden erst mittelfristig zur Verfügung stehen

KIELER SÜDEN

	Schrittweise Weiterentwicklung der Bereitstellung von Wohnbauflächen in Wellsee
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Vervollständigung des Neubaugebietes Kiel-Wellsee → Bereitstellung von Wohnbauflächen für verschiedene Wohnformen → Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung
Weitere Vorgehensweise	Entwicklung der Bauabschnitte 4 und 6
Zuständigkeiten	Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt
Kostenschätzung	Ausgaben ca. 12 Mio. €, Einnahmen ca. 10 Mio. €
Zeitliche Perspektive	Nach Marktlage

KIELER SÜDEN

	Schrittweise Weiterentwicklung der Bereitstellung von Wohnbauflächen in Meimersdorf
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Bereitstellung von Wohnbauflächen für verschiedene Wohnformen → Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung
Weitere Vorgehensweise	Festlegung und Installierung Maßnahmenträger
Zuständigkeiten	Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt
Kostenschätzung	Ggf. Zwischenfinanzierung
Zeitliche Perspektive	Nach Ausschöpfung der Innenpotenziale

KIELER SÜDEN

	Entwicklung von Bauflächen für Gewerbe, Forschung und Technologie
Ziel	Ansiedlung zukunftsorientierter Betriebe
Weitere Vorgehensweise	Festlegung und Installierung Maßnahmenträger
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt (Federführung) → Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH (KiWi)
Kostenschätzung	Im Grundsatz nur Zwischenfinanzierung
Zeitliche Perspektive	Ab sofort bis 2025

KIELER SÜDEN

	Wiedervernässung Moorsee
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Wiederherstellung und Entwicklung eines für den Naturraum typischen Feuchtbiotops als Brut-, Nahrungs- und Rastbiotop, u. a. Anstau eines Flachwassersees → Wiederherstellung der Durchgängigkeit des Gewässersystems Schlüsbek und Wellsau → Umsetzung der Bewirtschaftungsplanung gemäß Wasserrahmenrichtlinie zur Wiedervernässung des Moorsees
Weitere Vorgehensweise	Fortsetzung des Grundwassermonitorings im Bereich des Moorsees zur Abschätzung der Auswirkungen der Wiedervernässung und zur Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens → Genehmigungsverfahren für die Ausbaumaßnahmen der Gewässer
Zuständigkeiten	Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt
Kostenschätzung	<ul style="list-style-type: none"> → Wiedervernässung Moorsee: noch nicht absehbar → Vorhaben Schlüsbek und Wellsau: ca. 90.000 € (90 % Förderung, 10 % Eigenbeteiligung Stadt)
Zeitliche Perspektive	<ul style="list-style-type: none"> → Moorsee: 2–3 Jahre Grundwassermonitoring + 2 Jahre Planfeststellung und Ausbau → Schlüsbek und Wellsau: Baubeginn Ende 2010

KIELER SÜDEN

	BürgerWindPark
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Interkommunaler Bürgerwindpark Flintbek – Kiel-Meimersdorf → Umsetzung des Kieler Energie- und Klimaschutzkonzeptes
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Prüfung und Genehmigung der Windenergieeignungsflächen durch das Land Schleswig-Holstein → Planungsrechtliche Sicherung über Änderung des Flächennutzungsplans, Aufstellung eines Bebauungsplans und Befreiung aus dem Landschaftsschutzgebiet → Konzepterarbeitung mit Grundeigentümer(n), interessierten Bürgerinnen und Bürgern und einem Betreiber des Windparks → Realisierung und Inbetriebnahme nach Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Gemeinde Flintbek → Grundeigentümer → Betreiber
Kostenschätzung	→ z. Zt. nicht möglich
Zeitliche Perspektive	<ul style="list-style-type: none"> → 2010 – Entscheidung des Landes Schleswig-Holstein zur Eignung der Fläche → 2011–12 – Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen und Erarbeitung eines Finanzierungs- und Betriebskonzeptes → ab 2013 – Realisierung und Inbetriebnahme

NETZ-INFRASTRUKTUR

	Realisierung der StadtRegionalBahn
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Erhöhung der Attraktivität und Steigerung der Nutzerzahlen des ÖPNV → Minderung der Umweltbelastung durch geringeren Schadstoffausstoß (insbesondere CO₂ und NO_x) → Verkehrliche Entlastung der Straßen durch geringeren Individualverkehr, bessere Erreichbarkeit von Standorten → „Leitprojekt“ zur Identifikation/Image mit der Region Kiel
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Abstimmung einer Finanzierungsvereinbarung mit den Projektbeteiligten (Land Schleswig-Holstein, Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön, Stadt Neumünster) und Gründung einer Planungsgesellschaft → Einholen der verbindlichen Förderzusage des Bundes zum Gesamtnetz → Abschluss einer Planungs-, Bau- und Finanzierungsvereinbarung mit der DB AG → Vervollständigung der notwendigen Planunterlagen → Umweltverträglichkeitsprüfung → Betriebssimulation auf DB-Strecken → Technische Entwurfsplanung → Planfeststellungsverfahren → Vergabe (Ausschreibung oder Direktvergabe) der ÖPP-Leistung → Beauftragung der DB AG für Maßnahmen im DB-Netz → Bauplanung und Bauzeit → Vergabe Fahrbetrieb → Inbetriebnahme
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Land Schleswig-Holstein → Kreis Plön und Kreis Rendsburg-Eckernförde sowie Umlandgemeinden
Kostenschätzung	ca. 380 Mio. €
Zeitliche Perspektive	Das Gesamtnetz soll 2019 fertig gestellt werden.

NETZ-INFRASTRUKTUR

	Ausbau des stadtteilverbindenden Veloroutennetzes
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Förderung des Klimaschutzes durch CO₂-arme Verkehrsträger → Komplettierung des Veloroutennetzes sowie Steigerung der Attraktivität und Verkehrssicherheit → Steigerung des Radverkehrsanteils auf 25 % bei der Verkehrsmittelwahl der Kieler Bevölkerung
Weitere Vorgehensweise	→ Planung und Realisierung von konkreten Baumaßnahmen
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Fahrradforum → Land Schleswig-Holstein
Kostenschätzung	<ul style="list-style-type: none"> → Neubau Veloroute 11 – „Gleistrasse West“ – von der Universität bis nach Hassee: ca. 2,2 Mio. € → „Flughafenweg“ zwischen Holtenau-Altenholz-Friedrichsorf: ca. 430.000 € → „Im Forst“ zwischen Wellsee und Rönne: ca. 1 Mio. € Anteil Radweg → Radweg „Nordhafen“ zwischen Wik-Projensdorf-Suchsdorf: ca. 180.000 € → Veloroute „Hörn-Eidertal“, Kosten noch unklar
Zeitliche Perspektive	<ul style="list-style-type: none"> → Veloroute 11 – „Gleistrasse West“ –: Baubeginn ab 2011 geplant → „Flughafenweg“: abhängig von der Finanzierung → „Im Forst“: ab 2012 → Radweg „Nordhafen“: 2010 geplant → Veloroute „Hörn-Eidertal“: abhängig von Flächenverfügbarkeit und Finanzierung

NETZ-INFRASTRUKTUR

	Klimaverträgliches Energieerzeugungs- und Versorgungskonzept planen und umsetzen
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Erstellung eines klimaverträglichen Energieerzeugungs- und Versorgungskonzeptes für Kiel → Reduzierung der CO₂-Emissionen um 40 % bis 2020 → Energieeinsparungen in privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereichen → Nutzung der erneuerbaren Energien → Entwicklung eines Arbeitsprogramms
Weitere Vorgehensweise	<ul style="list-style-type: none"> → Konzepterarbeitung durch Gutachter (Bausteine) gemäß Förderantrag → Einbindung von Umweltverbänden, wissenschaftlichen Institutionen, gewerblichen Unternehmen in die Diskussion um eine nachhaltige Energieversorgung → Beschluss und Umsetzung von Maßnahmen
Zuständigkeiten	→ Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt
Kostenschätzung	→ Gutachten 180.000,- €, davon 143.872,- € Bundesförderung
Zeitliche Perspektive	<ul style="list-style-type: none"> → Konzepterstellung im Jahr 2010 → Endbericht Sommer 2010 → Abstimmung und Beschluss bis Ende 2010 → Umsetzung der Maßnahmen bis 2020

Realisierung der Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ)¹

Ziel	<ul style="list-style-type: none"> → Umstrukturierung der Beruflichen Schulen zu drei Regionalen Bildungszentren → Fachliche Konzentration pro Standort → Hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen
Weitere Vorgehensweise	EU-weite Ausschreibung ab 2010
Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> → Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt → Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport
Kostenschätzung	ca. 100 Mio. €
Zeitliche Perspektive	<p>Nutzungsbeginn:</p> <ul style="list-style-type: none"> → RBZ Technik in Gaarden: 2012 → RBZ Wirtschaft am Ravensberg: 2013 → RBZ Soziales/Ernährung/Bau am Schützenpark: 2014

¹ Aufgrund der Bedeutung der Landeshauptstadt Kiel als landesweit bedeutender Standort für berufliche Schulen wird das Schlüsselprojekt ausnahmsweise außerhalb der Entwicklungsschwerpunkte aufgeführt.

Titelbild	Landeshauptstadt Kiel / Joachim Kläschen	Seite 66	(alle) Landeshauptstadt Kiel / Kai Rösick
Seite 10	Landeshauptstadt Kiel / Wolfgang Okon	Seite 72	Landeshauptstadt Kiel / Björn / 3-pix
Seite 17	Landeshauptstadt Kiel / Bodo Quante	Seite 75	Theater Kiel AöR / Olaf Struck
Seite 18	Landeshauptstadt Kiel / Thomas Eisenkrätzer	Seite 77	Landeshauptstadt Kiel / Sven Meier
Seite 27	Landeshauptstadt Kiel / Peter Lühr	Seite 78	Landeshauptstadt Kiel / Bodo Quante
Seite 34	Landeshauptstadt Kiel / Peter Lühr	Seite 81	Landeshauptstadt Kiel / Bodo Quante
Seite 36	Landeshauptstadt Kiel / Peter Lühr	Seite 84	Landeshauptstadt Kiel / Wolfgang Okon
Seite 37	Landeshauptstadt Kiel / Peter Lühr	Seite 91	Landeshauptstadt Kiel
Seite 41	Landeshauptstadt Kiel / Petra Kapust	Seite 94	Landeshauptstadt Kiel / Thomas Eisenkrätzer
Seite 42	Sebastian Jürgens	Seite 96	Landeshauptstadt Kiel / Bodo Quante
Seite 46	Landeshauptstadt Kiel / Michael Dietrich	Seite 99	Landeshauptstadt Kiel / Wolfgang Okon
Seite 49	BMU / Brigitte Hiss	Seite 102	Landeshauptstadt Kiel / Udo Weißel
Seite 51	Bernd Perlbach	Seite 107	Landeshauptstadt Kiel / Jessica Degen-Heuer
Seite 53	Pepe Lange	Seite 110	Landeshauptstadt Kiel / Ralf Lohse
Seite 55	Pepe Lange	Seite 122	Foto Factory / shutterstock.com
Seite 64	Landeshauptstadt Kiel / Ralf Lohse	Seite 125	Landeshauptstadt Kiel / Bodo Quante

Abbildung 1	Siedlungsstruktur (S. 13)	Abbildung 17	Biotopverbundräume (S. 67)
Abbildung 2	Schwerpunktmäßige Umsetzung der strategischen Ziele (S. 15)	Abbildung 18	Handlungsschwerpunkte Klimaschutzstadt, Freiraum (S. 70)
Abbildung 3	Veränderung der Altersgruppen bis 2025 (S. 20)	Abbildung 19	Handlungsschwerpunkte Klimaschutzstadt, Verkehr (S. 71)
Abbildung 4	Gesundheitseinrichtungen (S. 25)	Abbildung 20	Handlungsschwerpunkte Kreative Stadt (S. 82)
Abbildung 5	Sozialindikatoren (S. 26)	Abbildung 21	Wirtschaftsstandorte (S. 86)
Abbildung 6	Übersicht über die Verteilung von Empfänger-Haushalten nach SGB II (S. 28)	Abbildung 22	Gewerbegebiete (S. 89)
Abbildung 7	Siedlungsbereiche/Einwohnerzahl von Kiel als Grundlage für die Bildung geeigneter Sozialraumeinheiten (S. 30)	Abbildung 23	Zentrenstruktur (S. 93)
Abbildung 8	Handlungsschwerpunkte Soziale Stadt (S. 32)	Abbildung 24	Wohnstruktur (S. 101)
Abbildung 9	Verteilung der Kinder in der Landeshauptstadt Kiel (S. 43)	Abbildung 25	Wohnbauland (S. 103)
Abbildung 10	Handlungsschwerpunkte Kinderfreundliche Stadt (S. 44)	Abbildung 26	Verteilung der 50er bis 70er Jahre Schwerpunktgebiete (S. 104)
Abbildung 11	Verkehrsmittelwahl der Kieler Wohnbevölkerung (Modal-Split) (S. 52)	Abbildung 27	Gebietstypisierung (S. 106)
Abbildung 12	Geplantes Liniennetz der StadtRegionalBahn (S. 55)	Abbildung 28	Handlungsschwerpunkte Innovative Stadt (S. 108)
Abbildung 13	Klimakarte (S. 59)	Abbildung 29	Schwerpunkte integrierter Stadtentwicklung (S. 111)
Abbildung 14	Landschaftsplan, Schutzgebiete (S. 61)	Abbildung 30	Entwicklungsschwerpunkt Soziale Stadt-Gebiete (S. 113)
Abbildung 15	Freiräumliches Leitbild (S. 63)	Abbildung 31	Entwicklungsschwerpunkt Innenstadt (S. 115)
Abbildung 16	Freiflächen (S. 65)	Abbildung 32	Entwicklungsschwerpunkt Kieler Süden (S. 117)
		Abbildung 33	Entwicklungsschwerpunkt Kieler Förde (S. 119)

Tabelle 1	Auswahl städtischer Fachplanungen (S. 14)	Tabelle 9	Handlungsschwerpunkte Klimaschutzstadt (S. 68, 69)
Tabelle 2	Bevölkerung in der LH Kiel und in den Kreisteilen der AG Kiel und Umland (S. 19)	Tabelle 10	Standortfaktoren in der kreativen Stadt: „die 3T“ (S. 73)
Tabelle 3	Bevölkerungsvorausschätzung bis 2025 (S. 20)	Tabelle 11	Städtepartnerschaften/ Befreundete Städte (S. 74)
Tabelle 4	Anzahl der Zu- und Fortzüge in der Landeshauptstadt Kiel (S. 21)	Tabelle 12	Handlungsschwerpunkte Kreative Stadt (S. 83)
Tabelle 5	Schwerbehinderte – Nach Altersgruppen (S. 23)	Tabelle 13	Gebietstypisierung (S. 105)
Tabelle 6	Handlungsschwerpunkte Soziale Stadt (S. 33)	Tabelle 14	Handlungsschwerpunkte Innovative Stadt (S. 109)
Tabelle 7	Handlungsschwerpunkte Kinderfreundliche Stadt (S. 45)	Tabelle 15	
Tabelle 8	StadtRegionalBahn (S. 54)		

